
KURDIS
Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen
DTP
Keine Repression kann uns stoppen!
DEMOKRATİK
TOPLUM PARTİSİ
Freiheit für den Frieden!

Im Kurdistan Report Nr. 143 Mai/Juni 2009 berichten wir über:

zusätzlich nur in der Internetausgabe:



Fast überall in Nordkurdistan feierten die Menschen den Wahlerfolg der DTP. Foto: DIHA



Als die Menschen gegen offensichtliche Wahlfälschungen in einigen Gebieten protestierten, schlugen die türkischen Sicherheitskräfte sofort zu. Foto: DIHA



Nur einige Tage nach der Wahl nahmen die türkischen Sicherheitskräfte mehr als 250 Oppositionelle der DTP fest. Foto: DIHA

Liebe Leserinnen und Leser,

ereignisreiche Monate liegen hinter uns, das Jahr begann voller Zuversicht. Die Bevölkerung mobilisierte sich für den Beginn des politischen Jahres: 8. März, Newroz, Kommunalwahl. Bei jeder Gelegenheit wurde Selbstbewusstsein demonstriert. Die eigenen Forderungen wurden präsentiert, deren Erfüllung für die Schaffung von Frieden und demokratischen Verhältnissen notwendig sind, um einer nicht militärischen Lösung der kurdischen Frage näher zu kommen. Immer wieder wurde die Verbundenheit mit dem seit zehn Jahren isoliert inhaftierten Abdullah Öcalan, der eigenen parlamentarischen Vertretung DTP, der Guerilla zum Ausdruck gebracht. Die politischen Forderungen werden in diesem Heft wieder ausführlich erörtert.

Die Feiern zum Frühlingsfest des Mittleren Ostens Newroz verliefen bei überwältigender Beteiligung der Menschen zunächst ziemlich ungestört. Im Gegensatz zum letzten Jahr gab es von staatlicher Seite relativ wenig Übergriffe. Verhaltene Reaktionen lagen im Vorfeld der eine Woche später anstehenden Kommunalwahl wohl im Interesse der AKP – beim Buhlen um die kurdischen Stimmen.

Doch kaum war die AKP bei der Kommunalwahl, die den Charakter eines Referendums angenommen hatte, abgewatscht, in den kurdischen Gebieten eindrücklich vom Wahlerfolg der DTP degradiert worden, kam die Retourkutsche. Seit Mitte April wurden in mehreren Wellen unter hanebüchenen Vorwürfen inzwischen mehr als 250 Mitglieder und FunktionsträgerInnen der DTP festgenommen, teilweise inhaftiert.

Erscheinen diese staatsterroristischen Aktivitäten einerseits als Racheaktionen für eine Wahlniederlage, lassen sie sich auf der anderen Seite – so makaber es klingt – als international legitimierte Maßnahmen begreifen, um den Status quo der AKP-Regierung für die imperialistischen Interessen aufrechterhalten zu können. So sehen anscheinend die Initiativen aus, die mit Rückendeckung „demokratisch“ titulierter NATO-Staaten den gesellschaftlichen „Dialog“ mit den Kurden in der Türkei ausmachen. Damit nichts Fortschrittliches bleibt.

Und solche fortschrittlichen Aspekte sind in der kurdischen Gesellschaft der Türkei nicht rar. Allein in unserer aktuellen Ausgabe können wir wieder von einigen berichten. Von der selbstbewussten Organisierung der Frauen. Von der Muttersprachenkampagne. Von den ersten Schritten auf dem Weg zu einer Wahrheits- oder Gerechtigkeitskommission, wie sie für einen notwendigen gesellschaftlichen Dialog schon länger von kurdischer Seite gefordert wird.

Und seien wir ehrlich: Für die Bekämpfung der fortschrittlichen Regungen brauchen inzwischen alle reaktionären und konservativen Kräfte der Region samt ihren internationalen Kompagnons mit eigenen Interessen dort konzertierte Anstrengungen. Bestes Beispiel die für April geplante so genannte nationale Kurdistankonferenz in Südkurdistan, unter US- und türkischer Direktive, unter Beteiligung aller kurdischen Akteure der Region außer denen, die sich der PKK und ihrer Freiheitsbewegung zugehörig fühlen. Projektiert war einzig, die PKK zu isolieren und aufzufordern, ihre Waffen niederzulegen. Diese Veranstaltung musste jetzt auf türkische Veranlassung auf unbestimmte Zeit verschoben werden.

Es scheint nichts daran vorbeizuführen, dass eine Einigung in Kurdistan nur mit direkter Beteiligung der involvierten Parteien und unter Einschluss der PKK möglich ist.

Der tschechische Außenminister Schwarzenberg äußerte jetzt nach einem EU-Türkei-Treffen, „dass die Türkei näher und näher an die EU rückt“. Unter den gegebenen Umständen kann das nur negativ gedeutet werden. Würde der Prozess bis dahin nicht so viele – eigentlich unnötige – Opfer kosten, könnten wir im Grunde die kurdische Freiheitsbewegung ihre Entwicklung zum demokratischen Konföderalismus so weit vorantreiben lassen, dass die angeblich jetzt schon demokratische Welt sich dort abgucken müsste, wie Fortschritt im Sinne der Menschen aussehen kann.

Ihre Redaktion

Aktuelle Bewertung

Der kurdische Frühling

Nilüfer Koç, stellvertretende KNK-Vorsitzende

Ich gehöre zu denen, die für die Kommunalwahlen am 29. März einen Erfolg der DTP vorausgesagt hatten. Für mich ist es immer entscheidend, die innergesellschaftliche Dynamik der Kurden zu verstehen. Denn seit der im Oktober 2007 begonnenen politisch-gesellschaftlichen Offensive unter dem Motto „Êdî bese – Es reicht!“ kann von einer Kontinuität des Erfolgskurses kurdischer Politik gesprochen werden. „Êdî bese“ war und ist mehr als ein Motto. Es war und ist die offensive Erklärung zur staatlichen Kriegs- und Negierungspolitik der Türkei auf der einen Seite und zur Kriminalisierung und Diffamierungspolitik durch internationale Kräfte auf der anderen Seite. Die Kurden bestehen auf einer politischen Lösung des Konflikts.

Mit dem kurdischen Neujahrs- und Widerstandsfest Newroz am 21. März haben die Kurden das Startzeichen für ihren Frühling und damit eine neue politische Ära gegeben. Dieses wurde dann durch die Ergebnisse der Kommunalwahlen am 29. März bestätigt. Denn im Voraus stand Newroz 2009 im Zeichen der politischen, folglich der friedlichen Lösung der kurdischen Frage. Als Adressat und Kriterium einer Friedenslösung auf kurdischer Seite wurde auf den kurdischen Volksführer Abdullah Öcalan gewiesen. Diese Politik war klar, konkret und offensiv. Die DTP als führende kurdische Stimme in der Türkei nahm die Aussagen der breiten Massen politisch auf und formulierte sie als eine politische Grundlinie. Damit begann dann der Kampf für den Sieg bei den Kommunalwahlen bis zum 29. März. Die kurdischen Wählerinnen und Wähler standen zu ihren Parolen und gaben der DTP ihre Ja-Stimmen und berechtigten diese Partei daher, in ihrem Namen für den Frieden zukünftig noch offensiver zu sprechen. Rechtlich gesehen waren die Wahlen am 29. März lediglich nur Kommunalwahlen. Politisch aber hatten sie den Charakter einer Parlamentswahl angenommen.

Die Wahlergebnisse und ihre Folgen

Für alle politischen Kräfte, die in irgendeiner Weise mit der kurdischen Frage zu tun haben, ist es ratsam, die gesellschaftliche Komponente als das Grundlegendste der kurdischen Politik im Auge zu behalten. Vor allem in den Teilen Kurdistans, in denen die Politik Abdullah Öcalans sich gesellschaftlich manifestiert hat, darf man die kurdische Bevölkerung nicht als eine Masse passiver Menschen sehen. Hier ist die Politik keine Sache der Elite, sondern offen für die aktive Teilnahme von Millionen von Menschen. Ich will auch gar nicht die Tatsache, dass am Newroz-Fest in Amed (Diyarbakır) mehr als eine Million Menschen teilgenommen haben, übertreiben, sondern sie als einen politischen Fakt zur Kenntnis nehmen und bewerten. Kurden, die zu Newroz kamen, erschienen, weil sie wussten, dass Newroz als Widerstandsfest den Freiheitswillen ausdrückt. Vor allem dieses Jahr, da zum einen die Kurden durch ihre „Êdî-bese“-Offensive sich für eine Lösung vorbereitet hatten, zum anderen, da globale politische Entwicklungen neue Möglichkeiten bieten, um eine politische Lösung noch intensiver auf die internationale Agenda zu setzen. Dabei hat der türkische Staat in Person der AKP an die Kurden Geschenke in Millionenhöhe verteilt. Die AKP hat ferner Brot und Wohlstand versprochen. Die AKP hat an den Magen der Kurden appelliert und ihre Köpfe und Herzen nicht zur Kenntnis genommen. Und dies in Kurdistan, das geprägt ist von Armut aufgrund von Kolonialisierung und Ausbeutung durch den türkischen Staat. Die Kurden haben aber mit dem Wahlergebnis NEIN gesagt zu Brot, Kohle, Nudeln, Waschmaschinen. Sie haben eindeutig JA gesagt zu Frieden. Nicht zu vergessen ist, dass allein in der kurdischen Großstadt Amed die Arbeitslosenrate bei 70 % liegt. Der Bürgermeisterkandidat Osman Baydemir ist trotz dieser Realität mit 65,4 % erneut gewählt worden. Hier sollten daher noch intensiver und detaillierter die sozialen Komponenten in Kurdistan analysiert werden. Natürlich kann anhand der Erfahrungen anderer gesagt werden, dass in der Politik die Quantität, also die Masse, nicht immer relevant ist. Die Quantität ist aber entscheidend, wenn sie auch Qualität hat. Die Massen in Kurdistan verfügen über Qualität, da sie in den letzten dreißig Jahren Selbstverwaltung gelernt haben. Die Massen sind organisiert. Die Stärke eines Volkes liegt letzten Endes in seiner Selbstorganisierung oder Selbstbestimmung. So ist es dann möglich, dass eine materiell unterlegene Mehrheit einer materiell überlegenen Minderheit überlegen sein kann.

Das Ende der AKP-Ära in Kurdistan

Die Wahlergebnisse haben bei der AKP für einen Schock gesorgt. Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan hatte bei den Parlamentswahlen im Juli 2007 die AKP als Vertreterin der Kurden den USA und der EU gegenüber zu profilie-

ren versucht, um damit die DTP als kurdische Stimme zu diskreditieren. Er hatte damals kurdische Stimmen bekommen, weil er versprochen hatte, die kurdische Frage als eine eigene zu sehen und zu lösen. Allerdings folgten keine ernstzunehmenden Taten. Laut dem Parteivorsitzenden Ahmet Türk haben die Kurden ihre 2007 der AKP geliehenen Stimmen jetzt wieder zurückgeholt. Kurzerhand ging die AKP soweit, im Januar den kurdischsprachigen Sender TRT 6 im staatlichen Fernsehen den Kurden als einen progressiven Schritt zu präsentieren, um für die Wahlen im Voraus zu werben.

Ferner fand reger diplomatischer Verkehr zwischen Ankara und Bagdad statt. Der kurdischstämmige irakische Staatspräsident Celal Talabani unterstützte Erdoğan, indem er sich gegen die PKK aussprach und die Kurden indirekt zur Unterstützung Erdoğans aufrief. In der ersten Märzwoche reiste der türkische Staatspräsident Abdullah Gül nach Bagdad und traf sich neben Talabani mit dem Regierungschef der irakisch-kurdischen Regionalregierung Necirvan Barzani. Dieser zeigte sich erfreut von diesem Besuch, da er ihn als die türkische Anerkennung der kurdischen Regionalregierung verstand. Politische Diskussionen zwischen Ankara, Bagdad und Erbil hatten seit Februar die kurdische Konferenz im Visier. Intensiviert wurden die Debatten kurz vor den Wahlen. Diese kurdische Konferenz sollte unter Teilnahme aller kurdischen politischen Kreise aus den vier Teilen Kurdistans sowie der kurdischen Diaspora die PKK zur Niederlegung ihrer Waffen zwingen. Was allerdings die Türkei liefern sollte, war nicht im Gespräch. Forderungen wurden nur der kurdischen Seite gestellt. Den türkischen Medien zufolge war die Sache der PKK schon gegessen. Man redete so, als ob es keine andere Alternative gäbe, als dass die PKK sich ergeben werde. Auch wurden in manchen Orten Kurdistans nach Leichen kurdischer Zivilisten gegraben, die in den 90ern durch die heute als Ergenekon zum Teil aufgedeckten Gladio-Einheiten ermordet worden waren. Diese paramilitärischen Einheiten haben mehr als 17 000 kurdische Zivilisten auf grausame Art und Weise getötet. Bekannt wurde dies in den 90er Jahren als „Morde unbekannter Täter“. Die AKP wollte sich durch die so genannte Aufdeckung der Morde, allerdings ohne die Verantwortlichen zu nennen, geschweige denn zu verurteilen, profilieren.

Die EU ließ Erdoğan auch nicht allein. Mit der Festnahme kurdischer Politiker in einigen europäischen Ländern eilte sie, um sich auf die Seite der Türkei zu stellen. So wurde der kurdische Politiker Dr. Remzi Kartal unter fadenscheinigen Gründen in Madrid festgenommen. Dabei hatte Dr. Kartal diese Erfahrung bereits mit denselben Argumenten in Deutschland gemacht.

Die Wahlergebnisse vom 29. März, also der Sieg der DTP, stellte doch vieles wieder auf den Kopf. Die ungewollten oder besser unerwünschten Kurden hatten wieder einmal für „Überraschung“ gesorgt. Die politischen Töne nach dem 29. März waren doch andere geworden. Man ging so weit zu sagen, dass nicht die DTP, sondern die PKK gewonnen habe, da Millionen Kurden auf den Wahlkundgebungen der DTP ununterbrochen als Adressaten für die politische Lösung Abdullah Öcalan und die PKK gerufen, sie auf ihre Transparente geschrieben hatten. Und die DTP dazu bewegt hatten, doch offensiv den Adressaten für eine Friedenslösung zu nennen. Der DTP-Vorsitzende Ahmet Türk sagte kurz vor den Wahlen, dass Abdullah Öcalan eine Bedeutung für den Frieden in Kurdistan habe wie Nelson Mandela für Südafrika. Alles in allem, die AKP ist in Kurdistan nicht mehr glaubwürdig!

Die Niederlage der AKP und ihre Resonanzen

Erdoğan äußerte sich am späten Abend, als anhand erster Stimmauszählungen klar wurde, dass seine Partei weder Diyarbakır (kurdisch Amed), noch Dersim (türkisch Tunceli) noch Hakkari bekommen werde, wie er es behauptet hatte, er würde es untersuchen. Man habe seiner Partei etwas zu sagen, was er versuchen würde zu verstehen. Da sage ich nur „hoffentlich!“.

Aus den Kreisen der Armee und der Regierung wurde der Wahlausgang in Kurdistan als ein Gefahrensignal aufgefasst. Die Wut des Staates ließ aber nicht lange auf sich warten. In kurdischen Städten wie Ağrı, in denen eindeutige staatliche Wahlmanipulationen herauskamen, protestierten die Menschen. Die Staatsgewalt gegen die friedlichen Proteste war bestimmt von Rache. Bis hin zur Ermordung zweier junger Männer, die anlässlich des 60. Geburtstages Abdullah Öcalans in seinem Geburtsort Amara am 4. April getötet wurden. Nun folgten Festnahmen von DTP-Politikern sowie Friedensaktivisten. Mit Folter, anderweitigen Repressionen dauert die staatliche Rache gegen Kurden immer noch an.

In breiten Teilen Nordkurdistans hat die Armee ihre Frühjahrsoffensive gestartet. Vor allem in Gebieten, in denen die AKP sehr klar und deutlich verloren hatte. Nämlich in den Regionen Diyarbakır, Dersim und Hakkari.

Retten, was zu retten ist

Kurz vor dem NATO-Gipfel Anfang April versuchte der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan, sein Profil aufzupolieren und, wie viele zu Recht sagten, den Mann zu spielen. Er drohte dem dänischen Ministerpräsidenten Rasmussen, der für das Amt des NATO-Generalsekretärs kandidierte, die Türkei würde ihr Veto einlegen, da Dänemark sich weder bei den islamischen Staaten für die Mohammed-Karikaturen entschuldigt hatte noch dem türkischen Wunsch gefolgt war, dem kurdischen Fernsehen Roj TV die dänische Sendelizenz zu entziehen. Die Türkei hätte das Veto zurückgenommen, da der US-Präsident involviert wäre. Jedenfalls hat man Erdoğan die Show von Davos auf dem NATO-Gipfel nicht gewährt, da von diesem viele Zukunftspläne der USA und der EU abhingen. Weil aber die Türkei für diese Pläne wichtig ist, wird die NATO sicherlich einigen der türkischen Wünsche nachgeben und mit größter Wahrscheinlichkeit gegen kurdische Medien vorgehen. In Sachen Islam braucht sich der neue NATO-Generalsekretär nicht mehr zu entschuldigen, da US-Präsident Barack



Protest gegen die Verhaftungswelle der DTP-Frauen in Ankara Foto: DIHA

Hussein Obama mit muslimischem Vater doch im Gegensatz zu seinem Vorgänger Islam-freundliche Töne abgibt. Bei seinem Besuch in der Türkei am 5. und 6. April hatte Obama die neue Islampolitik der USA bereits signalisiert. Während sein Vorgänger Bush den Islam mit Terrorismus gleichsetzte und damit die USA gegenüber der islamischen Welt unsympathisch machte, wovon der Iran profitierte, wird die Obama-Ära dies korrigieren müssen. Hier spielt die Türkei natürlich unter der AKP und Erdoğan eine wichtige Rolle, da sie sich in Sachen politischer Islam seit der Machtübernahme entwickelt hat. Erdoğan hat nur in Kurdistan nicht geschafft, den politischen Islam als Instrument gegen die nationalen Forderungen der Kurden hoffähig zu machen.

Die Türkeireise des US-Präsidenten war Rettung in der Not. Die AKP und damit die staatliche Politik konnten die öffentlichen Debatten über die Wahlniederlage durch diesen Besuch in den Hintergrund rücken. Für die USA allerdings ist es wichtig, die AKP soweit möglich zu halten, da davon einige globale Pläne abhängig sind. Aber sie müssen auch in irgendeiner Weise den Kurden gegenüber eine freundliche Position wahren. Einige Wochen vor dem Obama-Besuch hatte die US-Außenministerin Hillary Clinton in Ankara der Rede von George Bush vom 5. November 2007 folgend die PKK erneut als „gemeinsamen Feind" tituliert. Der türkische Staat hat sehr viel darangesetzt, die DTP zu zwingen, die PKK als „terroristisch" zu diffamieren. Weil sehr viele Politikerinnen und Politiker der DTP dies abgelehnt hatten, laufen immer noch gegen sie eröffnete Gerichtsprozesse. Die DTP aber sieht die PKK als eine Folge, nicht als Ursache des Konfliktes. Dies ist einer der Gründe für ihre Sympathie innerhalb der kurdischen Bevölkerung.

DTP will eine Lösung direkt mit Ankara

Kurz vor der Türkeireise Obamas ließ die DTP verlautbaren, dass sie eine Lösung der kurdischen Frage direkt mit Ankara wolle. Der Bürgermeister der größten kurdischen Stadt Amed, Osman Baydemir, sagte, dass die DTP alles daransetzen werde, um mit Ankara ins Gespräch zu kommen. Wörtlich: „Wenn Ankara uns die Türen versperrt, werden wir durch die Fenster reingehen. Wenn auch die Fenster geschlossen werden, werden wir durch Tunnel, die wir bauen, reingehen." Die USA können sich eine solche kurdische politische Haltung nicht erlauben, da sie die kurdische Frage als Destabilisierungsfaktor – was die Briten erfunden haben – möglichst unter Washingtons Kontrolle behalten wollen. Vor allem für den Fall, wenn Ankara wieder eins mit dem Knüppel verpasst bekommen soll. Dann sind Kurden vonnöten. Während türkische Medien die Obama-Reise als historisches Ereignis feierten, reagierten die kurdischen Medien und die kurdische Öffentlichkeit sehr gelassen und mit Skepsis. Auch als bekannt wurde, dass der US-Präsident sich mit der DTP treffen werde, änderte das nichts an dieser Haltung. Der US-Präsident hatte anhand dieser politischen Haltung einige Änderungen an seinem Programm vorgenommen. Ihm war es wichtig, auch mit der DTP ins Gespräch zu kommen. Da es allein mit DTP-Vertretern türkisches Misstrauen hervorrufen würde, hieß es, Obama wolle sich mit den Oppositionsparteien treffen. In diesem Zusammenhang fand das Gespräch mit dem DTP-Vorsitzenden Ahmet Türk statt.

Obama zeigt die Richtung für eine Lösung

Während die DTP auf einer Lösung direkt mit Ankara beharrt, hat sich Obama die Freiheit des so üblichen global players genommen und die Türkei dazu bewegt, die Kurden als eine Minderheit anzusehen und die ihnen zustehenden Rechte zu gewähren. Bevor er seine Lösungsidee bekannt gab, hatte er es nicht versäumt, die PKK einen Tag vorher, nämlich in seiner Rede im türkischen Parlament, als „terroristisch" zu diffamieren.

Während der US-Präsident von den Kurden als Minderheit sprach, übermittelte die DTP ihm ein Dossier über ihre Lösungsvorstellung. Als eine Lösung für die kurdische Frage sieht die DTP das Projekt der demokratischen Autonomie. Hierzu verteilte sie bereits im vergangenen Jahr Broschüren im türkischen Parlament sowie unter aufgeschlossenen politischen und intellektuellen Kreisen in der Türkei. Eine Lösung für die kurdische Frage in der Türkei sollte kein Import aus Washington sein, sondern sich am für Kurden und Türken Erträglichen ausrichten. Überdies können doch beide Völker selbst debattieren und entscheiden, wenn doch nur Washington und Brüssel aufhören würden, ihren wirtschaftlichen Interessen zuliebe die Türkei und die Kurden zu instrumentalisieren. Eine dauerhafte Lösung bedarf der Versöhnung beider Seiten. USA und EU werden vor allem von kurdischer Seite mit Skepsis betrachtet, da sie sich in den dreißig Jahren Krieg gegen die Kurden sehr türkeifreundlich zeigten, nicht zu vergessen natürlich die historische Erfahrung mit ihnen seit dem Ersten Weltkrieg. Geschichte lebt in der Gegenwart. Wir als Kurden gehören zu den Vernünftigen, da wir Schlüsse aus unserer eigenen Vergangenheit gezogen haben. Je mehr wir uns verändern, umso mehr werden wir anderen

nur die Chance lassen, sich auch ändern zu müssen, da wir die anderen Kurden geworden sind. Jedenfalls wollen wir trotz des großen Respekts gegenüber dem tapferen Widerstand unserer Vorväter diesen nicht wiederholen.

Eines haben wir auf jeden Fall verändert: In Kurdistan geben Frauen den politischen und gesellschaftlichen Ton an. Gesellschaftlich ist sehr viel passiert in den letzten dreißig Jahren. Die Theorie Abdullah Öcalans, dass nämlich die Freiheit der Frauen die Mutter aller Freiheiten sei, ist vergesellschaftet. Wenn auch noch nicht ganz auf Mikro-Ebene, was eine Frage der Zeit ist. Allerdings haben die Kurden es auch bei den Kommunalwahlen bestätigt, wenn ich es als Nebenbemerkung einfügen darf: Überall, wo Frauen für Bürgermeisterämter kandidiert hatten, erhielt die DTP immer mehr als die Hälfte der Stimmen. Insgesamt wurden in der Türkei 17 Frauen gewählt, davon sind allein 14 von der DTP. Unsere Geschichte des 20. Jahrhunderts haben unsere Väter geschrieben. Sie hat uns keine Freiheit gebracht, sondern die kurdische Tragödie immer weiter vertieft. Es reicht nicht, den Frieden als eine politische Angelegenheit zum Gegenstand der Verhandlungen zu machen. Frieden ist eine philosophische, ideologische und historische Angelegenheit. Sie ist die Angelegenheit der Frauen und nicht der Staaten. Der Staat als Abstraktion des Mannes ist die patriarchale Erfindung für die Sicherheit der Herrschaft des Kapitals und ist durch die Armeen kriegerisch, ausbeuterisch. Die Geschichte der Zukunft Kurdistans allerdings wollen wir Frauen schreiben. Da wir Kurdistan nicht zu einem Instrument und Boden der Kriege gegen die Völker des Mittleren Ostens machen wollen. Unser Frieden soll lokal sein. Aber wir beharren auch auf unserer globalen Verantwortung. ♦

KCK: Waffenstillstand überdenken

Als Reaktion auf die Festnahmeoperation gegen die DTP hat die KCK [*kurdisch: Koma Civakên Kurdistan – Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan*] erklärt, niemand der Festgenommenen sei PKK-Mitglied. Die KCK rief die AKP und die türkische Armee dazu auf, von dieser „gefährlichen Lage" Abstand zu nehmen. Im Falle der Fortsetzung der Angriffe müsse die Entscheidung für einen Waffenstillstand überdacht werden. [*s. Erklärung vom 12.4.*]

Die Operation gegen die DTP könne eine „gefährliche Entwicklung" mit sich bringen. „Die AKP-Regierung, die bei den Kommunalwahlen in Kurdistan eine schwere Niederlage einstecken und landesweit große Stimmeneinbußen hinnehmen musste, hat den Erfolg der DTP nicht für eine demokratische Lösung in der kurdischen Frage und Frieden genutzt, sondern stattdessen die Bevölkerung zunächst in Ağrı und dann in Amara angegriffen. Dabei wurden zwei kurdische junge Männer getötet, Dutzende verletzt und Dutzende gefoltert.

Während also von der einen Seite die AKP-Regierung, die die Wahlergebnisse in Kurdistan nicht hinnehmen kann, unsere Bevölkerung angreift, hat die türkische Armee unterdessen, um die bei den Wahlen offen zu Tage getretenen Freiheitstendenzen in der Bevölkerung auszumerzen, zu schwächen und den Menschen ihre Hoffnung zu nehmen, neue auf Vernichtung ausgelegte Militäroperationen in verschiedenen Gebieten in Şırnak, Amed, Dersim und Hakkari gestartet. Dabei hat die Bevölkerung Kurdistans der DTP ihre Stimme für eine freie Identität, für eine Entwicklung einer demokratischen Lösung in der kurdischen Frage gegeben. Nach den Wahlen wurde gerechterweise erwartet, dass die Grundlage für eine demokratische Politik, im Sinne einer Lösung für Dialog und Frieden gestärkt werde.

Unter Berücksichtigung dieser Erwartungen unserer Bevölkerung – die gleichzeitig auch Forderung sind – hat unsere Bewegung beschlossen, bis zum 1. Juni eine gefechtsfreie Zeit fortzusetzen. Auch Abdullah Öcalan hat diese Haltung befürwortet und dazu aufgerufen, diese Entwicklung zu vertiefen. Somit hatten wir als kurdische Seite verantwortungsvoll im Sinne einer demokratischen Entwicklung gehandelt und den Ball für Frieden und eine demokratische Lösung der türkischen Seite zugeworfen.

Aber als Antwort darauf wurden die Operationen in ganz Kurdistan ausgeweitet. Gleichzeitig hat Generalstabschef Ilker Başbuğ in einer Rede ein weiteres Mal betont, gegen die Guerilla werde weiterhin auf Gewalt gesetzt. Und genau zur gleichen Zeit sind in etlichen Orten Operationen gegen die DTP durchgeführt und eine Vielzahl Vorstandsmitglieder und Mitarbeiter festgenommen worden. Im Rahmen dieser Operation wurden auch drei Anwälte des Vorsitzenden Apo festgenommen. (...)

„Wir haben einen Schritt gesetzt, um einen friedlichen Prozess einzuleiten. Gerechterweise erwarten wir die gleiche Haltung von der Gegenseite. Wenn der türkische Staat und die AKP-Regierung diesen von uns gesetzten Schritt nicht ernst nehmen und ihre Angriffe fortsetzen, müssen wir diesen Prozess neu überdenken. Unsere Bewegung achtet beharrlich darauf, zwischen sich und den legalen Organisierungsformen der kurdischen Bevölkerung Abstand zu bewahren. Ohne diesen Fakt zu beachten, die politischen Repräsentanten der kurdischen Bevölkerung als PKKler festzunehmen, bedeutet nichts anderes, als jeden kurdischen Patrioten als illegal zu kriminalisieren und den Prozess zu sabotieren. Diese Politik muss sofort geändert und eine legale demokratische Grundlage darf der kurdischen Bevölkerung nicht verschlossen werden."

Die Erklärung schließt mit einem Aufruf an die AKP und die türkische Armee, die Wahlergebnisse zu respektieren und ein weiteres Blutvergießen zu vermeiden, an die demokratischen Kräfte in der Türkei, angesichts der gefährlichen Situation Haltung zu beziehen, sowie an das kurdische Volk und alle demokratischen Einrichtungen in Kurdistan, „die Stimme zu erheben für einen würdevollen Frieden, eine demokratische Lösung und Geschwisterlichkeit".

Quelle: ANF, 15.04.2009, ISKU

Kurdenpolitik der AKP wurde von der kurdischen Bevölkerung abgelehnt

Das Wahlergebnis ist ein Start für eine neue Phase

Interview mit Murat Karayılan, Mitglied des Exekutivrats der KCK

Das folgende Interview mit Murat Karayılan erschien am 31. März 2009 bei ANF und beschäftigt sich mit den Kommunalwahlen in der Türkei vom 29. März. Das Interview führte Halit Ermiş.

Die DTP hat bei den Kommunalwahlen die Provinzmetropolen Van, Iğdır und Siirt dazugewonnen und somit die Zahl der Provinz-BürgermeisterInnen von 5 auf 8 erhöht. Außerdem hat sie ihren Stimmenanteil in weiteren 12 Provinzen erheblich vergrößert und ist aus den Wahlen in Kurdistan als Erste hervorgegangen. Wie bewerten Sie den Wahlerfolg der DTP?

Die diesjährigen Kommunalwahlen verliefen eher in der Atmosphäre einer allgemeinen Parlamentswahl. In Kurdistan erreichten sie regelrecht das Niveau eines Referendums. Sie waren sowohl für die Demokratisierung der Türkei als auch für die Festlegung der Methode der demokratischen Lösung der kurdischen Frage unter der Führung der kurdischen Befreiungsbewegung von großer Bedeutung. Dass die Wahlen eine solch große Bedeutung bekommen haben, lag weniger an der kurdischen Seite. Vielmehr hat sie der türkische Staat im Vorfeld dermaßen hochgepuscht. Staat und AKP-Regierung behaupteten, nicht die kurdische Befreiungsbewegung würde die Kurden vertreten, sondern sie. Sie wollte diese Behauptung am 29. März um jeden Preis beweisen, um die Wahlen zur Grundlage für die Bekämpfung der Befreiungsbewegung zu machen. Sieben, acht Monate vor den Wahlen begann das der Staat zu propagieren. Ministerpräsident Erdoğan erklärte, die Städte Diyarbakır, Dersim, diese und jene Städte gewinnen zu wollen, mit der Absicht, die kurdische Befreiungsbewegung zu vernichten. Vor diesem Hintergrund waren die Wahlen äußerst wichtig. Daher müssen die Wahlergebnisse aus unterschiedlichen Blickwinkeln bewertet werden.

Meiner Meinung nach haben die Wahlergebnisse vom 29. März den Startschuss für eine neue Phase in der Türkei gegeben. Die Verwarnung und die Botschaft, die die Wähler der AKP dabei sowohl türkeiweit als auch in Kurdistan erteilt haben, sind wichtig. Türkeiweit musste die AKP 8 % der Wählerstimmen einbüßen, in Kurdistan das Doppelte. Die türkische Wählerschaft hat damit der AKP nahegelegt, sich ernsthafter mit den grundlegenden Problemen des Landes zu befassen: statt oberflächlicher, demagogischer und tangierender Bewertungen eher tiefgründigere und lösungsorientierte politische Haltungen entwickeln. In diesem Sinne wurde der bisherigen Haltung der AKP, alles sagen und tun zu können, was sie will, eine Absage erteilt. Die kurdische Bevölkerung hingegen hat mit den Kommunalwahlen eine noch ernstere Botschaft übermittelt, die ohne Weiteres aus unterschiedlichen Perspektiven bewertet werden kann.

Die Wahlen vom 29. März waren für die Kurden und ihre Befreiungsbewegung zweifellos ein Erfolg. Wie Sie eben auch unterstrichen haben, hat die DTP drei wichtige Provinzstädte und eine Vielzahl von Kreisstädten gewonnen. Die DTP hatte sich zum Ziel gesetzt, die Zahl ihrer BürgermeisterInnen zu verdoppeln. Die Wahlergebnisse zeigen, dass sie ihr Ziel größtenteils erreichen konnte. Daher können wir von einem klaren Erfolg sprechen. Sehr viele Menschen haben ihren Anteil daran.

Der türkische Staat ist diese Wahlen wie ein Referendum angegangen. Gab es dafür überhaupt demokratische Voraussetzungen?

Nein, leider herrschten keine demokratischen Bedingungen. Auch diese Wahlen wurden auf unterschiedliche Weise angegriffen. Wir hätten in Kurdistan einen gerechten Verlauf erwartet, aber dem war leider nicht so. Der Staat machte mit aller Macht mobil, damit die AKP diese Wahlen in Kurdistan gewinnt. Alle Gouverneure arbeiteten wie Militante der AKP. Die Gendarmeriekommandanturen, Polizei- und Sicherheitspräsidien waren dafür aktiv. Es ist offensichtlich, dass die Wahlen in Kurdistan nicht zwischen AKP und DTP stattfanden, sondern zwischen dem türkischen Staat und der kurdischen Befreiungsbewegung. Weil der Staat die Wahlen so anging, setzte er alles Mögliche ein. Neben dem Verteilen großer Haushaltsgeräte wie Kühlschränke, Waschmaschinen, um die Wähler zu bestechen, wurden die religiösen Gefühle der Bevölkerung durch Sekten, religiöse Organisationen, Holdings ausgenutzt. Der militärisch-zivile Staat setzte alles, was er hatte, ein.

Er suchte sogar Unterstützung für die AKP bei den südkurdischen Kräften und Talabani. Ihm standen bei den Wahlen ein Volk und dessen Partei gegenüber, die über keinerlei externe Unterstützung verfügten und sich nur auf ihre eigene Kraft stützen konnten, die mit knappen Ressourcen den Wahlkampf führten, mit Repressalien aller Art konfrontiert

waren und mit Hindernissen zu kämpfen hatten. Vergleicht man die Möglichkeiten und die Kraft der Gegenseite mit den knappen Mitteln des kurdischen Volkes, erkennt man einen riesengroßen Unterschied.

Aus diesem Grunde kann die Kommunalwahl vom 29. März nicht – trotz einiger gegenteiliger Behauptungen – als Referendum gesehen werden. Denn ein Referendum wäre die Willensbekundung unter gleichen Voraussetzungen und unter demokratischen Bedingungen. In Kurdistan kann davon nicht die Rede sein. Die Polizeistationen bedrohten in manchen Gegenden die Bevölkerung, auch der Ministerpräsident während seiner Kurdistanreisen. So sagte er, wem es nicht passe, solle das Land verlassen. Das ist eine ernste Drohung. Das kurdische Volk hat das Wahlergebnis trotz starken psychischen Drucks und Drohungen erzielt. Ohne diese wäre das Ergebnis sicherlich noch anders ausgefallen.

Am Wahltag waren Gendarmerie, Polizei, Spezialeinheiten, Dorfschützer um die Wahllokale und -urnen platziert. Ihre Haltung auf der Straße, wie sie sich aufspielten, ihre Einschüchterungsversuche – all das sollte psychischen Druck aufbauen. Außerdem wählte das ganze militärische und zivile Sicherheitspersonal en bloc. Bei freier Wahl hätten sie vielleicht anders gewählt. In Bingöl zum Beispiel warteten die Staatskräfte bis Mittag, und nachdem ihnen klar war, dass sie alle dem AKP-Kandidaten zur Macht verhelfen könnten, wählten 2000, 3000 von ihnen en bloc. In anderen Städten war es ähnlich.

Unter gerechten und demokratischen Bedingungen hätte das kurdische Volk seinen Wahlerfolg verdoppeln können. In vielen Orten wurden die Urnen manipuliert. Die Vorfälle in Ağrı [*Proteste der Bevölkerung, Straßenschlachten, Ausnahmezustand, viele Verletzte und Festgenommene*] sind bedingt durch die Wahlmanipulation der AKP. Auch in Muş gab es Angriffe, der Vorsitzende der *Partei für Frieden und Demokratie* Demir Çelik wurde schwer verletzt. In Adana wurden Wahlzettel, auf denen die DTP angekreuzt war, auf der Müllkippe gefunden.

245 DTP-Anhänger in einer Woche festgenommen

In der Türkei wurden in einer Woche 245 DTP-Anhänger festgenommen. Von den 53 DTPlern sind 51 wegen „Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation“ verhaftet worden.

Emine Ayna äußerte sich am 17. April zu den Vorwürfen gegen die Festgenommenen. Das eigentliche Ziel der gegen die DTP eingeleiteten Operation sei der Friedensprozess: „Es geht nicht nur darum, dass der Erfolg der DTP bei den Wahlen nicht ertragen wird, sondern um das Bewusstsein in der Bevölkerung, das die DTP in den vergangenen zwei Jahren hervorgebracht hat, um die Legitimierung der Forderungen der Bevölkerung, und darum, dass diese in der allgemeinen Öffentlichkeit Anerkennung finden. Die Ideen und Projekte, die die DTP bei Versammlungen und auf Kundgebungen zur Lösung der Probleme in der Türkei und insbesondere zur kurdischen Frage hervorgebracht hat, werden diskutiert und als Möglichkeit anerkannt. Der Angriff, dem wir jetzt ausgesetzt sind, ist ein Angriff auf unsere Projekte, die wir als Lösung vorgelegt haben. Wir sagen zum Beispiel: In der Türkei findet ein Krieg statt und eine Lösung der kurdischen Frage wird durch Operationen weiter unmöglich gemacht. Wir sagen, dass eine realistische Definition der kurdischen Frage vorgelegt werden muss, damit eine Lösung auch realistisch diskutiert werden kann. Die kurdische Frage ist nicht nur ein Kulturproblem. Den Kurden geht es nicht darum, dass in einem Fernsehsender kurdische Lieder gesungen werden. Es handelt sich um ein nationales Problem.“

Die zeitliche Planung der Festnahmeoperation sei interessant, so Ayna: „In der Vorwahlzeit fand sowohl staatlicherseits als auch von der Guerilla aus eine Phase ohne Gefechte statt. Diese Gefechtslosigkeit führte in der gesamten Türkei zu einer Erleichterung. Im Anschluss gaben die Führungskader der PKK eine Erklärung ab, in der sie ankündigten, diese Phase bis zum ersten Juni fortzusetzen und keine Aktionen durchzuführen, solange sie nicht angegriffen werden. Am Tag danach fiel die Fraktionssitzung der AKP aus, aber welch ein Zufall, gleichzeitig hielt der Generalstabschef eine zweistündige Rede, in der er wieder auf die türkische Nation setzte und erklärte, die Verfassung sei unveränderlich. (...) Und am gleichen Tag fand die Operation gegen die DTP statt. In der Gesamtheit betrachtet, verweisen die Entwicklungen darauf, dass es darum geht, die gesellschaftliche Opposition mundtot zu machen und insbesondere die demokratischen politischen Einrichtungen des kurdischen Volkes und der gesamten gesellschaftlichen Opposition zu diskreditieren und zu verbieten. (...) Werfen wir doch mal einen Blick auf die Anschuldigungen. Eine davon lautet, Bayram Altun, der bei uns für die Kommunalverwaltungen zuständig ist, habe daran gearbeitet, den Ilisu-Staudamm zu verhindern. Das wird als Straftat gewertet. Der Bau des Ilisu-Staudamms ist darauf ausgerichtet, die Geschichte des kurdischen Volkes unter Wasser zu setzen und die Umwelt zu vernichten. Die DTP hat sich dafür eingesetzt, dass dieser Staudamm nicht gebaut wird. Wenn das eine Straftat ist, dann hat sie nicht Bayram Altun begangen, sondern die DTP und das kurdische Volk. Und es ist eine Straftat, die wir liebend gern begehen.“

Aus den Medien sei zu erfahren gewesen, dass die nunmehr Verhafteten Mitglieder im *Kongress für eine demokratische Gesellschaft* (DTK) und der türkeiweiten Koordination seien. „Genau das steht auch in unserer Satzung. Wir sind eine politische Partei, die sich nach Räten organisiert. Unsere Beschlüsse werden nicht wie bei anderen Parteien nur von den Vorsitzenden getroffen. Wir sind keine autoritäre und totalitäre Partei, sondern eine, die sich auf die Bevölkerung stützt und mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Räten auf kleinsten Ebenen gemeinsam Beschlüsse trifft. Und wir haben einen Kongress, der sich aus den Sprechern der Stadtteilräte, der Provinz- und Bezirksräte, der Jugend- und Frauenräte, aus Delegierten, die auf Stadtteilversammlungen festgelegt werden, zusammensetzt. Der *Kongress für eine demokratische Gesellschaft* ist eben genau dieser Türkeirat. (...) Die DTP ist Mitglied des DTK und arbeitet auf politischer Ebene. Die zivilgesellschaftlichen Einrichtungen, die Frauen- und Jugendeinrichtungen stellen das soziale Arbeitsfeld dar. Was dieser Kongress umgesetzt hat, ist die Dienstleistungen, die der Staat der Bevölkerung nicht bietet, zu gewährleisten. Die Bevölkerung in den Stadtteilen stellt selbst ihre Bedarfe fest und arbeitet daran, aus eigener Kraft für diese Bedarfe eine Lösung zu finden. Alle Anschuldigungen, von denen in den Medien gesprochen wird, sind die Existenzgrundlage der DTP. Eine weitere Anschuldigung ist die Organisation von Kampagnen für die Muttersprache. Genau das sagt die DTP: Es muss muttersprachlichen Unterricht geben, das unterstützen wir. Wenn das eine Straftat ist, so begehen wir diese Straftat liebend gern.“

Quelle: DIHA/ANF, 17./18.04.2009, ISKU

Die AKP hat nicht nur in den kurdischen Gebieten an Stimmen verloren, sondern auch im Westen des Landes. CHP und MHP haben dazugewonnen. Wie wird das politische Profil der Türkei nach diesen Wahlen aussehen?

Wie bereits gesagt, diese Wahlen könnten der Beginn einer neuen Phase sein, die den Weg für die Demokratisierung der Türkei und die Lösung der kurdischen Frage ebnet. Die Wahlergebnisse beinhalten eine Mahnung an die AKP, eine gelbe Karte, mit dem Hinweis, falls sie so weitermache, habe ihr Abstieg begonnen. Aber die politischen Ansichten der Oppositionsparteien bieten auch keine ernsthafte Alternative. Hätten sie nicht eine engstirnige nationalistische Linie verfolgt, dafür aber Projekte der Öffnung vorgesehen, wäre die AKP sicher noch mehr Stimmen an sie losgeworden.

Warum die AKP nicht noch mehr verloren hat, liegt an der Politik von CHP und MHP. Folglich hat das Wahlergebnis zumindest ein Gleichgewicht hergestellt. Für die AKP gibt es nur noch einen Weg, ihre Macht zu bewahren, und der liegt in der Öffnung. Mit einer oberflächlichen Herangehensweise an die kurdische Frage, mit einem TRT 6, durch Spaltung der Kurden geht das nicht. Das kurdische Volk hat bei der Wahl diese Art der Politik zurückgewiesen. Die AKP muss eine ernsthafte lösungsorientierte Politik verfolgen. Wenn sie sich auch einer Demokratisierung der Türkei, in der Frage einer neuen Verfassung öffnen würde, hätte sie Überlebenschancen. Andere Parteien vor ihrer Zeit haben ähnliche Phasen erlebt. Hier wäre das Beispiel ANAP angebracht. Wenn es der AKP nicht gelingen sollte, neue Wege zu öffnen, wird sie ihren Abstieg nicht verhindern können.

Kein Lösungsansatz, der Öcalan unberücksichtigt lässt, wird in Kurdistan je eine Chance haben. Er kann zweifellos eine Rolle wie Mandela übernehmen.

Außerdem wurde die Kurdenpolitik der AKP von unserem Volk abgelehnt. Denn sie bezweckt, die Kurden in gut und schlecht aufzuteilen und die Befreiungsbewegung zu zermahlen. Ministerpräsident Erdoğan wollte die kurdischen Stimmen nicht für die Lösung der kurdischen Frage, sondern für die Liquidierung der kurdischen Befreiungsbewegung. Unsere Leute haben das abgelehnt. Bei der Parlamentswahl am 22. Juli 2007 war die Absicht der AKP nicht so erkennbar. Erst danach machte sie der Ministerpräsident öffentlich. Er forderte Wählerstimmen für die Liquidierung der PKK und die Auslöschung der DTP. Das würde bedeuten, den Willen des Volkes zu brechen. Erst wenn die AKP ihre bisherige Kurdenpolitik und ihre Argumente sowie ihre Personalpolitik in Kurdistan nach einer ernsthaften Selbstkritik korrigiert, wird ihr positiv begegnet werden. Mit einigen unaufrichtigen Schritten wird sie keinen Erfolg haben.

Werden die Wahlergebnisse Einfluss auf die friedliche Lösung der kurdischen Frage haben? Welche Politik werden die AKP und die türkische Armee Ihrer Meinung nach in der neuen Phase verfolgen?

Ich denke, dass nach der Willensbekundung des kurdischen Volkes das Problem noch einmal allgemein unter die Lupe genommen wird. Dies gilt sowohl für die internationalen Kräfte als auch für die Regierung der Türkei als auch für den Staat. Daher wäre abzuwarten, ob sich neue Annäherungen entwickeln werden. Es ist schwierig, jetzt etwas dazu zu sagen. Sicher ist aber, dass die kurdische Frage nicht durch Gespräche mit Talabani und den USA und Erklärungen gelöst werden kann. Sie könnten einige Guerillaeinheiten vernichten, aber an deren Stelle würden hunderte neue treten. Die Lösung des Problems sollte nicht draußen gesucht werden. Die Adresse für die Lösung der kurdischen Frage sollte richtig bestimmt werden.

Unser Volk hat als Adresse für die Lösung den Vorsitzenden Abdullah Öcalan präsentiert. Die DTP-Verantwortlichen haben dies persönlich auf Wahlplattformen offen dargelegt. Kein Lösungsansatz, der Öcalan unberücksichtigt lässt, wird in Kurdistan je eine Chance haben. Er kann zweifellos eine Rolle wie Mandela übernehmen. Er wird einen großen Beitrag bei der Entwicklung der demokratischen Lösungsphase leisten können. Es ist nicht möglich, auf der einen Seite den politischen Vertreter des kurdischen Volkes lebenslang im Gefängnis festzuhalten und dann zu behaupten, die kurdische Frage lösen zu wollen. Die Praxis unseres Vorsitzenden, die als Straftat betrachtet wird, besteht darin, die kurdische Frage auf die Tagesordnung gehievt zu haben. Wenn heute die Existenz einer kurdischen Frage akzeptiert wird, dann ist diese Straftat auch nicht mehr gültig. Kurzum, die Lösung liegt nicht draußen, sondern drinnen.

Sie liegt weder in den USA noch im Irak, sondern allein in der Türkei. Die DTP hat bewiesen, dass sie ein wichtiger Akteur bei der Demokratisierung der Türkei und bei der Lösung der kurdischen Frage ist. Dies gilt sowohl für uns als auch für die Türkei. Sie könnte bei der Lösung eine wichtige Rolle spielen. Diese Realität zu ignorieren und den Vorsitzenden Öcalan außer Acht zu lassen, kann zu keiner Lösung beitragen. Das kurdische Volk hat sich institutionalisiert, politisiert und stellt eine starke organisierte Kraft dar. Das ist inzwischen eine unleugbare Realität der Türkei.

Unserer Auffassung nach sind die Bedingungen reif für eine neue Phase. Aber die vergangenen Erfahrungen haben gezeigt, dass diese Phase nicht nur durch die Bestrebungen einer einzigen Seite zu entwickeln ist. Nur wenn sich gegenseitiges Verständnis entwickelt, können auch Lösungsmethoden sich entwickeln. Würden die Vertreter des türkischen Staates die Botschaft unseres Volkes ernst nehmen, wäre eine neue Phase auf der Grundlage der Demokratisierung der Türkei und der Lösung der kurdischen Frage möglich. Wir alle tragen Verantwortung dafür, dass diese gereiften Bedingungen richtig bewertet werden. Die Lösung der Probleme bedarf gegenseitiger Anstrengungen. Voraussetzung hierfür ist das gegenseitige Verständnis. ♦

Echo der Kommunalwahlen in der Türkei ist noch nicht verklungen

Der Erfolg der DTP bei den Kommunalwahlen

Günay Aslan, Journalist

Die Kommunalwahlen 2009 können in der Region Kurdistan als eine Art Referendum zwischen den staatstragenden Kräften, vertreten durch die Regierungspartei AKP, und der DTP als Organisationsplattform und Vertreterin der Interessen der kurdischen Bevölkerung betrachtet werden – obwohl auch in den kurdischen Provinzen weitere Parteien kandidiert haben. Die beiden oppositionellen Parteien CHP und MHP haben im Verlauf des Wahlkampfs in Kurdistan weitgehend die AKP unterstützt. Währenddessen konkurrierten AKP, CHP und MHP in den westlichen Regionen, in erster Linie in Istanbul, Ankara und Izmir, in einem unerbittlichen Wahlkampf gegeneinander. Daraus lässt sich schließen, dass staatlicherseits mit allen Mitteln versucht werden sollte, das sich entfaltende Selbstbewusstsein und den Willen der KurdInnen zu brechen sowie die DTP zu marginalisieren. Das Wahlergebnis zeigt, dass die kurdische Bevölkerung diesem Vorgehen entschieden widerspricht und sich für eine demokratische Entwikklung ausspricht.

Die AKP kam landesweit auf 38 % der Stimmen und verlor somit 8 % gegenüber den Parlamentswahlen 2007. Die stärkste Oppositionspartei CHP erhielt 23 % und die MHP 16 %. Die *Partei für eine demokratische Gesellschaft* DTP erreichte knapp 6 % der Stimmen, obwohl sie nicht türkeiweit KandidatInnen aufgestellt hatte, sondern ihre Kandidaturen auf Kurdistan und auf türkische Städte mit hohem Anteil an kurdischer Bevölkerung beschränkte. Vor allem in Kurdistan gelang der DTP ein überwältigender Erfolg. Sie behauptete sich somit klar gegen die Machtansprüche der AKP.

Die DTP hat in den folgenden acht Provinzen die Wahlen für sich entscheiden können: Diyarbakır, Batman, Hakkari, Şırnak, Siirt, Van, Iğdır und Dersim. Auch in 51 Kreisstädten, darunter Tatvan, Malazgirt, Doğubeyazıt und Yüksekova, deren Einwohnerzahl zum Teil größer ist als die einiger Provinzen. In 40 Gemeinden konnte die DTP ebenfalls die Wahlen gewinnen. Sie stellt nun insgesamt in 99 Ortschaften die BürgermeisterInnen. In den Bezirksparlamenten stellt die DTP in Diyarbakır, Mardin, Van, Batman, Hakkari, Muş, Şırnak, Ağrı und Iğdır als stärkste Partei die meisten Abgeordneten. In den Städten Bitlis, Muş, Mardin, Bingöl und Ağrı wurde der Sieg bei den Bürgermeisterwahlen nur knapp verpasst, obwohl auch hier erhebliche Stimmengewinne erreicht werden konnten. Schon jetzt ist absehbar, dass diese Städte bei den nächsten Wahlen ebenfalls von der DTP gewonnen werden können und sich der politische Einfluss der Partei in der Türkei weiter ausweiten wird.

Auch die Kommunalwahlen 2009 waren wie die letzten Kommunal- und Parlamentswahlen nicht frei von undemokratischen Verfahrensweisen, Wahlbetrug und Bedrohungsszenarien: Parteien, die im türkischen Parlament eine Fraktion bilden, erhalten normalerweise eine finanzielle Unterstützung aus dem Staatshaushalt (Wahlkampfkostenrückerstattung). Die AKP erhält 50 Mio. TL (25 Mio. Euro), die CHP 21 Mio. TL (11,5 Mio. Euro) die MHP 15 Mio. TL (7,5 Mio. Euro). Obwohl die DTP auch eine Fraktion bildet, kann sie diese Gelder nicht in Anspruch nehmen. Ein Gesetz, dass erst in den letzten Jahren verabschiedet wurde, besagt, dass nur Parteien, die 7 % erhalten, derart unterstützt werden (vergleichsweise erhalten in der Bundesrepublik und weiteren Staaten der EU auch Parteien eine Rückerstattung, die weit weniger als 5 % erhalten und nicht in die Parlamente einziehen).

Die „unabhängige" Presse der Türkei hat darüber hinaus für AKP, CHP und MHP quasi Wahlpropaganda gemacht, während die DTP nur selten Erwähnung fand. Die wenigen Berichte über die DTP dienten dann lediglich ihrer Delegitimierung und Diskriminierung. Die staatlich eingesetzten Gouverneure haben zudem die AKP in gleicher Weise unterstützt wie die Bezirksvorsitzenden der Regierungspartei. In Kurdistan wurden sowohl seitens der Gouverneure als auch über religiöse Sekten, unter dem Vorwand, die Bevölkerung zu unterstützen, Bestechungsgelder und materielle Güter verteilt, um die Wahl zugunsten der AKP zu beeinflussen. Nudeln und Kohle gehörten genauso dazu wie später Kühlschränke und Schlafsofas. Solch ein Vorgehen kann als gezielter Versuch gewertet werden, die Würde der Menschen zu brechen. Die Wahlen wurden dadurch als Instrument demokratischer Teilhabe beschmutzt. In den meisten Provinzen, Kreisstädten und Dörfern in den kurdischen Provinzen wurden die Wähler zudem, auf unterschiedliche Weise, von Sicherheitskräften bedroht – sie sollten nicht die DTP wählen. Am Wahltag selbst kam es in vielen Provinzen, in erster Linie in Ağrı, Mardin und Muş, zu Regelwidrigkeiten und nachgewiesenem Betrug. Allein in Ağrı wurden

annähernd dreitausend Stimmen der DTP, die der Partei zur Wahl des eigenen Bürgermeisterkandidaten verholfen hätten, von der Wahlkommission ohne ersichtlichen Grund für ungültig erklärt.

Trotz all dieser Unregelmäßigkeiten konnte der Erfolg der DTP nicht verhindert werden. Das kurdische Volk hat anlässlich der Kommunalwahlen einmal mehr gezeigt, dass es hinter der DTP steht und diese als Sprachrohr und Mittel zur Umsetzung der eigenen Interessen sieht. Das Aufbauen einer künstlich geschaffenen Vertretung wurde so auf demokratische Weise zurückgewiesen. Diejenigen kurdischen WählerInnen, die der AKP bei den Parlamentswahlen am 22. Juli 2007 ihre Stimme gaben, da sie hofften, dass sie die kurdische Frage mittels Dialog lösen wolle, haben ihr jetzt eine Absage erteilt. Die AKP-Regierung, die, statt den Lösungsweg mittels Dialog zu beschreiten, eine Luft- und Bodenoffensive begann und sich mit den Kriegstreibern einigte, muss eingestehen, dass die Taktik der uneingelösten Versprechen nicht aufging. Erdoğan, der in Diyarbakır erklärte „Unsere Sicherheitskräfte werden das Nötige, auch ohne Rücksichtnahme auf Frauen und Kinder, unternehmen“ und somit sogar grünes Licht für das Töten von Kindern gab, der sich in Hakkari mit den Worten brüstete „Wem es nicht passt, kann ja gehen“, hat sich anscheinend verkalkuliert.

Dafür, dass die AKP im Vergleich zu den vorherigen Wahlen in Kurdistan viele Stimmen verloren hat und auch Städte wie Van und Siirt an die DTP verlor, gibt es einige Gründe. Ein Hauptgrund ist, dass die AKP-Regierung bezüglich der kurdischen Frage bis heute keinen klaren Plan für eine friedliche Lösung vorgelegt hat. Mit Hilfe einer neuen Übereinkunft mit den US-Amerikanern wurden die Militäroperationen gegen die Kurden sowohl im Inland als auch in Irakisch-Kurdistan ausgeweitet. Auch wenn die AKP auf TRT 6 mittlerweile eine Sendung in Kurdisch ermöglicht, bleibt ihre Politik auch diesbezüglich doppelzüngig. Heute sendet in der Türkei der Staat auf Kurdisch, während den KurdInnen selbst dieses Recht vorenthalten wird. Die Buchstaben W, Q und X werden vom Staat benutzt – die Nutzung bleibt den KurdInnen jedoch verboten. Ministerpräsident Erdoğan spricht auf Kurdisch zu den Kurden – aber die Ausstrahlung der Rede des Co-Vorsitzenden der DTP, Ahmet Türk, wurde auf TRT unterbrochen, als er kurdisch sprach.

Des Weiteren wurden annähernd zweitausend kurdische Kinder, von denen Hunderte noch im Gefängnis sitzen, verurteilt, weil sie angeblich Sicherheitskräfte mit Steinen beworfen hätten. Der Ministerpräsident begrüßt palästinensische Kinder, die israelische Soldaten mit Steinen bewerfen – aber wenn kurdische Kinder das Gleiche tun, tut er das Gegenteil. Er befürwortet die Verurteilung – oder wie bei den Vorfällen 2006 in Diyarbakır sogar das Töten – der Kinder. Erdoğan fordert Israel dazu auf, Hamas als Gesprächspartner zu akzeptieren – wenn es aber um die PKK geht, spricht er von einem Terrorproblem. Er spricht nicht einmal mit den DTP-Abgeordneten und -Bürgermeistern, die von der Bevölkerung gewählt wurden. Er betrachtet auch sie als Terroristen.

Der Erfolg der DTP hat die Türkei, trotz entgegengesetzter Erwartungen, mit der Realität konfrontiert, dass sie auf dem Weg der Lösung nicht voranschreiten kann, solange sie den Willen der KurdInnen nicht anerkennt.

Die Aufarbeitung der finsteren Vergangenheit der Türkei und die Aufklärung der Verbrechen gegen die Menschlichkeit gegenüber den KurdInnen geht ebenfalls mehr als schleppend voran. Die AKP scheint sich an diesen Punkten mit der Armee verständigt und geeinigt zu haben. In Kurdistan werden zwar Massengräber sichergestellt, die notwendige juristische Aufklärung jedoch nicht unternommen. Die Wunden der Bevölkerung können auf diese Weise nicht geheilt werden. Zusätzlich hat Erdoğan im vergangenem Jahr regelrecht eine Kriegserklärung abgegeben und gesagt, er wolle die Städte Diyarbakır und Dersim, die als Hochburgen der KurdInnen gelten, „einnehmen“. Mit ihrem Votum hat die Bevölkerung darüber hinaus auf mafiaähnliche Banden, die die AKP-Abgeordneten in ihren Wahlkreisen aufgebaut haben, reagiert.

Die AKP-Regierung wäre gut beraten, das Wahlergebnis richtig zu interpretieren und die DTP endlich als Gesprächspartnerin zu akzeptieren. Die kurdische Bevölkerung fordert, dass ihr demokratischer Wille endlich akzeptiert und nicht mehr verleugnet wird. Das ist eine der Hauptvoraussetzungen für eine friedliche und demokratische Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts. Das Wahlergebnis bietet somit eine sehr wichtige Chance für die demokratische Lösung der kurdischen Frage.

Der Erfolg der DTP hat die Türkei, trotz entgegengesetzter Erwartungen, mit der Realität konfrontiert, dass sie auf dem Weg der Lösung nicht voranschreiten kann, solange sie den Willen der KurdInnen nicht anerkennt. Nach den Wahlen wurde diese Realität mehr als je zuvor auch öffentlich auf die Tagesordnung gesetzt. Auch die Aufmerksamkeit der USA und der EU richtet sich jetzt auf die DTP. Sowohl im In- als auch im Ausland gerät die DTP zunehmend als wesentlicher Akteur für eine friedliche und demokratische Lösung in den Vordergrund. In der Region Mittlerer Osten sind ähnliche Entwicklungen zu beobachten. Der Vorsitzende der kurdischen Regionalregierung im Irak hat nach den Wahlen der DTP zu ihrem Erfolg gratuliert und seine Hoffnung zum Ausdruck gebracht, dass dies ein Anlass für eine friedliche Lösung sein möge.

Der Weg für eine friedliche Lösung verläuft nur über die Anerkennung der Realität. Wir können nur hoffen, dass der Staat und die Regierung der Türkei die Botschaft des kurdischen Volkes richtig lesen. ♦

Ergenekon vom jetzigen Staatsapparat getrennt zu betrachten führt in die Irre

AKP und Ergenekon: Tanz im Dunkeln

Baki Gül, Journalist

Handgranaten, registriert als Besitz der türkischen Streitkräfte, vergrabene Munition, verschwundene Waffen, Brunnen, aus denen Leichen geborgen werden, Massaker an den Aleviten, politische Attentate, linke Organisationen unter Kontrolle, Gewerkschaften, Vorsitzende und hochrangige Kader politischer Parteien, die ausgetauscht werden sollen, versuchte Militärputsche, Tagebücher, Morde, Bedrohungen ... Generäle, Partei-Vorsitzende, an Universitäten dozierende Professoren, Mitglieder des Verfassungsgerichts und des Kassationshofes, wichtige TV-Menschen, Journalisten, wichtige und einflussreiche Unternehmer … Die Aufzählung wird nicht enden. Die „Terror-Organisation Ergenekon“ oder „die Operation des tiefen Staates in der Türkei“; nennen wir es, wie wir wollen. Der Prozess, der den Charakter des Regimes in der Türkei definieren wird, hat ein neues Stadium erreicht.

Jedes Stadium beinhaltet Informationen, Akteure und Dokumente, die dazu führen werden, die Entwicklungen in der Geschichte der Türkei neu zu interpretieren und neu zu schreiben. Betrachten wir die Ergenekon-Organisierung, sehen wir: Massenproteste, verdeckte Morde, Gewerkschaften, die Gesellschaft, politische Parteien, das Parlament, den Gerichtshof, Mafia, Universitäten, die Wirtschaft, Nichtregierungsorganisationen und Moscheen. Ergenekon ist also ein organisierter Zusammenschluss all dessen. Ergenekon bedeutet nicht nur die Organisierung innerhalb dieser Institutionen, sondern auch deren Bestimmung. Um die politischen Kräfte in der Türkei an ein Zentrum zu binden. Von der kurdischen Frage bis zum Genozid an den Armeniern, von der Zypern-Frage bis zum EU-Beitrittsprozess, von den Aleviten bis zu den christlichen Minderheiten in der Türkei, Ergenekon ist eine Organisierung, die sich gegen diese Komplexe zusammensetzt aus einem politischen, militärischen und gesellschaftlichen Kräftekonglomerat. Ergenekon besitzt staatliche Eigenschaften.

Neue Anklageschrift, neue Putsch-Pläne

Am 10. März 2009 begann der zweite öffentliche Prozess mit einer neuen Anklageschrift von 1909 Seiten. Bisher wurden 10 große Operationen durchgeführt. Bisher gibt es 142 Angeklagte. Allein im Rahmen der letzten 2 Operationen wurden gegen 77 Personen Ermittlungen eingeleitet. Je mehr Ergenekon entlarvt wird, desto klarer offenbart sich eine Organisierung, die von der Politik bis zum Militär, von der Justiz bis zu den politischen Parteien reicht. Ja sogar geheime Organisationen umfasst.

Bringen wir alle diejenigen zusammen, gegen die ermittelt wird, die verurteilt, angeklagt sind oder deren Namen in diesem Prozess fallen, erreichen wir eine Zahl von Journalisten, Gewerkschaftlern, Politikern, Generälen und Rechtsprechern, mit denen zwei bis drei Staaten angeführt werden könnten.

Tuncer Kılınç (ehemaliger Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrates), Ibrahim Şahin (ehemaliger Vorsitzender der Abteilung für Spezialeinsätze), Sabih Kanadoğlu (ehemaliger Staatsanwalt des Kassationsgerichtshofes der Republik), Mustafa Özbek (Vorsitzender der Gewerkschaft „Türkisch Metall“), Şener Eruygur (ehemaliger Generalkommandant der Gendarmerie und General a. D.), Bedrettin Dalan (ehemaliger Bürgermeister von Groß-Istanbul), Hurşit Tolan (ehemaliger Armeekommandant und General a. D.), Hasan Atilla Uğur (Oberst a. D.), Levent Ersöz (Oberst), Veli Küçük (General a. D.). Dies sind die Namen derer, die in der Anklageschrift vorkommen, verhaftet oder angeklagt wurden. Es ist gut möglich, dass ihnen im Laufe des Prozesses noch weitere hinzugefügt werden. Daher wird es irreführen, Ergenekon vom gegenwärtigen Staatsapparat getrennt zu betrachten.



Ergenekon-Ermittlungen in Istanbul — Foto: DIHA

Wird Ergenekon aufgeklärt werden?

Im Anschluss an die Kommunalwahlen vom 29. März 2009 wurde eine zwölfte Operation gegen Ergenekon durchgeführt, in deren Verlauf eine große Zahl von Personen, unter ihnen auch Universitätsrektoren, festgenommen wurde.

Laut Anklageschrift werden die Angeklagten, die Inhaftierten oder diejenigen, gegen die ermittelt wird, der Organisierung von Militärputschen und der Manipulation der Bevölkerung beschuldigt. Weiter ist der Anklageschrift zu entnehmen, dass „geheime Aktionen und Attentate" der nahen Vergangenheit in der Türkei und in Kurdistan, deren Täter bisher unbekannt sind, dieser Organisation entspringen sollen. Laut Aussagen einiger geheim gehaltener Zeugen wird nach und nach deutlich und ersichtlicher, dass dies der Wahrheit entspricht.

Welches ist das politische Betätigungsfeld von Ergenekon?

Aufgrund der politischen Bereiche, in denen Ergenekon aktiv ist, der bestehenden Beziehungen, der im Nachhinein erkennbaren Akteure lässt sich behaupten, dass Ergenekon etwas geschaffen hat, das in der Türkei nur durch staatliche Organisierung erreicht werden kann. Natürlich reicht dies noch nicht aus, um vor Augen zu führen, was Ergenekon nun wirklich ist. Auch wenn immer mehr Dokumente, geheim gehaltene Zeugen, neue Aussagen auftauchen, so reicht dies leider immer noch nicht, um zu ermessen, wie viel von Ergenekon aufgedeckt ist und wie viel noch nicht.

Die Ergenekon benannte Organisation ist das Projekt, die „unteilbare Einheit" der Republik Türkei aufrechtzuerhalten. Deshalb hat es die Aufgabe, gegenüber der kurdischen Frage, dem armenischen Problem, dem politischen Islam, der Gefahr des Linksspektrums, den Beziehungen mit der EU und gegenüber den religiösen Minderheiten in der Türkei die offizielle türkische Politik zu wahren. Daher steht es als militärische, politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Organisierung eines Paradigmas vor uns, dem sich bisher alle politischen Herrschaften ergeben haben. Aus neu entdeckten Tonbandaufnahmen, durch Dokumente, geheim gehaltene Zeugen und Bekenntnisse von Ex-Kontraguerilla-Angehörigen ist ersichtlich, dass bei allen Aktionen und Provokationen, die in diesen Bereichen stattfanden, Spuren von Ergenekon zu finden sind. Ergenekon jedoch von der gegenwärtigen staatlichen Struktur zu trennen, wäre falsch. Denn angesichts von Status, Posten und Einflussbereich der in Ergenekon steckenden Institutionen und Akteure erkennen wir hochrangige Repräsentanten von Staat, Militär, Justiz, Medien, Wirtschaft und anderen Bereichen.

Wenn dem so ist, wie sind also die Operationen und der laufende Ergenekon-Prozess einzustufen? Und genau an diesem Punkt hat ein ernster Machtkampf zwischen den politischen „Kräften", die im Anschluss an die Kommunalwahlen an Kraft gewonnen haben, und dem konventionellen Staat – den wir auch als „Staatsstruktur im Status quo" bezeichnen können – begonnen.

Die Wahlergebnisse der aus der Tradition des politischen Islam stammenden AKP bei den Parlamentswahlen 2002, den Kommunalwahlen 2004 und den vorgezogenen Parlamentswahlen 2007, die personelle Verankerung des konservativen Islam innerhalb des Staatsapparates und der mit der EU eingegangene Reformprozess, um sich verteidigen zu können, führten zu ernsthaften Widersprüchen unter den Staatsbefürwortern, die am Status quo festhalten.

Es gab versuchte Militärputsche gegen die AKP-Regierung. Nachdem sich jedoch die Kräfteverhältnisse innerhalb der staatlichen Strukturen veränderten und dies auch den Militärs bewusst wurde, begann in den türkischen Streitkräften vereinzelt ein Umdenken. Obwohl diese bisher immer als Block auftraten.

Es kam dazu, dass auch innerhalb des Militärs Putschpläne plötzlich geheim und verdeckt gehandhabt wurden. Erstes Anzeichen für ein Umdenken war, dass zum ersten Mal in der Geschichte der Türkei ein Generalstabschef von militärischer Seite beobachtet und heftig kritisiert wurde. Parallel wurde die islamische Identität sehr stark in den Vordergrund gerückt. Die Rede ist von Generalstabschef Hilmi Özkök, der seine Amtszeit unter der AKP-Regierung begann. Ein weiteres Anzeichen war die von den inhaftierten Ergenekon-Angeklagten gemeinsam mit den Ergenekon-Unterstützern draußen geführte Kritikwelle gegen Özkök und das Niveau der entstandenen Polemik. Diejenigen, die Ergenekon den Rücken stärken, sind der Meinung, dass ein Militärputsch wegen Özköks zu großer Nähe zur AKP erfolglos blieb.

Der Tanz von AKP und Ergenekon

Außerdem sind auch im Staat zwischen dem Ergenekon-Flügel und der AKP-Regierung sehr deutliche Unterschiede in der Einschätzung der globalen Machtverhältnisse zu erkennen. Während ersterer für ein Bündnis mit China, Russland und Iran offen ist, steht die AKP EU und USA extrem nahe. Hierbei argumentiert die AKP mit der Identität des politischen Islam – eine offene Haltung gegenüber solchen Bündnissen sei daher immer notwendig. Also nicht nur die Innenpolitik, sondern auch die internationale Politik wird von den beiden Flügeln unterschiedlich interpretiert.

Diese Verschiedenheit begründet für die AKP notwendig eine Operation gegen die Organisation. Ein wichtiger Faktor ist an diesem Punkt die Rolle des Geheimdienstes. Denn eigenartig ist natürlich, dass der *Nationale Nachrichtendienst* MIT der AKP-Regierung viele Informationen und Dokumente beschafft hat. Das macht widersprüchliche Beziehungen zwischen MIT und türkischen Streitkräften TSK klar.

Wenn wir all diese Faktoren zusammenbringen, wird nicht weniger als ein Machtkampf innerhalb der Türkei zwischen AKP und Ergenekon-Flügel deutlich. Daneben spielen auch die fundamentalen Probleme der Türkei, die es geschafft haben, aller Unterdrückung durch die türkische Politik zu trotzen, eine bestimmende Rolle. Denn dies führte dazu, dass die im Untergrund organisierten Netzwerke entlarvt worden sind. Der Krieg in den 90er Jahren bis 2000 wurde von Gebilden wie Erge-

nekon gegen die PKK geführt. Mit den angewandten Methoden, dachten sie, den Staat vor der Teilung gerettet zu haben. Dies wird in der Politik der Türkei als „heilige Mission“ betrachtet. Doch sowohl die politische als auch die militärische Kraft der Kurden hat bewiesen und in den Vordergrund gerückt, dass diese Methoden keine Lösung mehr bringen werden. Daher mussten also die mit ihrer Gewaltwelle „außer Kontrolle geratenen“ Kreise erneut gebändigt und die extrem Radikalen liquidiert werden. Die Entwicklungen brachten diese Bedürfnisse mit sich. Bei der Umsetzung dessen bekam die AKP rege Unterstützung von den USA. Das lässt sich auch den Worten des Ergenekon-Angeklagten und Ex-Generals Veli Küçük entnehmen: „Am 5. November haben Erdoğan und Bush in Washington das Startsignal für diese Operation gegeben.“ Denn die geplanten Militärputsche hatten auch eine spezielle Politik gegenüber den USA beinhaltet.

Wer verhält sich wie gegenüber Ergenekon?

Es wurde der Anschein erweckt, dass auch die islamischen Medien – in erster Linie der Fethullah-Gülen-Orden – mit zu denen gehörten, die sich für eine Operation aussprachen und dem unbegrenzte Unterstützung zusicherten.

Die Herangehensweise der *Partei der Nationalistischen Bewegung* MHP war eher vorsichtig. Noch immer gibt es keine wirklichen Erklärungen gegenüber dieser Operation.

Die *Republikanische Volkspartei* CHP hat sich in einer Verteidigungsposition vor Ergenekon positioniert. CHP-Vorsitzender Deniz Baykal nahm öffentlich Stellung: „Wenn der Herr Ministerpräsident in diesem Prozess der Staatsanwalt ist, dann bin ich der Rechtsanwalt von Ergenekon.“ Somit hatte er sich klar und offen für Ergenekon ausgesprochen. Nicht umsonst; aus den Ergenekon-Dokumenten ersehen wir, dass die Operation auf politischer Ebene in erster Linie der CHP galt.

Die *Partei der Demokratischen Gesellschaft* DTP und linke Spektren gaben rege Kritiken ab, da die AKP keine besonderen Maßnahmen eingeleitet hat, um die Ergenekon-Organisierung in Kurdistan aufzudecken. Deren Aktionsfeld ist nach Aussage der DTP Kurdistan. Sollten fast 15 000 Morde bislang nicht bekannter Täter, Tausende verbrannte Dörfer und Tausende von Fällen, deren Täter unbekannt sind, weiterhin verdeckt bleiben, wird das tatsächliche Bild von Ergenekon nicht gezeichnet werden können. Die DTP hat mit diesen Aussagen zum größten Teil Recht. Denn wie auch jetzt schon in diesem Prozessstadium klar ist, wird dieser Fall nicht wirklich aufgeklärt, solange die Vorfälle in Kurdistan nicht wirklich aufgedeckt werden. Wie auch an den letzten Entwicklungen erkennbar, bestätigt sich diese These: Jüngst wurden auf Druck der Öffentlichkeit einige Brunnen („BOTAŞ-Brunnen“) ausgegraben, weil vorherigen Aussagen zufolge viele der in Kurdistan spurlos Verschwundenen hier gemeinsam vergraben sein sollen. Trotz anfänglicher Weigerung mussten die zuständigen Behörden dem Druck der Öffentlichkeit nachgeben und den Forderungen nachkommen. Mit Erfolg; bislang wurden mehrere Leichname aus diesen Gruben geborgen. [*s. a. S. 16 ff.*]

Die Beziehungen der türkischen Medien zu Ergenekon

Auch in der türkischen Medienlandschaft ist eine Polarisierung wegen Ergenekon erkennbar. Sowohl die AKP-freundlichen Medien als auch die islamische Presse verhalten sich in diesem Fall ganz in dem von der politischen Regierung gezogenen Rahmen. Die Medien, die hinter dem Fethullah-Gülen-Orden stehen, rächen sich für den „Militärputsch“ vom 28. Februar 1997 und versuchen daneben immer wieder, PKK und Kurden als Teil von Ergenekon darzustellen.

Die liberale Presse wiederum ist in Bezug auf Ergenekon geteilter Meinung. Während die Zeitungsgruppen der „Star“ und „Sabah“ sich mit der Entwicklung zufrieden zeigen, sind Zeitungen wie „Radikal“ der Ansicht, der Druck auf Ergenekon solle erhöht werden.

Die größte Mediengruppe der Türkei, die der „Doğan Holding“, lässt in diesem Fall keine klare Positionierung erkennen. Dies hat zwei Gründe. Einmal, weil sie auch in die Machtspielchen verwickelt ist, und als zweites bestehende Beziehungen zu einigen bedeutenden Ergenekon-Akteuren. In der Türkei, wo die Medien seitens des „tiefen Staates“ gelenkt werden, hat diese Gruppe bislang eine wichtige Rolle gespielt. Sowohl einige aufgrund des Ergenekon-Prozesses verhaftete Journalisten wie auch einige in der Anklageschrift namentlich Erwähnte unterhalten mit ihr offizielle Beziehungen und organische Verbindungen.

Die kemalistischen Medien wiederum hatten ja ihren Platz innerhalb von Ergenekon sowieso freiwillig eingenommen und waren Teil des Ziels eines Militärputsches.

Sowohl die kurdische als auch die demokratische Presse teilen die DTP-Meinung. Sie fordern die Ermittlung und Festsetzung der Täter, die in Kurdistan für all die o. g. Fälle verantwortlich sind.

Ergenekon-Mitglieder innerhalb der AKP?

Selbstverständlich ist das Feld für ein politisches Manöver von Ergenekon sehr umfangreich. Es gab ja zuvor schon Aktivitäten, um einige Parteivorsitzende auszutauschen. Beispielsweise den CHP-Vorsitzenden Deniz Baykal gegen den momentan inhaftierten angeklagten Journalisten Tuncay Özkan. Oder den MHP-Vorsitzenden Devlet Bahçeli gegen jemand anderen. Es wird auch davon gesprochen, dass Ergenekon bis in die AKP reiche. Dies behauptet der Journalist Şamil Tayyar, der für seine Ermittlungen im Fall Ergenekon bekannt ist: *„Ergenekon ist in alle Sektoren eingedrungen, die in irgendeiner Weise Wirkung auf die Menschen in diesem Land haben. Auch die AKP steht in direkter Verbindung mit Ergenekon. Während ihres Verbotsverfahrens bekam die AKP plötzlich Angst und änderte ihre Haltung gegenüber Ergenekon. Es gibt ca. 20 Namen. Wäre die AKP verboten worden, hätte es eine ganze Reihe von Rücktritten aus der Partei gegeben. Uns kam zu Ohren, dass diesbezüglich schon mit 60 ihrer Abgeordneten geredet wurde.“ (2. April 09, Zeitung Taraf)* ♦

Das Profil eines Staates, der verantwortlich ist für all diese Morde

Todesfelder, Stille und die lang ersehnte Gerechtigkeit!

Mahmut Şakar, stellvertretender Vorsitzender von MAF-DAD*

Zeitungen und Nachrichtenagenturen präsentieren die Zahlen wie den Kursanstieg an der Börse: 10, 20, 100 … Es sind jedoch keine Gewinnsteigerungsraten irgendeines Unternehmens. Sie beziffern die Zahl der bei Ausgrabungen in Massengräbern gefundenen Knochen. Aus der fruchtbaren Erde Mesopotamiens kommen bei den Ausgrabungen statt der Ernte die Überreste seiner Kinder hervor. In Silopi, Cizre und zuletzt in Diyarbakır wurden Massengräber ausgegraben. Es heißt, es sollen noch mindestens 31 Gräber auf ihre Erkundung warten.

Auch wenn es nicht an die Öffentlichkeit gelangt oder kaum Interesse besteht, ähnliche Ausgrabungen hatte es schon in der Vergangenheit gegeben und die Überreste ermordeter Kurden waren sichergestellt worden: 1989 in der Ortschaft Newala bei Siirt, 2002 auf den bestellten Feldern von Newala Çanga bei Sason und später 2003, 2004 und 2005 in Bingöl, Batman, Van, Diyarbakır und Şırnak. Dabei wurden menschliche Knochen und Kleidungsreste gefunden.

So fand man im Januar 2003 die Leichen von 11 Dorfbewohnern, die am 11. Oktober 1993 in Kulp bei Diyarbakır spurlos verschwunden waren. Ich hatte diesen Vorfall als Anwalt betreut und die Klage vor den *Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte* gebracht. In dem Massengrab wurden Knochen gefunden, die Schädel fanden sich dort nicht. Jedoch erst Februar 2006 konnte von der Gerichtsmedizin durch einen DNA-Vergleich mit den Angehörigen festgestellt werden, dass es sich bei den Leichen um die 11 verschwundenen Dorfbewohner handelte. Der EGfMR verurteilte in diesem Fall, bevor die Knochen überhaupt gefunden werden konnten, den türkischen Staat.

Ich kann mich noch ganz genau an die breit angelegte Militäroperation der türkischen Armee 1993 im Dreieck von Muş-Genç-Kulp erinnern, als wäre es heute. Ein weites Gebiet war von Bergkommandobrigaden aus Bolu mit Spezialausbildung regelrecht leer gefegt worden. Die Dörfer waren in Brand gesteckt, das Hab und Gut der Menschen zu Asche, die Menschen gefoltert und misshandelt, 11 Dorfbewohner von den Soldaten verschleppt worden. Die Angehörigen hatten daraufhin beim IHD einen Antrag gestellt, alle Details berichtet und in diesem Zusammenhang auch den Namen des Kommandanten der Bergkommandobrigaden aus Bolu, Yavuz Ertürk, genannt. Daraufhin wurden alle unsere Gesuche bei Staatsanwaltschaft und zuständigen Einheiten nicht ernst genommen und keinerlei Initiative ergriffen. Die Grausamkeit wurde einfach vertuscht.

Anhand dieses Beispiels möchte ich erklären: Die ausgegrabenen Gebeine sind das Werk der staatlichen Politik einer bestimmten Zeit. Die Armee ist einzig Verantwortliche, politische Parteien und Regierung stellen sich hinter sie, Staatsanwälte und Richter stellen sich taub und stumm, die Medien hingegen betreiben ihre klassische Terror-Berichterstattung und leisten Beihilfe bei der Vertuschung dieser Grausamkeiten. Es herrscht sozusagen eine Koalition des Todes. Gegen die Menschlichkeit werden Verbrechen verübt. Wenn es sich bei den Tätern um Angehörige von Regierung, Armee, Justiz, Medien handelt, so ist es nur selbstverständlich, dass keine Gerechtigkeit zu finden ist.

Wenn ich mich nach 16 Jahren an diesen Vorfall erinnere, habe ich alle Einzelheiten vor meinen Augen. Diese Vorfälle, die heute nur als Zahlen in den Zeitungen erscheinen, haben wir exakt mit all ihren Details, Gefühlen und Schmerzen durchlebt. Aus diesem Grunde ist es auch nicht einfach, über dieses Thema zu schreiben. Denn diese Phase, die wir durchleben mussten, hat unser Leben, unsere Gefühle und unsere Zukunft beeinträchtigt.

Diese Vorfälle, die ich hier versucht habe wiederzugeben, liegen nicht einmal so weit entfernt. Ich rede über die 90er Jahre. Die Jahre, in denen die bipolare Weltordnung ihr Ende fand, als die Mauer des real existierenden Sozialismus fiel, als Deutschland wieder vereint wurde. Es waren die Jahre, in denen Freiheit, Demokratie und Wohlstand für die Welt versprochen wurden. In den Jahren, als das Ende der Geschichte deklariert und die liberale Demokratie als das einzig wahre System ausgebaut wurde, haben wir in Kurdistan die Sintflut durchlebt.

Lassen Sie mich kurz diese Phase in Erinnerung rufen. Ab 1991 wurden in Kurdistan Intellektuelle, Mitglieder zivilgesellschaftlicher Organisationen, demokratische Persönlichkeiten, junge Menschen auf offener Straße mit Nackenschuss ermordet. 1992–93 erreichten die außergerichtlichen Hinrichtungen auf der Straße ihren Höhepunkt. Es wurde behauptet, dass hinter diesen Morden eine Organisation namens His-

bollah stünde, die im Namen des Gottes und des Islams agiere. Bei manchen Vorfällen wurden die Täter von den Angehörigen der Opfer geschnappt und der Polizei übergeben. Sie wurden aber mit der Tatwaffe in der Hand aus der Hintertür wieder freigelassen. Damit sie weiter Leben auslöschen konnten. Aus diesem Grunde hatten die Kurden diese Mörder, sich auf die Kontraguerilla beziehend, als „Hisbo-Kontra" bezeichnet. Vom alten, weisen Musa Anter bis hin zum Parlamentarier Mehmet Sincar fielen Tausende von Menschen diesen Mord-Einheiten zum Opfer.

Erst viel später kam heraus, dass die meisten Tatwaffen offiziell vom Staat eingekauft und später als vermisst registriert worden waren. In den Händen der Hisbollah oder der Geständigen [*Überläufer von der PKK*] wurden sie gefunden.

In den Jahren 1994–96 kam es nur zeitweise zu extralegalen Hinrichtungen auf offener Straße; weil sie wahrscheinlich in der Öffentlichkeit entlarvt wurden, trat an ihre Stelle das „Verschwindenlassen" von Menschen. Diejenigen, die in der Nacht von uniformierten und mit Ausweis ausgestatteten Bewaffneten in den Wohnungen festgenommen wurden, verschwanden spurlos. Oder am helllichten Tag wurden auf offener Straße Menschen in PKWs Marke Toros verschleppt. Wenn dann eine Leiche gefunden wurde, standen die Angehörigen von Verschwundenen und Menschenrechtler vor der Staatsanwaltschaft Schlange, um eventuell ihren Angehörigen zu identifizieren.

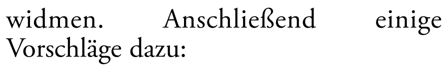
Der Schmerz der Verschwundenen war gewiss noch größer. Es ist immer eine Hoffnung im Menschen verborgen. Ist sie, er noch am Leben? Wird sie, er je seine geliebten Menschen wiedersehen? Mit jedem Tag, jeder Nacht, jeder Minute verstärkt sich dieser Schmerz.

Keiner von ihnen kehrte je zurück. Wie es unter der ansässigen Bevölkerung heißt, entwickelten sich die BOTAŞ-Anlagen [*Boru Hatlari ile Petrol Taşıma A.Ş.; staatliches Energietransport- und -handelsunternehmen*] zum Netz von JITEM. Die Verschleppten wurden dort hingerichtet, oder die Ermordeten wurden dort vergraben. Ein Firmengelände verwandelte sich in Kurdistan regelrecht in ein Zentrum der Angst. Wenn von BOTAŞ die Rede war, kam einem nicht dessen eigentliche Funktion des Öl- und Gastransports in den Sinn, sondern ein Ort, an dem die in Toros-Wagen verschleppten Menschen hingerichtet wurden oder wo Menschen, die uns nahe standen, von offiziell als staatliche Beamte geführten ehemaligen Geständigen verhört, ermordet und vergraben wurden.

Einige Begriffe symbolisieren den Schmerz und den Zerfall in einer bestimmten Zeit: „Toros-Autos", „Takarov-Waffen" und „BOTAŞ" bedeuteten



Seit Anfang des Jahres versammeln sich die Samstagsmütter sowie die Angehörigen der Verschwundenen wieder regelmäßig in Istanbul, um endlich Antworten zu bekommen, was mit ihren Angehörigen geschehen ist. Foto: DIHA



Tod und Tränen. Und da waren auch noch die Dorfschützer. Diese Verbrecherorganisation wurde mit einer Veränderung im Dorfgesetz 1985 gegründet. Sie stellt eine der größten Verbrecherorganisationen dar. Es heißt, dass im Zeitraum von 1985 bis 2000 5 000 Dorfschützer wegen Vergehen wie Mord, Vergewaltigung, Folter, Drogen und Schmuggel vor Gericht gestanden haben. Diese Zahl beinhaltet nicht die Ermittlungsverfahren, die ohne Urteil blieben oder eingestellt wurden. Von 70 000 Dorfschützern ist die Rede. Im letzten Jahr gab die AKP-Regierung bekannt, weitere 10 000 Dorfschützer eingestellt zu haben.

Auch wenn praktisch Mordbanden wie Dorfschützer, Geständige, Spezialeinheiten und JITEM die Morde begangen und die Opfer in Massengräbern verscharrt haben, dürfen wir nicht vergessen, dass sie im Staat verankert sind, Gehalt und Waffen vom Staat bekommen. Vor diesem Hintergrund haben wir das Profil eines Staates, der verantwortlich ist für all diese Morde. Ohne Beschluss dieses Staates hätten all die Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht begangen werden können.

In diesen Jahren, in denen das Recht und die Menschlichheit keine Gültigkeit hatten, standen hinter den Mordbanden die damalige Ministerpräsidentin Tansu Çiller, der Generalstabschef Doğan Güreş und der Polizeipräsident Mehmet Ağar. Ağar gab in einer Rede denjenigen, die rechtliche Konsequenzen für seine Taten forderten, zur Antwort, er habe 1 000 Operationen durchgeführt und die seien Staatsgeheimnisse.

Heute werden bei Ausgrabungen menschliche Knochen zutage gefördert, ohne dass politische Verantwortung gezeigt und der Vorfall beim Namen genannt wird. Die Menge der Grabungsfunde wird in kalten und trockenen Zahlen in den Medien veröffentlicht. Ohne Antworten auf die Fragen „Wie wurden sie ermordet?“, „Wer gab den Befehl?“, „Wer führte ihn aus und wer schwieg?“ zu geben, werden die Ausgrabungen in aller Stille durchgeführt. Stille, als sie ermordet wurden, und Stille, als ihre Überreste ausgegraben werden. Das lindert weder den Schmerz noch erübrigt die Forderung nach Gerechtigkeit. Der türkische Staat versucht, dieses Kapitel sehr billig und einfach zu schließen.

Bevor ich zum Ende komme, möchte ich unterstreichen, dass es wichtig ist, diesem Thema die gebührende Aufmerksamkeit und Ernsthaftigkeit zu widmen. Anschließend einige Vorschläge dazu:

- Die Gebeine, die in Kurdistan darauf warten, ausgegraben zu werden, sollten ohne den Versuch der Verschleierung und Verheimlichung ans Licht gebracht werden. Die Funde sollten identifiziert und ihren Angehörigen übergeben werden.
- Diejenigen, die diese Menschen ohne Verhör und Rechtsprechung ermordeten, müssen vor Gericht und die Morde müssen aufgeklärt werden.
- Gegen die Politiker, die seinerzeit diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit an den Kurden begingen, müssen ebenfalls rechtliche Konsequenzen folgen.
- Hierfür sollte eine Wahrheits- und Gerechtigkeitskommission, bestehend aus unabhängigen Persönlichkeiten, Intellektuellen, Menschenrechtlern und Juristen, ins Leben gerufen werden und internationale Beobachter sollten diese Phase begleiten.
- Die Verbrecherorganisationen wie JITEM, Geständige, Spezialeinheiten und Dorfschützer sollten aufgelöst werden.
- Der türkische Staat sollte sich für diese Phase beim kurdischen Volk entschuldigen.

Selbstverständlich sollten alle, die in dieser Phase schweigen, die mit ihren Schreibstiften dieses Verbrechen verschweigen, die ihre Augen verschlossen, mit ihrem Gewissen ins Gericht gehen. Das ist eine menschliche Forderung.

Es ist auch von Bedeutung, dass einflussreiche Staaten wie Deutschland und die USA, die die Waffen, mit denen diese Verbrechen begangen wurden, verkauften und ihre politische und diplomatische Unterstützung leisteten sowie zum Massaker an den Kurden „die drei Affen“ spielten (nichts sehen, nichts hören und nichts sagen), sollten dem kurdischen Volk ebenfalls etwas zu sagen haben. Parallel dazu sollten sie, wenn auch erst nach Jahren, ihr Schweigen brechen und eine positive Haltung an den Tag legen, um wahre Gerechtigkeit etablieren zu können. ♦



Spezialeinheiten auf den Straßen von Amed/Diyarbakır Foto: DIHA

*MAF-DAD (Verein für Demokratie und internatio-

Vorstufe zu einer Wahrheitskommission gegründet

Suche nach historischer Lösung der kurdischen Frage

Interview mit Tahir Elçi *

Vor Kurzem wurde die Gründung einer Wahrheitskommission bekannt gegeben. Was sollten wir uns darunter vorstellen?

Am 23. Februar 2009 ist mit Pressekonferenzen in Diyarbakır, Van und Şırnak bekannt gemacht worden, dass unter dem Namen „Kommission zur Erhellung der Wahrheit und Konfrontation mit der Vergangenheit" die Arbeit aufgenommen wurde. An dieser Arbeit sind die Anwaltskammer Diyarbakır sowie die anderen Anwaltskammern in der Region, die Filiale Diyarbakır des *Menschenrechtsvereins* IHD und *Mazlum-Der Diyarbakır* beteiligt. Unsere Kommission darf nicht mit Wahrheitskommissionen verglichen werden, die in demokratisierten Ländern eingesetzt wurden, um begangene Verbrechen der Vergangenheit aufzuarbeiten, oder mit Kommissionen, die eine wichtige Rolle bei der Herstellung von Gerechtigkeit gespielt haben.

Die bekannt gegebene Kommission ist notwendig geworden, um aktiv werden zu können zu begangenen schweren Verbrechen aus den 90er Jahren wie z. B. den unzähligen politischen Morden unbekannter Täter und dem Verschwindenlassen in Polizeihaft, die jetzt erneut im Zusammenhang mit dem Ergenekon-Verfahren und den JITEM-Ermittlungen aktuell sind. Diese Kommission sollte als eine Arbeitsgruppe von Anwaltskammern und Menschenrechtsorganisationen begriffen werden, die in erster Linie statistische Daten über diese schweren Verbrechen zu erfassen versucht, Beweise darüber sammelt, um das wahre Profil festmachen zu können und Opfer bei ihren erneuten Klagen vor nationalen Gerichten juristisch zu unterstützen. Demnach wird jede Anwaltskammer eine Arbeitsgruppe gründen, die mit Angehörigen von Verschwundenen und Ermordeten in Kontakt tritt, ihre Geschichten protokolliert, Beweise sammelt und ihre Klagen erneut oder vielleicht auch zum ersten Mal vor ein Gericht bringt. Beschwerden, die ein relevantes Stadium erreicht haben oder gar in ein Verfahren münden konnten, sollen verfolgt werden und in das Ergenekon-Verfahren einfließen, sofern die Bedingungen dafür gegeben sind. Des Weiteren soll von allen Kammern in der Region sowie Organisationen eine Dachkommission gegründet werden, die in bestimmten Perioden tagt, die Daten zusammenführt und dokumentiert.

Gibt es Pläne, diese Kommission zu einer richtigen Wahrheitskommission zu entwickeln?

Wie ich eben bereits versucht habe darzustellen, wird diese Kommission in erster Linie Daten und Beweise sammeln, die sie dann einer eigentlichen Wahrheitskommission, die sich vielleicht später auf nationaler Ebene gründet, übergeben könnte. Vorerst sollte sie als eine Untersuchungskommission gesehen werden, die zu Verschwundenen und zu Morden unbekannter Täter recherchiert. Sie sollte daher nicht im Sinne der internationalen Bedeutung für eine Wahrheitskommission verstanden werden. Wie Sie wissen, wurden Wahrheitskommissionen, die auch eine legale Einrichtung waren, in erster Linie in südamerikanischen Republiken und in anderen Staaten eingesetzt, die außerordentliche Ereignisse und eine Übergangsphase zur Demokratie erlebt haben, und spielten eine wichtige Rolle bei diesen Prozessen. Eine Wahrheitskommission ist ein Mittel, das bei der Aufdeckung der Wahrheit, bei der Herstellung der Gerechtigkeit und des gesellschaftlichen Friedens durch die Beendigung des Konfliktes eingesetzt wird. Ihre Mitglieder sind unabhängig, werden allgemein akzeptiert und genießen auf internationaler Ebene Respekt und haben moralisches Gewicht.

Weil die politischen und gesellschaftlichen Bedingungen in jedem Land unterschiedlich sind, unterscheiden sich Wahrheitskommissionen in ihrer Gründungsphase und ihrer Funktion. In manchen Ländern hat eine dazu beigetragen, dass die bewaffneten Auseinandersetzungen beendet werden und die Konfliktparteien sich versöhnen konnten. Sie ist nur eines der in der Übergangsphase zur Demokratie einsetzbaren Mittel. Den Bedingungen entsprechend kann sie sich als ein nutzloses Instrument erweisen, in anderen Fällen wiederum von der Regierung als ein Weg zur Aufarbeitung von ihr begangener Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Erwägung gezogen werden. Sie kann auch missbraucht werden, wenn die Einstellung vorherrscht, sie könne ihre

*__Tahir Elçi__: Absolvierte 1991 die juristische Fakultät an der Universität in Diyarbakır. Tätig als Anwalt und gleichzeitig seit längeren Jahren im Vorstand der Anwaltskammer Diyarbakır. 2001 Vorstandsmitglied von *amnesty international Türkei*. Gründungsratsmitglied der *Türkischen Menschenrechtsstiftung*. Vertritt die Opfer in vielen Fällen wie die Verschwundenen in Silopi, im Bandenprozess in Yüksekova, im Verfahren Uğur Kaymaz und Vater sowie im Verfahren gegen JITEM sowohl vor den türkischen Gerichten als auch vor dem *Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte*. 2003–2005 an der *Europäischen Rechtsakademie in Deutschland* Zusatzausbildung „Internationale Strafgerichte und internationale Strafverfahren".

wahre Funktion sowieso nicht erfüllen, und gesagt wird, hier seht ihr es, es geht nur bis hierher, mehr ist da nicht zu machen.

Aus Imralı kommt seit einiger Zeit der Appell zur Gründung einer Wahrheitskommission für die Türkei. Im Falle der Gründung einer solchen Kommission auf nationaler Ebene, die Ansehen genießt und tatkräftig ist, gibt es bereits eine Deklaration von einer der Konfliktparteien in der kurdischen Frage, mit der eine Zusammenarbeit stattfinden kann. Im Kontext der internationalen Erfahrungen und der besonderen Bedingungen der Türkei kann eine Wahrheits- und Versöhnungskommission aus JuristInnen, Intellektuellen und PolitikerInnen, die mit ihrem ideellen Gewicht auf die Gesellschaft der Türkei wirken könnten, bei der Lösung des Konfliktes einen ernsthaften Beitrag leisten. Der Zeitpunkt, über die Idee einer Wahrheitskommission in der Türkei zu diskutieren, ist meiner Meinung nach auch vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Ergenekon- und JITEM-Ermittlungen ideal. Während eine solche Kommission zum einen ihre Arbeit aufnehmen könnte, zur Wahrheit zu gelangen, könnte sie zum anderen zur Beendigung der bewaffnen Auseinandersetzung aufrufen und bei der Lösung des Konfliktes eine historische Funktion übernehmen.

Sie haben sich auch auf das Ergenekon-Verfahren bezogen. Welche Bedeutung haben das Verfahren und die Ausgrabungen in den BOTAŞ-Todesbrunnen für den gesellschaftlichen Frieden?

Das Ergenekon-Verfahren ist bis heute nur auf das Putschvorhaben der nationalistischen bandenartigen Gliederung gegen die AKP fixiert. Aber das eigentliche Ergenekon-Betätigungsfeld, oder des tiefen Staates, der Kontraguerilla, wie man sie auch bezeichnen mag, sind die Regionen, in denen Kurden leben, und eigentlich wurden gegen diese schwere Verbrechen begangen. Das wird ersichtlich, wenn man nur bedenkt, dass die Hauptkader von Ergenekon Arif Doğan, Veli Küçük, Levent Ersöz und auch andere Gründungs- und Führungsmitglieder der illegalen Kontraguerillaorganisation JITEM sind.

Erst vor einigen Tagen wurde ein Exekutionskommando, bestehend unter anderem aus dem Obersten Albay Cemal Temizöz und den Geständigen [*PKK-Überläufern*] Abdulhakim Güven, Adem Yakın und Hıdır Altuğ, wegen der Ermordung und des Verschwindenlassens von Hunderten von ZivilistInnen seiner Zeit vor allem in Diyarbakır, Cizre und Silopi festgenommen. Das ist eine wichtige Entwicklung, aber unzureichend. Auf der anderen Seite wurden in Diyabakır, Cizre und Silopi Grabungen in einigen Brunnen begonnen [*s. a. S. 16 ff.*]. Es ist wichtig, dass diese Ermittlungen vertieft und erweitert werden. Wenn diese Phase sich in dieser Weise fortsetzt und die Täter für Tausende von Verbrechen sowie dahinter stehende Strukturen wie JITEM aufgedeckt werden, würde ein wichtiger Beitrag zum gesellschaftlichen Frieden geleistet werden. Die Kurden sind bislang mit Recht den Ergenekon-Ermittlungen und -Verfahren mit Skepsis begegnet. Denn diejenigen, die gegen sie schwere Verbrechen verübt haben, werden entweder gar nicht angerührt oder wie im Falle der Ergenekon-Verfahren nur wegen ihrer Aktivitäten gegen die AKP belangt. Würden aber die Ermittlungen einen anderen Verlauf annehmen, könnte ihnen die kurdische Gesellschaft mehr Vertrauen entgegenbringen, und erst dann würden sie zum gesellschaftlichen Frieden beitragen können. ♦



Demonstration in Hamburg gegen den Staatsterrorismus in der Türkei
Foto: Annett Bender

KCK zum Thema nationale Konferenz

Keine Liquidation, sondern Übereinkunft

Interview mit Duran Kalkan

KCK-Exekutivratsmitglied Duran Kalkan äußerte sich im Gespräch mit Nalin Penaber zum geplanten kurdischen Nationalkongress. Das Interview erschien am 18. März 2009 bei der Nachrichtenagentur ANF. Wir geben es gekürzt wieder.

Seit einiger Zeit wird über eine nationale Konferenz und die Entwaffnung der PKK diskutiert. Was wird Ihrer Meinung nach damit bezweckt und welche Forderungen sollen der kurdischen Befreiungsbewegung aufgezwungen werden?

Unsere Ansichten über einen kurdischen Nationalkongress sind sowohl von unserem Vorsitzenden Öcalan als auch vom Präsidium des Exekutivrates der KCK in mehreren Erklärungen bekundet worden. Seit Frühjahr 2005 haben wir einen entsprechenden Appell an alle kurdischen politischen Parteien, Kräfte und Persönlichkeiten gerichtet. Auf dem 3. Kongra-Gel-Kongress wurde ein entsprechender Beschluss gefasst. Wir haben es nicht nur bei einem Appell belassen, sondern sind mit allen kurdischen Kräften soweit möglich in den Dialog getreten und haben uns ausgetauscht. Wir verfolgen seit fünf Jahren eine solche Politik. Seit einiger Zeit entnehmen wir den Medien, dass die Führung in Südkurdistan eine solche Konferenz organisiert. Außer dieser Information liegen uns keine weiteren vor. Wie werden die praktischen Arbeiten der Konferenz organisiert? Wie ist der Stand der Vorbereitungen? Wir wissen es nicht. Bislang ist niemand zu diesem Thema mit uns in Kontakt getreten. Die Diskussionen finden anderweitig statt. Unterschiedliche Intellektuelle, Schriftsteller und Journalisten schreiben darüber. Wir informieren uns.

Es hat den Anschein, als seien die Vorbereitungen noch nicht sehr vorangeschritten. Wenn doch, dann kann es sich hierbei nicht um eine Nationalkonferenz handeln. In erster Linie müsste es ein Vorbereitungskomitee geben. Für ein solches Komitee müssten im Vorfeld Gespräche und Diskussionen geführt und Versammlungen abgehalten werden. Bislang fehlt all das.

Heißt das, dass die Organisation nicht die Qualität eines Nationalkongresses hat, sondern eher eine Versammlung bedeutet?

Ja, wenn ein, zwei Parteien zusammenkommen, nach ihren Vorstellungen Vorbereitungen treffen und erst dann andere dazuholen wollen, dann kann nicht von einem Nationalkongress die Rede sein. Dies würde bedeuten, dass sie ihre Ansichten anderen auferlegen wollen. Wie unser Führungsgremium bereits gesagt hat, werden wir als Bewegung nicht an einer Konferenz teilnehmen, wenn wir nicht von Anfang an in die Vorbereitungen einbezogen worden sind. Folglich werden uns die Beschlüsse einer solchen Konferenz nicht binden. In einem solchen Fall wäre es dann auch statt einer nationalen lediglich die Konferenz derjenigen, die sie vorbereitet haben.

Es finden ja schon eine Menge Veranstaltungen statt, auf denen nationale Diskussionen geführt werden. Seit Jahren werden in diesem Rahmen in Europa Konferenzen organisiert. Kurdische Konferenzen gab es oft in den 90er Jahren. Im Europaparlament finden ähnliche Konferenzen statt. Sie dienen dazu, den nationalen Willen zu entwickeln. Jede leistet ihren Beitrag zu einer nationalen Politik. Aber keine von ihnen hat die Eigenschaft einer Nationalkonferenz. Die Organisatoren setzen die Beschlüsse um, diese sind nicht allgemein gültig. Vor diesem Hintergrund ist Aufmerksamkeit geboten. Niemand sollte anstelle des nationalen Willens glauben, die nationale Kraft zu vertreten.

Was sind Ihre Forderungen, welche Lösung schlagen Sie vor?

Als Bewegung haben wir unsere Ansichten zu diesen Diskussionen bei mehreren Gelegenheiten öffentlich gemacht, damit alle sie kennen. Sowohl aus unserem Verantwortungsbewusstsein heraus als auch aufgrund der großen Bedeutung, die wir dieser Arbeit beimessen. Unser Vorsitzender Abdullah Öcalan hat konkrete Vorschläge unterbreitet, zum Beispiel nicht eine, sondern mindestens drei Konferenzen durchzuführen. Eine in Amed (Diyarbakır), eine in Erbil und eine in Europa. Das ist ein wichtiger Vorschlag, der bewertet werden sollte. Mit einer einzigen Konferenz kann eventuell kein angemessenes Ergebnis erzielt werden. Nordkurdistan und Südkurdistan repräsentieren vor eigenen Bedingungen gewichtige politische Haltungen. Europa ist im Rahmen der nationalen Politik ein bedeutendes Gebiet. Das sollte berücksichtigt werden. Auch hat unser Vorsitzender Vorschläge zur Tagesordnung gemacht. Fünf Prinzipien als Grundlage für die Tagesordnung dieser Konferenzen: Einheit,

Demokratie, Krieg und Frieden, Ökonomie und Kultur. Ihm zufolge könnten der soziale und politische Bereich ebenfalls einbezogen werden.

Somit schlägt er Diskussionen zu diesen wesentlichen Bereichen gesellschaftlichen Lebens vor und Grundsatzbeschlüsse, damit auf der Grundlage dieser Prinzipien die kurdische nationale Strategie konkretisiert werden kann.

Wie man sieht, macht er keine konkreten Vorschläge, was die Prinzipien und Bereiche betrifft. Er sagt lediglich, dass strategische Beschlüsse zu den Kernbereichen des gesellschaftlichen Lebens notwendig sind. Das ist wichtig.

Des Weiteren schlägt er vor, dass die Nationalkonferenz eine Exekutiv-Delegation wählen sollte. Dies ist wichtig, damit nach der Konferenz ein Organ besteht, das die Beschlüsse stellvertretend für die gesamte Konferenz verfolgen kann und dementsprechend seine Arbeit aufnimmt, Diplomatie betreibt und Gespräche führt. Nur so kann die Konferenz umgesetzt und fortgeführt werden. Es gibt weitere Vorschläge in dieser Richtung. Er hat nicht nur an uns appelliert. Was er zur Sprache bringt, hat den Charakter eines Vorschlages, eines Appells.

Er hat ähnliche Vorschläge und Appelle an alle kurdischen politischen Parteien gerichtet, in erster Linie an die DPK und PUK. Er macht es offen, er verfasst Briefe. Es sind wichtige Vorschläge, die unbedingt berücksichtigt werden sollten. Sie können verändert und ergänzt werden. Mit einer solchen Annäherung sollte die Nationalkonferenz einheitlich und ernsthaft vorbereitet werden.

Das ist unsere Grundlage. Unter diesen Umständen sind wir bereit, uns ohne Vorbedingungen von Anfang an daran zu beteiligen und unseren Beitrag dazu zu leisten. Das haben wir schon mehrmals öffentlich erklärt. Selbstverständlich würden wir unsere Prinzipien und Ansichten der Versammlung unterbreiten und sie vertreten. Gleichzeitig würden wir uns mit den Vorschlägen anderer Parteien und Personen auseinandersetzen. Wir sind bereit, jegliche Ansichten und Vorschläge zu diskutieren. Unsere Auffassungen als PKK-Bewegung zu diesen Themen sind ja kein Geheimnis und schon mehrmals veröffentlicht worden. Unsere Sichtweisen zu nationaler Einheit, sprachlichen und kulturellen Rechten, Ökonomie, Krieg und Frieden, Demokratisierung im Allgemeinen und Demokratisierung der Politik im Konkreten sind bekannt. Wir würden sie bei einer wahren Nationalkonferenz noch systematischer einbringen. So weit erst einmal der Rahmen.

Es heißt, dass sich die Konferenz statt der eben benannten Kernbereiche die Entwaffnung der PKK zum Thema genommen hat. Wie bewerten Sie das?

Es kann keine Konferenz auf der Grundlage der Entwaffnung stattfinden. Ich weiß nicht, woher diese Idee kommt. Auch wir haben über die Medien von einer Konferenz zur Entwaffnung der PKK und der PJAK erfahren. Wenn das stimmt, wäre es eine Liquidierungskonferenz. Die Frage ist nicht, jemanden zu bewaffnen oder zu entwaffnen. Wir behandeln das Problem nicht auf dieser Ebene. Sondern auf der Grundlage des Prinzips von Krieg und Frieden. Dieses Prinzip kann aber auch nur auf der Grundlage der Lösung der kurdischen Frage behandelt werden. Zu behaupten, das Problem sei die PKK oder dass sie bewaffnet sei, bedeutet, die kurdische Frage abzustreiten und gegen die kurdische Befreiungsbewegung eine liquidatorische Haltung einzunehmen. Dies würde bedeuten, die Karre vor das Pferd zu spannen und würde nur zur Lösungslosigkeit führen. Das wiederum kann gar nichts mit einer Nationalkonferenz zu tun haben.

Auf der Grundlage des Prinzips von Krieg und Frieden sich Gedanken darüber zu machen, wie die bewaffneten

Vorschläge Öcalans zur Konferenz (in Erbil)

Öcalan, der auch auf die Diskussion betreffs einer kurdischen Konferenz einging, erklärte: Cengiz Çandar hat die kurdische Konferenz 1991 verglichen mit der Madrider Konferenz und der sich dieser anschließenden Phase. Das war auch so. Danach begann die Osloer Phase. Die jetzige Phase ähnelt ihr. Im Hinblick auf die Konferenz kann ich Folgendes sagen: Gleich nach der Wahl sollte die *Partei der Demokratischen Gesellschaft* zügig in Diyarbakır zu einem Sonderparteitag zusammentreten. Dort können dann die Leitlinien diskutiert und beschlossen und derart vorbereitet eine Delegation zum Kongress entsendet werden. Ich habe zuvor schon fünf generelle Grundsätze als Bedingung für die Konferenz vorgeschlagen. Diese können auf der Konferenz diskutiert werden. Ich habe (insgesamt) fünf Grundsätze und vier Vorschläge vorgebracht. Diese wären:

1. Die KNK kann sich selbstständig organisieren. Nicht wie das föderative Konstrukt im Süden, sondern zivil und unabhängig. Innerhalb der KNK können Vertreter bzw. Sprecher aus jedem Teil (Kurdistans) ihren Platz einnehmen. Auf diese Weise kann jeder Teil seine Vertretung finden. Die KNK kann der PLO ähnlich sein. In ihr können PDK und auch YNK sein.

2. Auf der Konferenz kann ein exekutiver Ausschuss gebildet werden, dessen Aufgabe die Durchführung (des Beschlossenen) wird. Diesem Ausschuss können auch Aufgaben diplomatischen Inhalts übertragen werden. Dieser Ausschuss kann Diplomatie betreiben, aber er muss es offen tun. Das heißt, nicht hinter verschlossenen Türen oder in irgendwelchen Ecken und Winkeln. Heimliche Treffen lösen kein einziges Problem, sondern führen nur in die Sackgasse.

3. Es kann auch über die legitime Selbstverteidigung des Volkes, die alle Kurden vor dem Völkermord schützt und für deren Sicherheit sorgt, diskutiert werden, da jedes Volk eine Kraft zur legitimen Selbstverteidigung besitzt.

Kräfte neu geordnet werden könnten, welche Rolle sie bei der demokratischen Lösung der kurdischen Frage und im demokratischen Leben der kurdischen Gesellschaft spielen könnten, das kann natürlich auf der Konferenz diskutiert werden. Neue Ansichten und Prinzipien können entwickelt werden. Wenn Schritte zur Lösung der kurdischen Frage unternommen werden, wird ein Krieg in der gegenwärtigen Form nicht nötig sein und auch nicht, in den Bergen in Stellung zu gehen. Es wäre nicht mehr nötig, dass die Guerilla sich in der gegenwärtigen Form organisiert, Stellung bezieht und kämpft. Ausgerichtet an der demokratischen Lösung der kurdischen Frage und am freien und demokratischen Leben der kurdischen Gesellschaft müssten die bewaffneten Kräfte neu organisiert und auf der Grundlage der Verteidigung der Werte des kurdischen Volkes und der Demokratie neu gestaltet werden.

Wie könnte eine Neugestaltung aussehen?

Wie heute im Irak im Rahmen der Restrukturierung die Verteidigungskräfte Südkurdistans entstehen, wie die Sicherheits- und Ordnungskräfte, die ehemaligen Peschmergas in dieser Reorganisierung involviert sind und jeder eine Aufgabe hat, so ähnlich könnte auch im Rahmen der demokratischen Lösung der kurdischen Frage die Guerilla auf der Grundlage der Verteidigung der Werte des kurdischen Volkes und der Demokratie einer Reorganisierung unterzogen werden. Jetzt auf die Fragen einzugehen, wie es konkret aussehen könnte oder welche Aufgaben sie erhalten könnten, ist nicht nötig. Dies wird von der demokratischen Lösung der kurdischen Frage und der friedlichen Annäherung abhängen. Ohne diese Voraussetzungen über die Entwaffnung der Guerilla zu sprechen, das ist unrealistisch.

So etwas wie Entwaffnung ist sinnlos. Daher wäre eher zu sprechen von der Übernahme neuer Aufgaben. In diesem Rahmen könnte die Reorganisierung der Guerilla auf die Tagesordnung gebracht werden. Dies hängt dann natürlich von der demokratischen Lösung der kurdischen Frage ab. Denn die Bewaffnung und der Beschluss, in die Berge zu gehen, um eine Guerillakraft zu organisieren, resultieren aus der kurdischen Frage. Sie rühren von der Verleugnungs- und Vernichtungspolitik gegen das kurdische Volk sowie vom Terror- und Genozidregime her.

Um hiergegen die Existenz des kurdischen Volkes und seine freie demokratische Zukunft zu sichern und zu verteidigen, ist die Guerilla entstanden. In diesem Sinne wird es immer Verteidigung brauchen.

Niemand kann vor diesem Hintergrund von einem Volk, das so viel Leid ertragen musste, so viel durchleben musste, erwarten, alles von heute auf morgen zu vergessen und sich erneut der Tyrannei zu überlassen. Das ist nicht möglich.

Die Kurden sollten nicht als die Kurden von früher gesehen werden, die man reinlegen kann und erneut ins Verleugnungs- und Vernichtungssystem einbezieht. Wer noch so denkt, betrügt sich selbst. Diese Ära ist abgeschlossen.

Die Kurden leisten seit dreißig Jahren heldenhaften Widerstand. Sie bieten den Völkern in der gesamten Region des Mittleren Ostens die Möglichkeit zu Freiheit, Gerechtigkeit, Einheit, Demokratie und Geschwisterlichkeit. Diese Realität muss erkannt werden.

Aus diesem Grunde denken wir, dass diese Konferenz nicht mit dem Ziel der Entwaffnung oder Ähnlichem, sondern auf der Grundlage des Friedens, der Demokratie und der Übereinkunft tagen sollte, auf der die Prinzipien der kurdischen nationalen Strategie festgelegt werden. An einer solchen Konferenz werden wir uns mit großer Selbstlosigkeit beteiligen. ♦

4. Mein vierter Vorschlag für die Konferenz sieht die Bildung einer Untersuchungskommission für Gerechtigkeit und Wahrheit vor. Aber diese Untersuchungskommission gilt nicht allein für die Türkei, sondern alle vier Teile. Sie sollte in allen vier Teilen Untersuchungen durchführen. Die Situation im Iran, die Situation in Syrien, sowie auch die Situation im Irak und die Situation in der Türkei.

Für die Konferenz gelten fünf Grundsätze:

„Erster von fünf Grundsätzen ist wirtschaftlicher und sozialer Natur. Dieser legt fest, dass Kurden ihre wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen zuerst einmal untereinander entwickeln, dieses kann auch auf Länder-Ebene geschehen.

Der zweite ist kultureller Natur. Für alles, was auch immer im Namen der kurdischen Kultur bestehen sollte, muss die Garantie übernommen werden. Es muss kulturelle Freiheit geschaffen werden.

Der dritte ist der Grundsatz der Einheit. Die Kurden geben ihre Einheit und ihre Beziehungen untereinander zum Ausdruck. Alle Kurden haben die Pflicht, Kontakt zu allen Kurden aufzunehmen und gemeinsam zu handeln.

Der vierte ist der Grundsatz der Demokratie. Das beinhaltet die Fähigkeit der Kurden zur Koexistenz mit anderen Völkern. Diese habe ich zuvor unter dem (Begriff des) demokratischen Konföderalismus dargelegt.

Der fünfte ist der Grundsatz der legitimen Selbstverteidigung des Volkes. Jedes Volk besitzt sie, eine Kraft der legitimen Selbstverteidigung. Diese ist unumgänglich für die Existenz des jeweiligen Volkes.“

Auszug aus den Gesprächsnotizen von Abdullah Öcalan mit seinen Anwälten (ANF: 28.03.09)

Das Augenmerk liegt auf der kurdischen Konferenz

Es geht um gemeinsame Interessen

Nuri Fırat, ANF

Die Diskussionen und Vorbereitungen für die im Mai geplante kurdische Konferenz unter Beteiligung aller kurdischen Organisationen gehen weiter. Die Konferenz ist nicht nur für die Kurden, sondern auch für die Türkei und die USA wichtig.

Seit Langem wird über die kurdische Konferenz diskutiert. Diese Diskussionen haben sich mit dem Besuch des irakischen Staatspräsidenten Celal Talabani in der Türkei Mitte März zugespitzt. Talabani hat dort erklärt, die PKK zur Aufgabe der Waffen aufrufen zu wollen, und damit die Tagesordnung auf das Thema „Entwaffnung" fokussiert. Von den kurdischen Organisationen kamen unterschiedliche Reaktionen. Die PKK erklärte, dass eine Konferenz, die unter der Voraussetzung der Entwaffnung geplant werde, keinen nationalen Charakter trage. Die DTP ist der Auffassung, dass eine Konferenz ohne die PKK keine Lösung herbeiführen werde. Der KDP-Vorsitzende Mesud Barzani wertete die Erklärung Talabanis als Frühgeburt und ist der Überzeugung, dass diese Situation eher schädlich sei.

Seit Langem wird in der kurdischen Öffentlichkeit eine Konferenz erwartet, auf der über „die strategische Einheit und gemeinsame Interessen" diskutiert wird. Auch die anstehende kurdische Konferenz steht in diesem Zusammenhang. Jedoch haben die Äußerung Talabanis während seines Türkei-Besuches sowie die von den USA und der Türkei der Konferenz beigemessene Bedeutung zu Unsicherheiten bei den kurdischen Erwartungen geführt. Während die Kurden von einer Diskussion um gemeinsame Interessen und Grundsätze ausgingen, hat die Erklärung Talabanis den Eindruck erzeugt, dass die Versammlung unter dem Motto „die PKK soll die Waffen abgeben" stattfindet. Diese Situation werten die Kurden in der Türkei als falsche Herangehensweise an die Diskussion und als Übertragung der Bestrebungen der Türkei und der USA hinsichtlich einer Auflösung der PKK. Die kurdische Öffentlichkeit vertritt überwiegend die Meinung, dass Diskussionen zur Lösung der kurdischen Frage die Basis der Konferenz bilden sollten und die Frage der Entwaffnung im Zusammenhang mit der Grundsatzentscheidung zwischen Frieden und Krieg gesehen werden muss. Abdullah Öcalan hatte geäußert, dass die Konferenz keine Konferenz der Entwaffnung, sondern

Kurdische Frauenrechtlerin Sara Aktaş verhaftet

Am Freitag, dem 17. April 2009, wurde die kurdische Frauenrechtlerin Sara Aktaş gemeinsam mit 256 weiteren Frauen und Männern – davon 22 Frauen, die Mitglied in der DÖKH sind – in der Türkei verhaftet. Sara Aktaş ist eine der Sprecherinnen der „Demokratischen Freien Frauenbewegung" (DÖKH), die in der Türkei und vor allem in Kurdistan organisiert ist. Außerdem ist sie Mitglied der legalen politischen „Partei für eine demokratische Gesellschaft" (DTP), die mit 20 Abgeordneten im türkischen Parlament vertreten ist und bei den vergangenen Kommunalwahlen Ende März in den kurdischen Provinzen als klare Siegerin aus der Wahl hervorging.

Der Repressionswelle gegen die DTP, die auf den Wahlerfolg folgte und in deren Verlauf in verschiedenen Ermittlungsverfahren Hunderte Menschen kriminalisiert werden, ging erneut eine Waffenstillstandserklärung der kurdischen Guerilla voraus: Um einem politischen Dialog eine Chance zu geben, sollten vorläufig bis zum Juni die Waffen schweigen.

Den Verhafteten wird vorgeworfen, Mitglieder einer illegalen Organisation zu sein. Akteneinsicht wurde den Anwältinnen und Anwälten nicht gewährt. Die Akten stehen unter Geheimhaltung, allerdings war aus regierungsnahen Medien zu erfahren, die Straftatbestände beständen daraus, sich in Räten organisiert, Widerstand gegen den Ilisu-Staudamm koordiniert und sich für muttersprachlichen Unterricht eingesetzt zu haben – Tatsachen, die in der Parteisatzung und in Parteibeschlüssen ohnehin nachzulesen sind.

Das Signal des türkischen Staates ist eindeutig: Der blutige Krieg in Kurdistan soll kein Ende finden. Bislang ist jeder der fünf Versuche der kurdischen Bewegung in den vergangenen 15 Jahren, über einen Waffenstillstand einen Dialog zu ermöglichen, gescheitert. Der türkische Staat setzt weiter auf Vernichtung und will einer demokratischen Basis für eine Lösung der kurdischen Frage keinen Raum lassen.

Gleichzeitig ist festzustellen, dass vermehrt versucht wird, auch die immer stärker werdende kurdische Frauenbewegung zu kriminalisieren. Die DTP wird nicht nur als kurdische Partei angefeindet, sondern ist mit ihrer Geschlechterquote von 40 Prozent und ihrer ideologischen Ausrichtung in Bezug auf

der demokratischen Einigung und des Friedens sein sollte, auf der die kulturellen Rechte, ökonomische Werte, die Prinzipien der Einheit, der Demokratie und des Friedens diskutiert werden sollen. Auch die DTP betrachtet die Konferenz in diesem Rahmen. Die PKK und die PJAK werden ebenfalls nach diesen Prinzipien handeln.

Wenn wir hiervon ausgehend die Gründe für die Erklärungen Talabanis, die von nahezu allen kurdischen Organisationen kritisiert wurden, analysieren, treten uns die Anstrengungen der Türkei und der USA für ein Ende der PKK entgegen.

USA und Türkei planen die Auflösung der PKK anstelle einer Lösung der Frage mit den Konfliktparteien. So kam dieses Thema auch beim Türkei-Besuch Obamas vom 6./7. April zur Sprache. Daher wird auch die Bedrängung der PKK zur Waffenniederlegung auf die Tagesordnung gesetzt. Dafür wird um die Unterstützung der kurdischen Öffentlichkeit geworben, wozu auch die Erklärung Talabanis dient. Das ist einer der Gründe, warum die kurdische Öffentlichkeit sich von seinen Äußerungen gestört fühlt.

Die USA und die Türkei sind nicht für das Entstehen einer Mehrheit für die PKK. Es ist nicht gewünscht, dass die PKK die Diskussionsgrundlage bildet und ihre Forderungen zum Ausdruck bringt. Mit der Erklärung Talabanis wurde eine Bedingung aufgestellt, die verhindert, dass andere grundlegende Themen zu zentralen Diskussionspunkten werden. Diese Situation dient auch dem Wunsch Talabanis, auf der Konferenz die Initiative gegen die PKK in der Hand zu halten. Talabani bemüht sich, mit Hilfe der USA und der Türkei um Autorität in der kurdischen Frage. Er versucht auf diese Weise, seinen Einfluss unter den Kurden zu stärken.

Unter Berücksichtigung dieser Aspekte ist eine große Differenz zwischen der von den Kurden angestrebten und der aktuell diskutierten Konferenz feststellbar. Hier ist die Haltung der Kurden sehr wichtig. Der DTP-Vorsitzende Ahmet Türk sagte in einem Interview vom 7. April in der Zeitung *Günlük*, dass die PKK an der Konferenz unbedingt teilnehmen müsse, dort die gemeinsamen Interessen aller Kurden bewertet werden müssten und die Türkei nur als Beobachterin teilnehmen solle. Auch die PKK erklärt, dass auf der kurdischen Konferenz „die Kurden repräsentiert und gemeinsame Interessen diskutiert werden müssen“, damit es sich tatsächlich um eine nationale Konferenz handelt.

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen in der Türkei vom 29. März – der Erfolg der DTP in den kurdischen Regionen – haben große Auswirkungen auf die Konferenz-Diskussionen. Denn wir wissen, dass die AKP-Regierung eine ernsthafte Manipulation versucht hat, indem sie behauptete, mit 75 kurdischen Abgeordneten die Kurden zu repräsentieren. Doch das Wahlergebnis zeigt, dass die Kurden die DTP bevorzugen. Daher ist die Repräsentanz der DTP und daher auch der PKK wichtig für den nationalen Charakter der Konferenz. Denn in der Türkei, wo die meisten Kurden leben, treten DTP und PKK als deren Vertreter hervor. Ähnliches gilt für Syrien und den Iran. Auch hier ist die PKK vorherrschend.

Nach all diesen Betrachtungen ist es sinnvoll, eine ernsthafte Sorge der kurdischen Öffentlichkeit zur Sprache zu bringen. Sie sieht in einer Diskussion im Sinne Talabanis die Gefahr, dass eine wichtige Phase sowohl im Hinblick auf die Lösung der kurdischen Frage als auch bezüglich der demokratischen Einheit verloren gehen wird. ♦

eine Umwälzung patriarchalischer Verhältnisse einzigartig in der Parteienlandschaft der Türkei.
Als Teilnehmerinnen aus Deutschland des von Cenî organisierten Projekts „Frauenstärken durch internationale Begegnung“ hatten wir im vergangenen März in Diyarbakır die Gelegenheit, Sara Aktaş und die kurdische Frauenbewegung kennen zu lernen. Die Stärke und Organisiertheit dieser Bewegung hat bei uns tiefen Eindruck hinterlassen.
Wir fordern die sofortige Freilassung von Sara Aktaş und allen anderen Verhafteten.

Wer ist Sara Aktaş?

Sara Aktaş wurde 1976 in der kurdischen Stadt Iğdır in der Türkei geboren. Sie studierte Philosophie in Ankara und wurde 1994 verhaftet. Nach zehn Jahren Gefängnis wurde sie 2004 aufgrund der Änderungen im türkischen Strafgesetz wie viele andere entlassen. Seit ihrer Kindheit schreibt sie Gedichte; nach ihrer Entlassung aus der Haft wurde 2005 ein Gedichtband von ihr veröffentlicht.
Bereits 2007 wurde sie erneut wegen Teilnahme an einer Newrozfeier und an der Demonstration zum 1. Mai in Ankara erneut vorübergehend inhaftiert. Am 3. April 2009 wurde sie in diesem Prozess mit weiteren 26 Angeklagten – Mitglieder der DTP, des Menschenrechtsvereins IHD sowie Studierende und ein Korrespondent der Nachrichtenagentur DIHA – wegen „Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation“ zu acht Jahren und vier Monaten Haft verurteilt. Die Verteidigung legte Revision ein.
Sara Aktaş ist eine der Sprecherinnen der Demokratischen Freien Frauenbewegung (DÖKH) in der Türkei. Ihre gesamte Biographie ist geprägt von ihrem Kampf für ein würdevolles Leben als Kurdin und Frau in einer demokratisch organisierten Gesellschaft. Sie beteiligte sich aktiv an den Vorbereitungen der Aktionen der „Lebenden Schutzschilde“ in den vergangenen Jahren, arbeitete in ihrer Rolle als DÖKH-Sprecherin intensiv am Aufbau von Stadtfrauenräten in verschiedenen Städten der Türkei, trat als Rednerin bei Konferenzen des „Friedensrates Türkei“ auf, organisierte die diesjährige Frauenkundgebung zum 8. März in Diyarbakır mit 10.000 Teilnehmerinnen mit und sprach im Januar 2009 auf der fünften Kurdischen Konferenz im Europaparlament in Brüs-

Ein deutscher Außenminister visitiert Kurdistan – 2009

Letzte Gelegenheit für die Bundesrepublik ...

Hans Branscheidt (EUTCC)

Deutschland & der Irak! – Traditionell war das stets die allerbeste Beziehung: Die Deutschen waren Kontrahenten der Briten und Michel Aflaq gründete in den 30er Jahren seine national-sozialistische Baath-Partei erklärtermaßen nach dem damaligen deutschen Vorbild. Eine tiefe Sympathie, die zu Saddams Zeiten in Deutschland keine Parteien kannte: Die *Rote Armee Fraktion* (RAF) logierte in Bagdad genauso herzlich empfangen wie der Neo-Nazi Kühnen. Die DDR fand im Zweistromland eine profitable Quelle, wo sie sich – anders als etwa auf Kuba – dringend benötigte Devisen verschaffen konnte – und lieferte Kriegsgerät (IFA-Militärlastwagen) für Feldzüge gegen Kurden. Die Umsiedlungslager für zwangsvertriebene Kurden galten ihr als „fortschrittlich", weil sie über „Glühbirnen" verfügten. Die besten Geschäfte aber machten, neben den Franzosen Chiracs, die unter der Schirmherrschaft des *Deutschen Industrie- und Handelskammertages* (DIHT) versammelten Exportweltmeister der BRD, die hier – wie in den meisten arabisch-muslimischen Staaten – handelsbezogen stets weit vor den USA rangierten.

DIHT-Chef Wolff von Amerongen, auch Ehrenpräsident der *Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik,* verstand es erfolgreich, den Irak exklusiv für die deutsche Ökonomie zu sichern. Zu den höheren Chargen des baathistischen Staats- und Gewaltapparates erwuchsen intime persönliche Freundschaftsbeziehungen.

Das Geschäft stand unter idealen Vorzeichen: Man hatte vor sich einen Vielvölkerstaat, dessen Subjekte der Zwangsarabisierung unterworfen waren und mit denen sich die Briten in kolonialer Periode noch teils mühevoll herumgeschlagen hatten, was alles nun einem ein Diktator abnahm, der mit seinem eisernen Daumen auf diese Bevölkerungen drückte.

Es gab Öl – und für Öl gab es Geld und dieses Geld aus den Revenuen stellte der baathistische Apparat den westlichen Exporteuren zur Verfügung. Eigene Produktivität im Irak wurde so verhindert – ein perfekter abhängiger Dauerabnehmer für die deutsche Wirtschaft war so entstanden.

Es war kein Wunder, dass mehr als nur Unwillen aufkam, als die USA ihren Feldzug unternahmen, dem die Träger der baathistischen Machtstrukturen zum Opfer fielen. Eine Maßnahme, die nun teilweise wieder durch Washington im Zuge der Annäherung an die arabisch-sunnitischen Fraktionen des Irak korrigiert wird.

Die Ökonomie der Bundesrepublik jedenfalls hatte seitdem im Irak keine Kontakte und Beziehungen mehr. Das gesamte splendide Geschäft war zusammengebrochen.

Als Revanche wurde dem neuen Irak und erst recht den Kurden jegliche relevante Wirtschaftshilfe und aller Entwicklungskredit verweigert. Selbst als relativ harmlose mittelständische deutsche Unternehmer erneut und aus eigener Initiative jenseits der staatlichen Förderung das stabile und ruhige Kurdistan als einen Handelsort identifizierten und auf eigene Kosten an Messen in Hewler und Sulaimania sich beteiligten, wurden ihnen auf Anweisung des Auswärtigen Amtes wie des Entwicklungshilfeministeriums die üblichen HERMES-Garantien und die Kredite der KfW entzogen.

„Kurden sind Kollaborateure", erklärte die damalige Bundesministerin Däubler-Gmelin. Man verständigte sich darauf, dass die USA stets den Krieg, man selber aber immer den Frieden wolle. Von Geschäften keine Rede.

Däubler-Gmelin war nun eine der Ersten, wie auch der CSU-Rechtsaußen Peter Gauweiler, die in zeitlicher Abstimmung mit AA-Chef Steinmeier wieder in den Irak und nach Kurdistan reisten. Däubler-Gmelin ausgerechnet im Auftrage des Humanitären Ausschusses des Bundestages: ohne an Ort und Stelle ein einziges Wort zu Halabja zu verlieren. Hochgelobt aber empfangen von den Repräsentanten der kurdischen KRG, die ihrerseits vom deutschen Giftgas-know-how nichts mehr zu wissen schienen.

Der Grund für diese plötzlichen, etwas verspäteten Aktivitäten (denn die Chinesen, Koreaner, Amerikaner et. al. waren längst geschäftlich dort präsent) resultiert aus der Neuorientierung der Nah-Ost-Politik der Amerikaner und deren bevorstehendem militärischen Abzug. Letzte Gelegenheit für die Bundesrepublik, erneut einen Fuß in die irakische wie kurdische Realität zu setzen. „Es geht in Sachen Wirtschaftshilfe vor allem um Infrastruktur" (Steinmeier, *Süddeutsche Zeitung*).

Zuvor hatte man auf die möglichst totale Niederlage der Amerikaner gesetzt und synchron damit auf den Untergang

der kurdischen Realität im Norden. Erst danach wollte man sich als diejenigen, die im Irak immer schon recht hatten, erneut ins Business bringen.

Inzwischen aber schien doch Eile geboten: Entgegen allen deutschen Erwartungen hatte sich die Lage im Zweistromland stabilisiert, schlimmer noch: Auf inflationäre Weise hatte die Zentralregierung in Bagdad wie auch die Kurdische Regionalregierung begonnen, Ölkontrakte an internationale Konsortien inflationär auf den Markt zu werfen. Deutschland schien gänzlich leer auszugehen. Kaum war dann Obama ante portas, da saßen Däubler-Gmelin und Steinmeier schon im Flieger. An Ort und Stelle dann karnevaleske Anbiederei: Der schillernde Export-/Importeur Siggi Martsch wird präsentiert als Paradebeispiel kurdisch-deutschen Unternehmertums und Steinmeier gibt sich platt in Anbetracht des Restaurants „Deutsches Haus", wo man echtes Jägerschnitzel serviert und den deutschen Vatertag ausgiebig feiert. Werbeslogan: „Drei Sorten Fassbier und Deutsche Schnitzel für Erbil."

Ein mit Bundesmitteln geförderter Kindergarten für bessere Kreise wurde spendiert, die Goethe-Institute planen Kulturprogramme, Deutschunterricht für Funktionärskinder. Nicht eigentlich viel. Aber Grund und Anlass für die Installation eines Generalkonsulats, das den regulativen Boden für eine Präsenz Deutschlands in Kurdistan bilden soll.

Vorbereitet wurde schließlich aber auch eine erste große kurdisch-irakische Wirtschaftskonferenz für den März 2009 in München.

Ob die deutschen Handelserwartungen allerdings aufgehen, ist mehr als fraglich. Die irakische wie die neue kurdische Administration konstituiert sich erneut nach tradiertem Muster als Ölrentenökonomie und vermeidet eigene wirtschaftsproduktive Initiativen. Fällt also, wie jetzt drastisch der Fall, der Ölpreis, werden die 1,3 Millionen im kurdischen öffentlichen Dienst, in den Sicherheits- und intelligence-Apparaten unproduktiv Beschäftigten tendenziell unbezahlbar, die sich in fataler Relation aus einer Gesamtpopulation von etwa 4–5 Millionen Menschen rekrutieren. Der Relaunch einer Ökonomie, die schon Saddam Hussein als Modell diente, führt folgerichtig zu den gewohnten Konsequenzen wie Korruption, Klientelismus und Kapitaltransfer ins Ausland. Eine Entwicklung, die prinzipiell die Entstehung von Demokratie verhindert, Instabilität und ethnische Konflikte aber fördert.

Den Abzug der USA vor Augen, umgeben von feindlichen Nachbarn und wachsenden Konflikten auch mit der Zentralregierung in Bagdad, greifen die südkurdischen Eliten um ihrer Existenz willen nach manchem rettenden Strohhalm: der imaginierten Schirmherren-Funktion der Türkei etwa oder den peanuts aus Deutschland.

Das große deutsche Irak-Geschäft der Saddam-Ära gehört der Vergangenheit an und ist unwiederbringlich. Aber aus Krieg, ethnischem Konflikt und selbst wirtschaftlichem Niedergang sind auch immer noch gewisse Profite zu realisieren.

Soviel zum vorerst letzten Stand der neuen falschen Beziehung zwischen deutschen Todeshändlern und den Menschen in Kurdistan/Irak, die allerdings immer noch eine beachtliche Chance haben, sich auf ihre eigenen produktiv demokratischen Chancen zu besinnen. ♦



Demonstration in Hewler/Südkurdistan der *Vereinigung der politischen Gefangenen Kurdistans* Foto: DIHA

Die kurdische Frage bewegt den NATO-Gipfel in Strasbourg

Umrisse der neuen US-Außenpolitik bezüglich der Türkei

Elmar Millich

Man könnte es positiv formulieren: Bei den Feierlichkeiten zum sechzigsten Jahrestag der NATO-Gründung in Strasborg stand die kurdische Frage mit im Vordergrund.

Eingebettet war die NATO-Tagung in einen Gipfelmarathon beginnend mit dem G20-Finanztreffen in London und einem Treffen der EU-Spitzen mit dem neuen US-Präsidenten Barack Obama in Prag als Abschluss. Anschließend daran flog der US-Präsident zu seinem eigentlichen ersten bilateralen Staatsbesuch in die Türkei.

Im Gegensatz zum G20-Gipfel, bei dem differierende Positionen über geeignete Maßnahmen gegen die Weltfinanzkrise im Raum standen, war die NATO-Tagung im Vorfeld als Routinefeierlichkeit eingestuft worden. Brisanz bekam die Tagung durch die beharrliche Verweigerung der Türkei, die ansonsten einstimmig befürwortete Ablösung des bisherigen NATO-Generalsekretärs Jaap de Hoop Scheffer durch den amtierenden dänischen Ministerpräsidenten Anders Fogh Rasmussen mitzutragen. Schon im Vorfeld hatte die Türkei Bedenken geäußert, dass der Kandidat, der durch seine undiplomatische Haltung im Zuge der in dänischen Medien verbreiteten Mohammed-Karikaturen aufgefallen war, den Einsatz der NATO-Truppen in islamischen Ländern erschweren könnte.

Von den anderen NATO-Partnern wurden diese Bedenken als innenpolitisches Manöver im Rahmen der türkischen Kommunalwahlen eingeschätzt und es wurde ein schnelles Einlenken der Türkei durch den auf dem Gipfel vertretenen türkischen Staatspräsidenten Abdullah Gül erwartet. Die Ergebnisse der Kommunalwahlen wurden aber nun zum Bumerang, da die durch die großen Wahlverluste vor allem in den kurdischen Gebieten innenpolitisch angeschlagene AKP-Regierung dringend außenpolitische Erfolge brauchte.

Weil die Verschiebung der Wahl des neuen Generalsekretärs einen herben Gesichtsverlust für die Veranstalter bedeutet hätte, brachen nun hektische Aktivitäten aus. In Gesprächen mit Abdullah Gül und Telefonaten mit dem türkischen Ministerpräsidenten Erdoğan wurde um den Preis geschachert, den die Türkei für ihr Einlenken forderte.

Dabei stand eine türkische Forderung besonders hoch auf der Agenda: die Schließung des von Dänemark aus sendenden kurdischen Fernsehsenders Roj TV. Bereits 2005 hatte Erdoğan in Kopenhagen erbost eine Pressekonferenz verlassen, weil ein beteiligter Journalist von Roj TV nicht wie von ihm gefordert ausgeschlossen wurde unter Verweis auf die Pressefreiheit: „Regierungen dürfen in keiner Weise versuchen, Einfluss auf die Medien zu nehmen. Pressefreiheit und -unabhängigkeit gehören zu den grundlegenden Prinzipien der Demokratie Dänemarks", so Rasmussen, der Erdoğans Verhalten damals als unbegreiflich klassifizierte.

Der sich im Zusammenhang mit den Mohammed-Karikaturen als Verteidiger westlicher Werte und der Pressefreiheit hatte feiern lassende dänische Ministerpräsident erwies sich diesmal als nicht so prinzipienfest. Er würde „prüfen" lassen, ob sich Roj TV die Unterstützung terroristischer Aktivitäten zu Schulden kommen lasse und den Sender gegebenenfalls schließen. Zeitgleich sickerte durch, dass sich bereits zwei dänische Staatsanwälte in der Türkei aufhielten, um Beweismaterial zu sammeln. Schließlich lenkte der türkische Staatspräsident erst in die Wahl von Rasmussen ein, nachdem sich US-Präsident Obama persönlich in einem zweistündigen Gespräch für die Einhaltung der Zusagen verbürgte. Ein Kompromiss war – wie so oft in der internationalen Politik – wieder auf Kosten der Kurdinnen und Kurden erreicht worden.

Unterstützungskampagne für Roj TV

Gegen die Versuche des türkischen Staates, den von Dänemark aus sendenden kurdischen Fernsehkanal Roj TV zu schließen, ist eine Unterstützungskampagne gestartet worden. Zu diesem Zweck ist eine dreisprachige Internetseite eingerichtet worden. Unter www.support.roj.tv kann auf Englisch, Kurdisch oder Türkisch ein Aufruf unterzeichnet werden, in dem es heißt: „Der türkische Staat hat auf internationalem Parkett erneut einen diplomatischen Skandal inszeniert, indem er auf dem NATO-Gipfel die Annullierung der Lizenz unseres Fernsehkanals Roj TV zum Verhandlungsthema gemacht hat. Roj TV ist die Stimme der Freiheit, der Völker, der Werktätigen, der Unterdrückten, der Kurden und aller, die sagen: Eine andere Welt ist möglich."

Quelle: ANF, 12.04.2009, ISKU

Obama in der Türkei

Insgesamt ergaben die sich aneinanderreihenden Gipfel und der anschließende Türkeibesuch von Obama einen interessanten Einblick in die Kräfteverhältnisse USA-Türkei-Mittlerer Osten. Die Europäer waren über die Erpressungspolitik der Türkei auf dem NATO-Gipfel sichtlich verärgert und hätten sich eher zu weniger Zugeständnissen bereit erklärt, wäre nicht der Druck der USA aufgrund ihrer geopolitischen Interessen erfolgt. Zusätzlich Öl ins Feuer schüttete Obama mit seiner in Prag und Ankara erhobenen Forderung, die Türkei müsse Mitglied der Europäischen Union werden.



Anti-NATO-Demo in Istanbul anlässlich des Besuchs von Obama Foto: DIHA

Bereits die Wahl der Türkei als erste bilaterale Auslandsreise des neuen US-Präsidenten zeigt, dass die weitere Umgestaltung des Mittleren Ostens für die Außenpolitik der USA Priorität hat. Nach den israelischen Parlamentswahlen und der daraus erfolgten eher kompromisslosen rechten Regierung unter Netanjahu steigt die Bedeutung der Türkei als Verbündeter der USA in der Region. Die AKP-Regierung unter Erdoğan hat es geschickt erreicht, bei allen Krisenherden der Region in politischen Gesprächen beteiligt zu sein. Seien es Sondierungsgespräche zwischen Israel und Syrien, die Beziehungen zu Iran, Pakistan und Afghanistan oder die Konflikte im Kaukasus: In allen Bereichen beansprucht die Türkei ein Mitspracherecht als regionale Mittelmacht. Die USA stehen vor dem Spagat, sich einerseits diesen Einfluss zu Nutze zu machen, andererseits aber zu starke eigene Ambitionen der Türkei unter Kontrolle zu halten.

Entsprechend war das Besuchsprogramm Obamas von Harmonie geprägt. Nach einer Kranzniederlegung am Grabmal von Atatürk und Gesprächen mit Abdullah Gül hielt Obama eine Rede vor dem türkischen Parlament. Anschließend gab es noch kurze Gespräche mit den Oppositionsführen, darunter auch mit Ahmed Türk von der kurdischen DTP. In seiner Rede vor dem Parlament wiederholte Obama kurz bekannte Positionen. Zum einen forderte er mehr Minderheitenrechte und lobte die Einführung kurdischsprachiger Fernsehsender, zum anderen versicherte er der Türkei seine Unterstützung beim Kampf gegen die PKK. In diesem Punkt forderte er eine enge Kooperation zwischen der Türkei, der irakischen Zentralregierung und der kurdischen Regionalregierung im Nordirak.

Die Frage ist, ob sich unter Obama Änderungen bezüglich der kurdischen Frage im Vergleich zur Vorgängerregierung Bush erwarten lassen. Der Auftritt Obamas während des NATO-Gipfels und seiner Türkeireise zeigt, dass mit stärkeren Umbrüchen nicht zu rechnen ist. Die USA wollen die Türkei noch stärker an sich binden, um ihren Einfluss für die Umgestaltung des Mittleren Ostens zu nutzen. Daraus folgt aber auch, dass sie ein starkes Interesse an der innenpolitischen Stabilität der Türkei haben. Die Ausschaltung der Ergenekon-Kräfte durch die AKP-Regierung war nur mit Unterstützung der USA möglich. Ergenekon, die Ansammlung rechtsnationalistischer, antiamerikanischer und antieuropäischer Kräfte innerhalb des Staatsapparates, standen diametral den US-Interessen zur Instrumentalisierung der Türkei im Wege. Ebenso gefährdet die ungelöste kurdische Frage die Stabilität der Türkei, besonders auch in Beziehung auf die Spannungen mit der kurdischen Regionalregierung im Nordirak, die den USA verbunden sind. Welche Richtung die US-amerikanische Politik einschlägt, hängt von der Dynamik der kurdischen Bewegung selbst ab. Das bisher international getragene Konzept, die PKK politisch, finanziell, militärisch und in ihrem Einfluss auf die KurdInnen zu marginalisieren, hat durch den Erfolg der DTP bei den Kommunalwahlen einen schweren Rückschlag erhalten. Die Zeichen deuten darauf, dass die PKK durch gesamtkurdische Konferenzen und verhandelbare Amnestie-Angebote versuchsweise politisch eingebunden werden soll. ♦

Roj TV und die Pressefreiheit als Bauernopfer beim NATO-Jubiläumstreffen

Das war der Gipfel

Claudia Wangerin, freie Journalistin

Wegen des kurdischen Fernsehsenders Roj TV mit Sitz in Kopenhagen wäre der NATO-Jubiläumsgipfel beinahe zum Pleiten-Pech-und-Pannen-Gipfel geworden. Der Militärpakt, den viele gern in Rente schicken würden, feierte am ersten Aprilwochenende in Strasbourg, Kehl und Baden-Baden sein 60-jähriges Bestehen. Zudem stand eine Personalentscheidung an, die beinahe am Veto der türkischen Regierung gescheitert wäre. 27 von 28 Mitgliedsstaaten sprachen sich für Anders Fogh Rasmussen als neuen NATO-Generalsekretär aus. Doch der hatte als dänischer Premier die Fahne der Pressefreiheit links und rechts zu oft hoch gehalten – und war der Forderung Ankaras nach Schließung des verhassten kurdischen TV-Senders nicht nachgekommen. Als er die Nachfolge des Niederländers Jaap de Hoop Scheffer als NATO-Generalsekretär antreten wollte, sahen der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan und Präsident Abdullah Gül ihre Chance gekommen, sich Roj TV vom Hals zu schaffen. Außerdem hoben sie die Rolle Rasmussens im „Karikaturenstreit" vor drei Jahren hervor. Der Däne hatte es damals mit dem Verweis auf die Pressefreiheit abgelehnt, sich bei den Muslimen stellvertretend für eine rechtspopulistische Zeitung zu entschuldigen, die Mohammed-Karikaturen mit rassistischem Unterton veröffentlicht hatte. Rasmussen sei somit in der islamischen Welt eine schwere Belastung für die NATO, argumentierte Erdoğan. Die Tatsache, dass der Militärpakt in den letzten Jahren mehrfach islamische Länder bombardiert hatte, blieb dabei unreflektiert.

„Ausverkauf demokratischer Grundprinzipien"

Da der Beschluss einstimmig gefasst werden musste, blockierte das türkische Nein die Wahl Rasmussens. Vermittlungsarbeit leisteten unter anderem der italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi, der 40 Minuten lang mit Erdoğan telefoniert haben soll, und US-Präsident Barack Obama, der Abdullah Gül ins Gebet nahm und im Anschluss an das Gipfeltreffen die Türkei besuchte.

Nach zweitägigem Tauziehen lenkten die Türken ein. Verloren hatte die Pressefreiheit: „Ich würde es begrüßen, wenn die türkischen und die dänischen Behörden intensiver zusammenarbeiten mit dem Ziel, Beweise gegen Roj TV zu finden", erklärte kurz darauf Rasmussen, der im August sein neues Amt antreten soll. Dabei gehe es vor allem darum, mögliche finanzielle Verbindungen zwischen Roj TV und der PKK zu prüfen. Außerdem wolle man klären, ob der Sender zu terroristischen Aktivitäten aufrufe. In Kopenhagen verlangten Oppositionssprecher Auskunft darüber, ob türkische Medienberichte zutreffen, wonach Rasmussen beim NATO-Gipfel die Schließung des kurdischen Exil-Senders bereits versprochen haben soll. Dies wäre ein „nicht hinnehmbarer Ausverkauf von Grundprinzipien".

Demokratische Grundprinzipien sahen die Organisatoren der Proteste gegen den NATO-Jubiläumsgipfel und ihre Rechtsanwälte auch durch das „Sicherheitskonzept" in Frage gestellt. „Ein geordneter Ablauf der Proteste war durch Einreiseverbote, massive Grenzkontrollen und die Sperrung des Zugangs zur Kundgebung unmöglich gemacht worden", erklärte am Tag darauf die Bundestagsabgeordnete der Linkspartei, Heike Hänsel.

Die Gewerkschaft der Polizei war hinterher der Meinung, dass die polizeiliche Zusammenarbeit auf der europäischen Ebene besser organisiert werden müsse. Rechtsanwalt Jens Janssen vom anwaltlichen Notdienst erklärte dazu: „Wenn das bedeutet, das deutsche Modell der massiven Beschränkungen im Vorfeld und das französische Modell exzessiver Gewalt durch die dortigen Polizeikräfte zu vereinen, dann werden die Grundrechte auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit weiter massiv eingeschränkt."

Kritischen Journalisten war von der NATO-Pressestelle die Akkreditierung für das Gipfeltreffen verweigert worden. In mindestens zwei Fällen war man damit Empfehlungen des Bundeskriminalamtes (BKA) gefolgt, die nach erfolgreichen Eilklagen der Betroffenen vor dem Verwaltungsgericht Wiesbaden zunächst wieder zurückgenommen werden mussten. Wenig später kippte der Hessische Verwaltungsgerichtshof in Kassel das Urteil und gab damit der Beschwerde des BKA statt.

Die Bild-Zeitung präsentierte unterdessen ihren Lesern in Großaufnahme den Kuss zwischen einer deutschen Bundeskanzlerin mit DDR-Ausbildung und einem Mann, der ohne den zivilen Ungehorsam schwarzer Bürgerrechtler in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts niemals Präsident der USA geworden wäre. Viele dieser Bürgerrechtler

hatten in den 60er und 70er Jahren auch gegen den imperialistischen Krieg in Vietnam protestiert; DDR-Schulkinder hatten aufmunternde Briefe an die inhaftierte schwarze Aktivistin Angela Davis geschrieben, der wegen angeblicher „Unterstützung des Terrorismus" die Todesstrafe drohte. Doch Bundeskanzlerin Angela Merkel und US-Präsident Barack Obama stehen heute auf der anderen Seite der Barrikade.

Zivilen Ungehorsam hatte deshalb ein breites Bündnis von linken und friedenspolitischen Gruppen, Parteien und Gewerkschaften angekündigt, als sich die beiden Staatsoberhäupter mit 26 weiteren am Rhein treffen wollten. Rund 600 Organisationen aus über 20 Ländern gehörten dem Aktionsbündnis „No to NATO – No to War" an. Bei Pressekonferenzen hatten sie auf Nachfrage immer wieder betont, dass mit zivilem Ungehorsam keine Gewalt gemeint sei.

Der behördliche Auflagenbescheid für die Demonstration auf deutscher Seite verbot den Teilnehmern das Tragen von Kleidungsstücken, die eine Feststellung ihrer Identität verhindern könnten – wie etwa Halstücher und Kapuzen. Auch eine Verfremdung durch Schminke wurde ihnen untersagt; Transparente durften nicht seitwärts getragen werden.

Der Polizeipräsident von Baden-Württemberg, Erwin Hetger, hatte im Vorfeld gesagt, seine Beamten würden die Demonstranten „verarbeiten" – und im Nazi-Jargon von einer „Selektion" an der Brücke von Kehl nach Strasbourg gesprochen.

Während die Boulevardmedien dem Zusammentreffen der First-Ladies Michelle Obama und Carla Bruni-Sarkozy entgegenfieberten und die Aufmerksamkeit ihrer Leser darauf lenkten, was die beiden Häuptlingsfrauen bei dieser Gelegenheit anziehen sollten, wurden zwischen Deutschland und Frankreich wieder Grenzkontrollen eingeführt.

Busse mit anreisenden Demonstranten wurden teils für Stunden von der Polizei aufgehalten und durchsucht. Zahlreiche Kriegsgegner bekamen durch Aus- und Einreiseverbote zu spüren, dass die europäische Einigung zur Zeit noch ein Projekt der Eliten ist – und keines für die kritischen Massen. Dieser Eindruck verstärkte sich am Samstag durch die Sperrung der Europabrücke für Demonstranten, Anwohner und Journalisten.

Zuvor hatte die Polizei auf der französischen Rheinseite Demonstranten mit Tränengas und „Schockgranaten" angegriffen. Auf dem Weg zur Kundgebung musste auch die afghanische Frauenrechtlerin und ehemalige Parlamentsabgeordnete Malalai Joya in Begleitung einer Mitarbeiterin des deutschen Bundestages in eine Seitenstraße fliehen, um den Tränengasattacken zu entgehen. Die Auftaktkundgebung, auf der Joya sprechen sollte, musste abgebrochen werden.

Kleinere Grüppchen, die nicht zweifelsfrei zuzuordnen waren, ließen augenscheinlich ihren Frust an der Umgebung aus. Steine flogen und Barrikaden brannten. Schwere Sachbeschädigungen ohne erkennbare politische Zielrichtung wurden verübt. An mehreren Stellen brannte es; eine Tankstelle wurde demoliert und geplündert. Der Pächter, ein Mann mit afrikanischem Migrationshintergrund, stellte sich später als Sympathisant der Proteste gegen die NATO heraus. Die französische Polizei nahm rund 300 Personen fest.

Die Demonstration in Kehl wurde von der Polizei als friedlich eingeschätzt, durfte aber die Brücke nach Strasbourg nicht passieren – obwohl die Veranstalter argumentierten, dies könne nur zur Deeskalation beitragen. Die Grenze sei „wegen der Krawalle" von französischer Seite geschlossen worden, ließ die Einsatzleitung der deutschen Polizei mitteilen. So konnten sich die beiden Demonstrationszüge nicht wie geplant vereinigen.

„Da drüben ist Bürgerkrieg", sagte mir ein „Konfliktmanager" der deutschen Polizei, nachdem ich zuvor von seinem Kollegen die Auskunft erhalten hatte, mit meinem Presseausweis könne ich über die Fußgängerbrücke nach Strasbourg. Seit Stunden stiegen dicke Rauchwolken am anderen Rheinufer auf. Ein ehemaliges Zollhäuschen und ein Hotel standen in Flammen. Die Feuerwehr war nirgends zu sehen; und die deutsche Polizei dachte scheinbar nicht daran, mit ihren Wasserwerfern auszuhelfen, die sie vorsorglich gegen die Demonstranten in Stellung gebracht hatte. Viele äußerten deshalb den Verdacht, dass bezahlte Provokateure die Brände gelegt haben könnten.

Die Organisatoren der Proteste schätzten die Anzahl der Menschen, die sich auf den Weg gemacht hatten, um daran teilzunehmen, auf mindestens 30 000. Rund 25 000 Polizisten standen auf beiden Seiten des Rheins bereit, um die NATO-Gegner in Schach zu halten. Nach Behördenangaben schafften es am Samstag auf französischer Seite rund 10 000 zur Demonstration; auf deutscher Seite waren es rund 6 000.

Die Teilnehmer des Protestcamps in Strasbourg-Neuhof waren schon Tage vor der Hauptdemonstration ermüdenden Polizeitaktiken ausgesetzt. Hubschrauber kreisten über der Zeltstadt; und die Bewohner rechneten zeitweise mit Räumung, was die kalten Nächte für sie nicht erholsamer werden ließ. Sprachbarrieren und die Vielfalt der teilnehmenden linken Gruppen aus mehreren europäischen Ländern erschwerten die Kommunikation im Camp. Am „Medical Point" mussten immer wieder Patienten mit brennenden Augen und Plastiksplitterwunden behandelt werden. Die Geschosse der Polizei beschrieben sie als Schockgranaten oder mit Hartplastik ummantelte Gummigeschosse, die beim Aufprall zerspringen. Die Splitter seien bis zu einen Zentimeter tief ins Gewebe eingedrungen, so einer der Ersthelfer. Auf deutscher Seite war ein Protestcamp von den Behörden erfolgreich verhindert worden. ♦

Wenn es so weitergeht, werden die Gefängnisse alle Schulen schließen

23 Jahre Gefängnis wegen Steinewerfen

Rechtsanwalt Canan Atabay, Anwaltskammer Diyarbakır

29 Kinder wurden festgenommen, weil sie am 20. Oktober 2008 angeblich an den Ausschreitungen in Diyarbakır beteiligt gewesen sein und mit Steinen auf Sicherheitskräfte geworfen haben sollen. Später wurden die meisten von ihnen, nachdem sie zu den Anklagepunkten verhört worden waren, verhaftet und ins Gefängnis gesteckt. Der Prozess gegen diese Kinder wurde eröffnet. Ihnen wird u. a. vorgeworfen, Aktionen und Propaganda für eine terroristische Organisation durchgeführt und gegen das Versammlungs- und Demonstrationsrecht verstoßen zu haben. Die Staatsanwaltschaft fordert bis zu 23 Jahren Gefängnis für die Kinder. Ein Teil von ihnen wurde nach monatelanger Haft am ersten Verhandlungstag – ein anderer Teil nach Voranschreiten des Gerichtsverfahrens – freigelassen. Von den Kindern, die wegen der Vorfälle am 20. Oktober verhaftet wurden, sind mittlerweile alle bis auf vier Kinder aus dem Gefängnis entlassen. Obwohl die meisten inzwischen auf freien Fuß sind, wird in ihrem Verfahren noch weiter verhandelt.

Vor den Ereignissen am 20. Oktober 2008 war – bereits im Juli 2008 – gegen acht Kinder mit ähnlichen Vorwürfen ein Strafverfahren eröffnet worden. In diesen „Fällen“ wird noch immer verhandelt. Auch vier dieser acht Kinder befinden sich weiterhin im Gefängnis von Diyarbakır.

In den umliegenden Provinzhauptstädten Şırnak, Batman, Urfa und Adana wurden ebenfalls im letzten Jahr gegen Dutzende Kinder, zu unterschiedlichen Zeitpunkten und wegen unterschiedlicher Vorfälle, mit derselben Anklage und der Forderung nach Gefängnisstrafen von bis zu 23 Jahren, Gerichtsverfahren eröffnet. Uns liegen bezüglich der Vorfälle in diesen Städten keine konkreten Zahlen vor. Wir haben lediglich Angaben darüber, dass in Şırnak 52 Kinder, in Batman 16 Kinder, in Urfa 9 Kinder und in Adana 139 Kinder vor Gericht stehen. Von ihnen befinden sich aufgrund der Vorfälle in Diyarbakır und Şırnak heute insgesamt noch 24 Kinder im Gefängnis. Die Gerichtsverfahren gegen einen Teil von ihnen wurden inzwischen beendet. So wurden z. B. in Adana gegen 26 Kinder wegen Mitgliedschaft in einer verbotenen Organisation und Propaganda für die Organisation Gefängnisstrafe von insgesamt 75 Jahren, 2 Monaten und 19 Tagen verhängt.

Während die Prozesse gegen Kinder über 15 Jahren, die wegen den Vorfällen in Şırnak, Urfa, Batman und Diyarbakır angeklagt sind, vor einem für eine derartige Straftat ungewöhnlichen Schwurgericht* mit Sonderbefugnissen eröffnet wurden, werden die Verfahren gegen die Kinder in Adana von Schwurgerichten mit Sonderbefugnissen und Schwurgerichten verhandelt.

Obwohl die Verfahren gegen die Kinder mit denselben Anschuldigungen eröffnet worden sind, werden nach Altersgruppen von 12 bis 15 und 15 bis 18 unterteilt und danach dementsprechend die Gerichte, in denen verhandelt wird, bestimmt. So findet der Prozess gegen Kinder unter 15 Jahren an Kindergerichten (Kindergerichtskammern) statt. Bei Kindern ab 15 Jahren werden die Prozesse von für Erwachsene ungewöhnlichen Schwurgerichten mit Sonderbefugnissen geführt. So wird z. B. in Diyarbakır gegen 6 von 36 Kindern an Sonder-Schwurgerichten für Kinder verhandelt und gegen 31 Kinder an dem für Straftaten ungewöhnlichen Schwurgericht mit Sonderbefugnissen für Erwachsene. In Adana werden die meisten Prozesse nicht an Kindergerichten geführt.

Der Grund hierfür liegt in einer Anordnung des Gesetzes zur Bekämpfung des Terrorismus, dass bei Kindern über 15 vor sonderbefugten Schwurgerichten zu verhandeln ist. Das heißt, dass bei der Festlegung der zuständigen Gerichte nicht nach dem Stand der Persönlichkeitsentwicklung der Kinder und nicht nach den Lebensumständen der Kinder entschieden wird, sondern nach der Eigenschaft der Straftat. Die Tatsache, dass Kinder monatelang in Haft verbringen müssen, und die ungleiche Behandlung von Kindern ab 15 Jahren, deren Prozesse nicht an Gerichten für Kinder verhandelt werden, weil sie wegen einer Sonderregelung quasi nicht als Kinder gesehen werden – sondern an Gerichten für Erwachsene und zudem für Straftaten eigentümlichen Schwurgerichten –, widersprechen den UNO-Kinderrechtskonventionen. Trotz dieses Verstoßes stehen unsere Kinder noch immer vor diesen für Straftaten ungewöhnlichen Gerichten.

Fast alle vor Gericht stehenden Kinder sind entweder Grund- oder Gymnasialschüler. Durch ihre Festnahme wurden sie von ihrem Recht auf Bildung fortgerissen. Diese Kinder können seit Monaten ihrer Schulpflicht nicht nachkommen. Wir erleben, dass die Kinder traumatisiert sind, auch während des

Gerichtsverfahrens. Einige Kinder sind sich nicht einmal ihrer Lage bewusst, sie begreifen die Ernsthaftigkeit nicht. Sie fragen während des Gerichtsverfahrens den Richter: „Es wird behauptet, wir hätten Steine geworfen. Ist die Strafe für Steinwurf die Festnahme – oder zu bis zu 23 Jahren Gefängnis verurteilt zu werden?“ Andere wiederum beklagen, dass sie ihre Bildungsmöglichkeiten nicht wahrnehmen können: „Ich gehe auf das naturwissenschaftliche Gymnasium, ich habe jetzt sowieso ein Schuljahr verloren. Wenn ich weiterhin nicht zur Schule gehen kann, werden sie mich aus der Schule werfen.“ Ein anderer wiederum sagte: „Ich gehe normalerweise zur Schule, aber jetzt kann ich nicht. An der Gefängniswand steht geschrieben: `eine Schule kann 10 Gefängnisse schließen´. Wenn es so weitergeht, werden die Gefängnisse alle Schulen schließen.“ Die Kinder, die aus dem Gefängnis entlassen werden, haben meist Schwierigkeiten, das zu glauben. Sie fragen uns: „Bin ich jetzt wirklich frei, oder werde ich noch mal ins Gefängnis gesteckt, oder?“ Wir können ihnen nicht antworten, weil wir ihnen keine Garantie geben können.

Auch wenn sich die meisten Kinder inzwischen in Freiheit aufhalten können, ist unklar, zu wie vielen Jahren Gefängnis sie am Ende verurteilt werden. Die Kinder, die in Diyarbakır und Umgebung mit der Forderung nach 23 Jahren Gefängnis vor Gericht stehen, sind zwischen 13 und 17 Jahren alt. Falls sie eine derart hohe Strafe bekommen sollten, würden diese Kinder als Erwachsene zwischen 30 und 40 Jahren mit einer gestörten Psyche und ohne Zukunftsperspektiven entlassen werden und frei sein, sofern man dann überhaupt noch von Freiheit reden kann. ♦

Schwurgerichten (Ağır Ceza Mahkemeleri) stehen in der Türkei einschließlich des Vorsitzenden Richters drei Richter vor. Die Schwurgerichte sind gemäß Artikel 421 Türkische Strafprozessordnung für alle Verbrechen zuständig, die mit einer Freiheitsstrafe von mehr als zehn Jahren oder Zuchthausstrafe bestraft werden.
Die Schwurgerichte sind außerdem dann zuständig, wenn dies wegen der dienstlichen Tätigkeit, des Titels

Ich habe Kinder in Amed verteidigt

Ece Temelkuran *

Aufgrund der Verschwiegenheitsverpflichtung werde ich nicht darüber schreiben können, was alles bei der Gerichtsverhandlung passiert ist. Ich möchte Euch aber die Gesichter der Kinder beschreiben, die in den südöstlichen Kreisstädten seit einem Jahr und drei Monaten im Gefängnis sitzen, weil sie auf Demonstrationen mit Steinen geworfen haben sollen.

Sie betreten den Gerichtssaal nacheinander, in einer Reihe. Alle sind brünett, alles Kinder aus dieser Region. Als ihr Freund Yahya Menekşe, 15 Jahre alt, in Cizre von einem Panzer zerquetscht wurde und sein Leben verlor, haben sich massenweise Kinder an dem Begräbnis beteiligt. Aus diesem Grunde sind sie hier. Nachdem sie in den Gerichtssaal eingetreten sind, ordnen sie alle erst einmal ihre Haare. Mit Augen, nicht wie die Augen von Gefangenen, sondern wie die Augen eines Festkindes, suchen sie nach ihren Müttern. Genau in dem Moment, als sie ihren Müttern den Rükken und dem Richter ihre Augen zuwenden, nehmen ihre Gesichter die Züge von erwachsenen Männern an.

Als der Richter zu reden beginnt, sind sie angespannt und verwandeln sich erneut zu Kindern mit offenen Mündern. Als ihre Namen verlesen werden, bleibt einem Jungen der Kloß in seinem Hals stecken. Ich schaue zu einem anderen hinüber und beobachte, wie seine Schlagader am Hals pocht. Das sind Kinder des Mittleren Ostens. Sie verbergen ihre Angst. Als dann das Protokoll verlesen wird, runzeln sie ihre Stirn. Sie versuchen männliche Züge anzunehmen.

Als das Wort Freispruch fällt, plötzlich: Ihre Wangen geraten in die Klemme zwischen kindlichem und männlichem Ausdruck, als sie versuchen, sich nicht zu sehr zu freuen. Wenn sie sich gegenseitig anschauen würden, würden sie vor Freude anfangen zu lachen. Sie tun es nicht, denn jetzt müssen sie als neue „politische Brüder“ solide auftreten. Die erste Verhandlung, die zweite Verhandlung und als die dritte Verhandlung beginnt, tritt hinter zwei Jungen auch noch ein Mädchen mit rosa Wangen auf. Mädchen und Jungen werden getrennt – ein Gendarm positioniert sich zwischen ihnen.

Unsere Augen treffen sich, sie lacht. Sie lacht, dass sie andere Menschen sieht, dass sie in diesem Moment nicht im Gefängnis ist, und man sieht, dass sich ihre Brust vor Hoffnung schüttelt. Heute wurden 13 Kinder vor dem Schwurgericht in Diyarbakır aus der Haft entlassen, während der Prozess noch weiterläuft. Ich krempele die Ärmel meiner Rechtsanwaltsrobe hoch und fange an, diesen Artikel zu schreiben.

13 Freisprüche, bei der ersten Gerichtsverhandlung

Ich bin eigentlich Anwältin von Beruf. Einigen ist es bekannt, anderen wiederum nicht. Ich habe bislang meinen Beruf nie ausgeübt. Das ist das erste

Mal, dass ich eine Robe angezogen habe. Mein Name wurde das erste Mal im Gerichtssaal verlesen: „Rechtsanwältin Ece Temelkuran!“ Ich habe zum ersten Mal meine Anwaltsrobe für die Kinder in Diyarbakır angezogen. Ich habe mit meinen KollegInnen von der Anwaltskammer Diyarbakır gescherzt und gesagt: „Am ersten Tag als Anwältin habe ich 13 Freisprüche erreicht.“ Als wir darüber lachten, warteten Frauen, die beim Reden ihren Mund mit einem Kopftuch bedeckten, und brünette Männer in den Gängen des Schwurgerichtes. Sie waren gekommen, um ihre Kinder aus dem Zahnrad der Geschichte herauszuziehen. Einige fallen aus diesem Zahnrad heraus, aber danach läuft der Kreislauf weiter – und über 200 Kinder, die auch offiziell noch Kinder sind, werden von diesem Rad zermahlen.

Diese Kinder werden nach den folgenden Artikeln des türkischen Strafgesetzes verurteilt:

220/6: „Personen, die nicht Mitglied einer Organisation sind, können, wenn sie im Namen dieser Organisation eine Straftat begehen, als Mitglied dieser Organisation verurteilt werden.“

Sie sind zum einen keine Mitglieder und werden aber als Mitglieder verurteilt. Als würde das nicht ausreichen gibt es die Auffassung der Revisionsinstanz: „Wenn die Organisation für einen bestimmten Tag zur Aktion aufruft und wenn Menschen sich an diesem Tag an den Aktionen beteiligen, werden sie als Straftäter, die der Organisation angehören, behandelt.“

Auf diese Weise sollen Kinder, die mit Steinen werfen, als Straftäter im Namen der PKK gelten und zusätzlich wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt (Polizei), Betreibens von Propaganda für die Organisation, Verletzung des Versammlungs- und Demonstrationsrechts vor Gericht gestellt werden. Hiermit soll das Leben von Kindern, die einmal mit Steinen geworfen haben sollen und eigentlich niemals wie Erwachsene beurteilt werden sollten, verdunkelt werden.



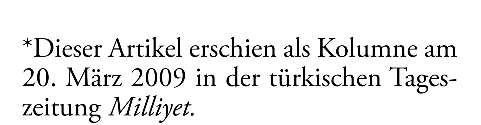
Kinder und Jugendliche setzen sich in Amed/Diyarbakır gegen die Staatsmacht zur Wehr Foto: DIHA

„Die Steinzeit ist zu Ende!“

Ich rede auf dem Korridor mit D., der vor einigen Tagen aus dem Gefängnis entlassen wurde. Ein Kind mit krausen Haaren. Er ist schlank. Er wurde wegen des vermeintlichen Werfens von Steinen ins Gefängnis geworfen. Er ist 16 Jahre alt. Fünf Monate war er in einer „neutralen Gefängniszelle“. Neutrale Zelle? Nach Staatsauffassung „neutrale Zelle“. Also keine politische Zelle. Aber es gibt nichts Neutrales. „Wir wissen inzwischen, was und warum wir es gemacht haben.“ Sein Auftreten ist männlich, aufgrund der politischen Bildung, die er im Gefängnis erlebte. „Einige der inhaftierten Kinder wussten am Anfang gar nichts. Sie sagten zum Beispiel ‘PeKaKa’ (Dies ist die Aussprache des türkischen Staates, wenn er von der PKK spricht. Die Kurden sprechen es als ‘PeKeKe’ aus). Aber jetzt weiß jeder alles. Sie sagen ‘PeKeKe’, sie sagen Guerilla, sie sagen jetzt alles.“ Was wird drinnen alles gemacht?

„Die letzten Wochen haben wir uns weitergebildet. Wir haben morgens Romane gelesen. Ideologische Schriften sind ja verboten. Die älteren Brüder haben uns ideologische Schriften gegeben, aber sie waren zu schwer für uns. Im Radio haben wir uns das Programm ‘Das andere Gesicht der Stadt’ angehört. Die Briefe aus der politischen Zelle wurden verlesen. TRT 6 gab es zwar, aber wir haben es uns nie angesehen, damit der Staat nicht mit Kurdischprogrammen erfolgreich ist.“

Was wird er jetzt tun? „Ich habe den älteren Brüdern, die die Partei kennen, mein Wort gegeben. Ich werde mich weiterbilden. Schule und Bücher.“ Dann dreht er sich um und lacht „Die Steinzeit ist zu Ende!“ ♦



*Dieser Artikel erschien als Kolumne am 20. März 2009 in der türkischen Tageszeitung *Milliyet.*

Es reicht – Wir wollen Bildungsmöglichkeiten in der eigenen Muttersprache!

Gemeinsam ist man stark

Qahir Bateyî, Schriftsteller & Mitglied der Koordination der TZPKurdî

Die TZPKurdî (Bewegung für das Recht auf muttersprachlichen Unterricht) gab 2006 ihre Gründung bekannt. Seit der Gründung wurden zahlreiche Aktionen für die Wahrung und Entwicklung der kurdischen Sprache durchgeführt. Zielsetzung dieser unterschiedlichen Aktionen war und ist es, der kurdischen Sprache einen offiziellen Status zu verleihen und es zu schaffen, dass auch in kurdischer Sprache unterrichtet werden kann. TZPKurdî steht also nicht nur gegen die Assimilierung, sondern auch gegen die Autoassimilierung.

TZPKurdî arbeitet auf drei Grundlagen:

1. Bildungsarbeit
2. die Gesellschaft davon zu überzeugen, die kurdische Sprache zu bewahren
3. wissenschaftliche Studien

Neun Institutionen (Kurdisches Institut in Istanbul, Kurdisches Institut in Diyarbakır, Kurdî-Der, Kurdî-Der in Ankara und die Zweigstellen dieser Institutionen) arbeiten im Rahmen dieser drei Grundsätze unter dem Dach von TZPKurdî zusammen. TZPKurdî, die sich als Bewegung definiert, hat sich bisher in vierzig Bezirken und Kreisen entweder als Rat oder als Kommission organisiert.

Nach einem Zeitraum von zweieinhalb Jahren startete TZPKurdî unter dem Motto „Es reicht – Wir wollen Bildungsmöglichkeiten in der eigenen Sprache“ eine Initiative. Auch wenn sie seitens der Presse als Kampagne dargestellt wurde, möchte ich unterstreichen, dass es keine Kampagne, sondern ein „strategischer Ansatz“ ist. Denn Kampagnen werden über einen bestimmten Zeitraum geführt. Einen Monat, drei Monate oder für ein Jahr. Sobald dieser Zeitraum zu Ende ist, wird die Kampagne beendet. Doch diese Initiative der TZPKurdî dauert immer noch an.

Unser Ziel mit dieser Initiative ist es, der kurdischen Sprache einen offiziellen Status zu verleihen, die kurdische Sprache verfassungsmäßig zu verankern, alle Rechte, die der türkischen Sprache gewährt werden, auch für die kurdische Sprache zu bekommen und in allen Schulen (Grundschulen bis Universitäten) die Möglichkeit kurdischsprachigen Unterrichts zu erlangen. Wie jedes Volk hat auch das kurdische Volk das Recht, die eigene Sprache und Kultur zu bewahren und in der eigenen Muttersprache Bildung zu bekommen. So wie das türkische Volk erfüllt auch die kurdische Bevölkerung ihre staatsbürgerlichen Aufgaben. Sie besitzt jedoch nicht dieselben Rechte und Freiheiten wie das türkische Volk. Unsere Initiative gilt also dem Ziel, dieselben Rechte, die der türkischen Sprache zugesprochen werden, auch für die kurdische Sprache zu bekommen. Daher wird diese Initiative auch andauern, bis diese Forderungen erfüllt sind. Egal ob dies ein Jahr, vier Jahre oder zehn Jahre dauert. Bis zum Erreichen dieser Ziele wird unsere Initiative andauern. Daher finde ich es wichtig zu unterstreichen, dass dies keine Kampagne, sondern ein strategischer Ansatz ist.

Natürlich gab es Gründe für uns, diese Initiative zu starten. Dass die kurdische Sprache seit Jahren seitens des türkischen Staates regelrecht massakriert wird, ist bekannt. Wir leben im 21. Jahrhundert, doch die kurdische Sprache ist immer noch verboten, und KurdInnen haben nicht die Möglichkeit, in kurdischer Sprache Bildung zu bekommen. Gleichzeitig wurde eine solch starke Assimilationspolitik durchgeführt, dass Kurdisch regelrecht in einen Todesschlaf versetzt wurde. Wir sahen, dass dies eine große Gefahr darstellte. Irgendwo musste hierzu STOP gesagt werden. Genau an diesem Punkt musste ein sehr deutliches und hartes STOP gesetzt werden. Es war uns klar, wenn wir muttersprachlichen Unterricht forderten, dann mussten wir dies massenhaft fordern, um eine entscheidende Wirkung zu erzielen. Millionen von Menschen mussten dies gemeinsam fordern. Unsere Forderung musste also laut sein. Sie musste so laut sein, dass zu erkennen wäre, dass dies die Stimmen von Millionen KurdInnen sind.

Daher musste alles sehr gut organisiert sein. Gemeinsam ist man stark: Daher war es uns sehr wichtig, dies mit allen kurdischen Kreisen und kurdischen Institutionen gemeinsam zu fordern. Es musste also ein Schritt gemeinsam mit diesen Kreisen und Institutionen sein. Im Anschluss an viele Aktionen innerhalb eines Zeitraums von zweieinhalb Jahren befanden wir gemeinsam mit allen kurdischen Institutionen und Organisationen, dass wir endlich bereit dazu sind, diese Initiative zu starten, und die Kraft besitzen, die Massen zu bewegen. Anschließend führten wir unsere zweite Konferenz durch und beschlossen, diese Initiative zu starten. Wir hatten also die nötigen Vorbereitungen getroffen, bevor wir anfingen. Daher hat sie auch gleich sehr viel Wirkung erzielt.

Besonders die Teilnahme von kurdischen GrundschülerInnen an den Aktionen hat den Staat sehr erschüttert. Die Eltern brachten die eigenen Kinder, die noch auf der Grundschule waren, selbst zu den Aktionen. Das ist etwas, was zum ersten Mal vorkam. Die KurdInnen kämpfen schon seit dreißig Jahren für ihre Freiheit. Aber bisher war es noch nie der Fall, dass die Familien die eigenen Kinder, die noch auf die Grundschule gingen, mit zu den Aktionen gebracht hatten. Auch wenn sie selber bisher selbstlos an Aktionen mitgewirkt hatten, hielten sie ihre kleineren Kinder eher zurück. Bei den Aktionen für die Muttersprache jedoch brachten Mütter und Väter ihre Kinder selbst zu den Aktionen. Hand in Hand kamen Mutter oder Vater mit ihren Grundschulkindern anmarschiert. Das hat den Staat sehr erschüttert. Der Staat war in der Tat schockiert. Sie konnten diese Kinder ja nicht „Terroristen" nennen. Sie konnten ja auch nicht mit Schlagstöcken die Kinder verprügeln. Und vor allem sah der Staat, dass diese Aktionen von Tag zu Tag größer wurden und nach einer Weile bis zu Millionen Kurdinnen und Kurden dieselben Forderungen aussprachen. In fast allen Städten Kurdistans wurden Demonstrationen durchgeführt. In Amed, Batman, Şırnak, Hakkari, Wan, Agirî, Iğdır, Muş und vielen anderen Städten wurden diese Demonstrationen durchgeführt, auf denen die DemonstrantInnen mit den Parolen auf den Plakaten und Transparenten die Forderung nach dem Recht auf muttersprachliche Bildung thematisierten. An diesen Demonstrationen nahmen jeweils zehntausende Menschen teil. Zwei zentrale Kundgebungen haben wir organisiert, die eine in Batman und die andere in Yüksekova. Das Tolle an diesen Demonstrationen und Kundgebungen war, dass Menschen mit unterschiedlichen politischen Meinungen teilnahmen. Dies hat uns sehr glücklich gemacht und uns gezeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Nach nur kurzer Zeit gab es einige Reaktionen. Es war uns klar, dass so etwas geschehen würde. Deren Ziel war es natürlich, die Aktionen zu verhindern und nicht noch mehr Zuwachs für diese Aktionen zu bewirken, sowie die Grundlage für demokratische Aktionen zu entziehen. Der Staat unternahm einige „Schritte". Dass es Pseudo-Schritte sein würden, wussten wir. Die Gründung des Kanals TRT-6 und der Beginn von Diskussionen, Kurdologie-Lehrstühle an den Universitäten einzurichten, sind einige hiervon. Es war der Druck, der aus der Bevölkerung kam, der zu diesen Schritten führte. Wir werden uns jedoch mit diesen „Schritten" nicht zufriedengeben. Unsere Aktionen dauern weiterhin an. Denn diese Schritte stellen keine zufriedenstellende Antwort auf unsere Forderungen dar. Noch bestehen keine Möglichkeiten, die Wunden zu verbinden, die der kurdischen Sprache angetan wurden. Seit einigen Monaten hatten wir größere Aktionen etwas zurückgedreht. Grund hierfür war, dass die Kommunalwahlen auf der Tagesordnung standen. Nach den Wahlen werden unsere Initiative und die Aktionen wieder mit voller Geschwindigkeit und in vollem Umfang weitergehen. Wir sind sehr reich an Aktionsformen: Zentrale Kundgebungen, Demonstrationen, Sitzstreiks und Ähnliches gehören dazu. Außerdem haben wir eine lange Liste an Boykott-Formen. Beispielsweise die Schule zu boykottieren. Die türkische Sprache zu boykottieren. Der Boykott der türkischen Namen von Örtlichkeiten oder statt türkischer Personennamen der Gebrauch der original kurdischen Namen. Start von Kampagnen, kurdische Namen zu bekommen und zu vergeben. Briefaktionen an den nationalen Bildungsminister u. Ä. Es sind Aktionsformen, die effektiv sind und den Staat unter Druck setzen werden, damit entsprechende Schritte getan werden. Inzwischen sind es Millionen von Menschen, die hinter TZPKurdî und den Forderungen für die Anerkennung der kurdischen Sprache stehen. Nach diesen Aktionen begann ein reges Interesse an den von uns geleiteten Kurdisch-Kursen. Nach einiger Zeit konnten wir dem schon gar nicht mehr nachkommen. Der Bedarf wurde immer größer. Die Auflagezahlen kurdischer Zeitungen und Zeitschriften erhöhten sich. Die Zeitung *Azadiya Welat* beispielsweise hatte vor Beginn der Kampagne eine Auflage von 7 000, 8 000. Nach Beginn der Kampagne jedoch erhöhte sie sich auf bis zu 13 000 bis 14 000. Auch die Anzahl der Abonnenten stieg. Viele Institutionen abonnierten die *Azadiya Welat*. Aus vielen Kreisen, besonders von Personen aus der Politik, bekommen wir inzwischen Unterstützung. Daher werden alle weiteren Aktionen an Kraft gewinnen.

Wie schon gesagt, bei dieser Initiative waren wir nicht allein. Wir als TZPKurdî hatten zwar die Vorreiterrolle, jedoch haben sich sowohl die DTP als auch viele kurdische Institutionen unseren Aktionen angeschlossen. Aus Kreisen der türkischen Linken bekamen wir ideelle Unterstützung. All diese Faktoren waren ausschlaggebend für die Bedeutung unserer Initiative. In nur kurzer Zeit haben wir also viel Effektives erreichen können. Wir können die Einflüsse und Resultate sehr deutlich erkennen. Denn vor allem hat diese Initiative bei der kurdischen Bevölkerung zu einem Erwachen geführt. Wichtige Diskussionen, die eigene Muttersprache zu verteidigen und sich hierfür einzusetzen, sind unter der kurdischen Bevölkerung entstanden. In nur kurzer Zeit war zu sehen, dass dieses Thema innerhalb der Bevölkerung einen Schwerpunkt erlangt hat.

Auch gab es einen großen Einfluss auf Politiker. Denn kurdische Politiker, die ihre Arbeit bisher immer und ausschließlich in der türkischen Sprache machten, sprachen plötzlich kurdisch. Und wenn sie dann doch türkisch sprachen, entschuldigten sie sich vorher hierfür. Auch wurden bezüglich der kurdischen Sprache sehr wichtige Beschlüsse gefasst. Vor allem von den Kommunalverwaltungen. Einer dieser Beschlüsse war, dass Beratungen und Dienstleistungen außer in Türkisch auch in Kurdisch angeboten werden sollten. Oder dass innerhalb der Kommunalpolitik die kurdische Sprache gebraucht werden solle und dass, wie schwer die Bedingungen auch sein mögen, der Kontakt zur Bevölkerung in Kurdisch gehalten werden müsse. So lauteten einige dieser Beschlüsse. Nach den Kommunalwahlen werden diese deutlicher zu sehen sein. Sie werden sich auf die Stadtver-

waltungen, die jetzt seitens der DTP geführt werden, auswirken.

Eine hundertprozentige Wandlung vieler kurdischer Politiker und Intellektueller bezüglich der kurdischen Sprache ist zu bemerken. Auch ist deutlich zu sehen, dass die Bevölkerung nun reagiert, wenn kurdische Politiker türkisch sprechen. Ich würde sehr gern noch konkreter werden, aber da wir davon überzeugt sind, dass die eigentlichen Veränderungen ab jetzt in Gang gesetzt werden, wird dies sicherlich in der Zukunft deutlich zu erkennen sein.

Ein weiterer Aspekt ist natürlich die Wirkung auf den türkischen Staat. Es ist kein Zufall, dass kurze Zeit, nachdem wir mit unserer Initiative begonnen hatten, der Staat einige Schritte unternommen hat. Obwohl diese Schritte unsere Forderungen nicht zufriedenstellen, ist es wichtig zu sehen, dass der Staat endlich einsieht, dass es so nicht weitergehen kann, und sich langsam bewegt. Wir haben sechs konkrete Forderungen:



Demonstration der TZPKurdî „Es reicht – Wir wollen unsere eigene Sprache“ Foto: DIHA

1. Um die Problematik der kurdischen Sprache lösen zu können, ist die demokratische Lösung der kurdischen Frage notwendig. Das optimale Modell hierfür ist die demokratische Selbstverwaltung. Dieses Modell beinhaltet die Möglichkeit, dass alle Gruppen ihre Bedürfnisse bezüglich Sprache und Kultur verwirklichen sowie notwendige Schritte dazu selbst entwickeln können.
2. Der türkische Staat muss die kurdische Sprache als offizielle Sprache anerkennen und verfassungsrechtlich verankern. Der Staat muss sich für die Wahrung der kurdischen Sprache einsetzen und sich hierum bemühen. Daher müssen alle rechtlichen und nicht-rechtlichen Hindernisse aufgehoben werden.
3. Vom Kindergarten bis zu den Universitäten muss die Möglichkeit auf Bildung in kurdischer Sprache gewährleistet werden. Die Möglichkeit zum Gebrauch der kurdischen Sprache in allen Bereichen des Lebens muss eingeräumt werden. Daher muss der Sprachunterricht nicht etwa wie bisher vom Staat selbst, sondern von erfahrenen ExpertInnen, die aus dem Volk gewählt werden, angeleitet werden. Nur so können Grundsteine für eine demokratische und wissenschaftliche Bildung gelegt werden. Außerdem müssen Kurdologie-Lehrstühle eingerichtet werden, die an LehrerInnen vergeben werden, die den Unterricht in Kurdisch abhalten können. Des Weiteren müssen alle notwendigen Schritte eingeleitet und Möglichkeiten eingeräumt werden, die kurdische Literatur zu entwickeln.
4. Damit all dies geschehen kann, muss sich der türkische Staat für die Assimilierung der kurdischen Kultur und Sprache beim kurdischen Volk entschuldigen. Aufgrund der widerfahrenen Ungerechtigkeit ist die kurdische Sprache für eine bestimmte Zeit einer „positiven Diskriminierung“ auszusetzen (d. h. sie muss eine Zeit lang bevorzugt werden).
5. Die Wieder-Anerkennung der kurdischen Namensgebung aller Ortschaften, die ihres originalen Namens beraubt wurden, sowie die rechtliche Verankerung derselben.
6. Alle Hindernisse, die die Bevölkerung daran hindern, in Kurdisch zu beten, müssen aufgehoben werden.

Überall, wo wir auftreten, geben wir offiziell diese sechs Forderungen bekannt. Bis wir all diese Forderungen erreicht haben, werden wir unsere Aktionen weiterführen. Parallel hierzu werden wir natürlich weiterhin dafür arbeiten, die Bevölkerung darin zu bekräftigen, auf der Muttersprache zu beharren und diese zu bewahren. Außerdem werden wissenschaftliche Arbeiten von uns weitergeführt werden. Einer unserer Schwerpunkte wird auch sein, Lehrkräfte für die kurdische Sprache auszubilden. Für das Jahr 2009 haben wir uns das Ziel gesetzt, 500 LehrerInnen auszubilden, für die nächsten drei bis vier Jahre sind 6 000 bis 7 000 LehrerInnen unser Ziel. Daneben unterrichten wir außerdem noch jährlich 3 000 bis 4 000 weitere Personen.

In Anbetracht all dieser Entwicklungen und der ersichtlich guten Grundlage für diese Ausbildungsziele kann ich sagen, dass unsere Initiative sehr erfolgreich war und auch weiterhin noch stärker, effektiver und konkreter werden wird. ♦

Der 8. März wurde für die kurdischen Frauen zum Frühling der Befreiung

Den eingeengten Lebensbereich der Frauen erweitern

Leyla Deniz, Demokratische Freie Frauenbewegung

Der Schall unserer Stimmen erfüllte kurz vor Frühlingsbeginn erneut die Straßen und Plätze. Unsere Rufe bekundeten, dass der diesjährige Frühling ein anderer sein würde als die bisherigen. Die kurdischen Frauen zeigten, dass dieses Jahr mit dem 8. März das Jahr des Frühlings werden wird. Wie in jedem Frühling haben wir als Frauen, dem strengen Winter zum Trotz, gegen die feudale Kultur und gegen die scheinbare Freiheit der Modernität als Produkt der tausendjährigen Männerherrschaft mit unserem freien Willen unseren Freiheitsanspruch noch stärker artikuliert. Auf der einen Seite wurden wir mit unserer Identität als Frauen gegenüber der durch blutige und unblutige Gewalt und Massaker erzeugten finsteren Seite unseres Lebens zu dessen heller Seite. Andererseits präsentierten wir gegen die Verleugnungs- und Vernichtungspolitik an unserem Volk unsere Sprache, Kultur, traditionellen Trachten und Losungen, unsere nationale Identität. Wichtig waren auch die Parolen und Reden, in denen die Freiheit unseres politischen Repräsentanten Abdullah Öcalan als unsere Freiheit als Frauen dargestellt wurde. Hunderttausende Frauen brachten auf den Straßen und auf den Plätzen ihre Verbundenheit mit der Freiheitsphilosophie unseres Vorsitzenden Öcalan und ihre Entschlossenheit in Bezug auf die Freiheit zum Ausdruck.

Der diesjährige 8. März wurde zu einem Tag, an dem wir jeder Art von Massaker noch stärker und noch organisierter mit „Êdî bese – Es reicht!" entgegentraten. Wir vermehrten unsere Stimmen von Bezirk zu Bezirk, von Kreisstadt zu Kreisstadt, von Kommune zu Kommune, kollektivierten unsere Forderungen, überwanden die Lokalität und kamen in den Gefühlen, in den Gedanken und in den Parolen zusammen. Der Startschuss für die 8.-März-Aktivitäten fiel am 1. März in Dersim.

Diese Stadt hatten wir aufgrund des Dersim-Widerstands von 1938 bewusst ausgesucht. Als Töchter und Enkelinnen von Zarife und Bese und als Genossinnen von Zilan unterstrichen wir, dass wir Sklaverei und Kapitulation nicht hinnehmen und ihnen nicht nachgeben werden, dass wir auch in Zukunft an unserer Frauenidentität festhalten werden, mit der wir gegen jede Ausprägung patriarchaler Mentalität ankämpfen und Widerstand leisten – bis zu ihrer Aufhebung.

Die Berge und der Fluss Munzur in Dersim wurden Zeuge von Frauen, die geschworen haben, frei zu denken und frei zu leben. Alle Frauen erhoben in Dersim ihre Stimme, um ihre Kinder, Geschwister, die den Weg in die Berge gewählt haben, zu erreichen. Und die Berge begleiteten unsere Freiheitslieder. Wie eine Rednerin auf der Kundgebung sagte: „Bese, Zarife und Zilan können heute stolz sein auf ihre Töchter, auf ihre Enkelinnen und ihre Genossinnen." Das Dersim-Treffen von Frauen, die aus allen Richtungen gekommen waren, breitete sich mit diesen Gefühlen in alle Richtungen aus.

Für die Bezirke und Kreisstädte, in denen Kandidatinnen für die Kommunalwahlen aufgestellt worden sind oder in denen zum ersten Mal eine Frauenkundgebung stattfand, hatte der 8. März eine andere Bedeutung: Kars, Uludere, Cizre, Varto, Viranşehir, Midyat, Karayazı, Hınıs, Başkale, Özalp, Lice und andere. Es sind Orte, in denen sich die traditionell-feudale Mentalität als Kultur zu bewahren versucht und die als Resultat der langjährigen Verleugnungs- und Vernichtungspolitik des Staates starker Unterdrückung ausgesetzt sind. Dass Frauen an diesen Orten zum einen ihre Stimme gegen die traditionelle reaktionäre patriarchale Einstellung erhoben haben und zum anderen ihre eigene Identität, ihre Sprache und Kultur gegen die Verleugnung und Assimilation ihrer nationalen Identität bewusst repräsentiert haben, war eine kräftige Antwort auf all diese unterdrückerischen Gesinnungen.

Die Frauen in Uludere sagten: „Gut, dass wir eine Kandidatin haben, jetzt gehen wir aus dem Haus, gehen zur Partei. Wir werden unsere Bürgermeisterin dann auch im Rathaus besuchen." Diese Veränderung im Leben wurde auf der Kundgebung zur Welle der Euphorie. Die starrsinnigen Frauen von Botan flossen in bunten Kleidern auf den Kundgebungsplatz. Die Antwort auf die Frage, warum es wichtig ist, Frauen als Kandidatinnen aufzustellen, kam von den Frauen aus Uludere: Um das Leben und die Gesellschaft weiterzuentwickeln und um den eingeengten Lebensbereich der Frauen zu erweitern.

Ohne resigniert zu sein, kamen den brutalen Vorfällen im Vorjahr zum Trotz in diesem Jahr Zehntausende Frauen in Van zur Kundgebung. Im letzten Jahr waren die „Sicherheitskräfte" in Van gegen die Demonstrantinnen mit grausamer Gewalt vorgegangen, diese waren angerempelt, mit Füßen getreten und mit Schlagstöcken geschlagen worden.

Die Frauen vermittelten jetzt mit ihrer Teilnahme die Botschaft: Egal von wo die Gewalt ausgeht, wir werden uns ihr nicht beugen und ihr nicht nachgeben. Der kämpferische und widerständische Charakter der kurdischen Frauen konnte in diesem Jahr bei den Frauen in Van erneut beobachtet werden.

Die Frauen in Viranşehir, die nicht einmal den Hof ihrer Häuser verlassen können, bemalten den Kundgebungsplatz regelrecht mit ihren lila Kleidern und Tüchern. Das war ihre konkrete Antwort auf die Frage, ob denn in Viranşehir eine Kandidatin überhaupt eine Chance hätte.

In Amed (Diyarbakır) brachten Zehntausende Frauen ihre politischen, sozialen und kulturellen Forderungen zum Ausdruck und stellten ihre Verbundenheit mit ihrem Vorsitzenden erneut unter Beweis. Auf die Frage der Rednerinnen „Geben wir unser Wort, dass wir so lange kämpfen werden, bis wir unseren Vorsitzenden befreit haben?“ gaben Zehntausende gemeinsam dieselbe Antwort: „Ja, wir geben unser Wort.“ In Istanbul trugen Tausende junger Frauen die Bilder von Viyan, Zilan und Sema und zeigten auf diese Weise, dass sie sich als deren Nachfolgerinnen begreifen. Sozialistische Feministinnen, Kurdinnen, Türkinnen, Lasinnen, Frauen aus anderen Nationalitäten und Kreisen kamen auf dem Kundgebungsplatz zusammen und zeigten, dass die Begegnung der Völker über die Solidarität der Frauen verläuft.

Frauen, die einen Monat vor den Kommunalwahlen zu Hunderttausenden auf den Straßen waren, erteilten jeder Verleugnungspolitik, sei sie gegen ihre geschlechtliche oder gegen ihre nationale Identität gerichtet, ihre Absage. Sie brachten mit ihren Losungen ihre Reaktion auf die Politik der AKP zum Ausdruck, die das Volk zum Bettler zu machen versucht und eine kurdische Öffnung vortäuscht. Sie bekundeten überall, wo sie auf die Straße gingen, in erster Linie in den Städten, in denen Kandidatinnen aufgestellt waren, ihren politischen Willen. Die Farbe der Wählerstimmen konkretisierte sich mit der Parole „Noch mehr Frauen, noch mehr Demokratie“ auf die DTP. Das Ergebnis aus den Wahlurnen am 29. März war für die Frauen schon jetzt klar. Die Veränderungen, die die Frauen in der Gesellschaft und im Leben bewirken, waren schon ersichtlich, bevor die Wahlen gewonnen wurden.

Es fanden in allen Bezirken, Kreisstädten, Kommunen und Dörfern 8.-März-Feiern statt. Das ist der Ausdruck für die Organisierung der Frau und die Kraft, die durch das Zusammentreffen der Frauen mit ihrer weiblichen Identität entsteht. Es war die konkrete Anzeige für die Veränderung der Gesellschaft durch Organisierung.

Unsere Kampagne, gestartet unter dem Motto „Wir sind niemandes Ehre, unsere Ehre ist unsere Freiheit“, wurde von Hunderttausenden Frauen auf den Plätzen angenommen. Die Frauen, deren Körper seit Tausenden von Jahren als die Ehre des Mannes angesehen werden, proklamierten, dass ihre Ehre nicht ihr Körper sei, sondern ihre Freiheit, ihre Sprache und ihre Identität.

Die Kundgebungsplätze verwandelten sich in von Frauen gebildete Freiheitsgärten. In Kurdistan war kein 8. März so prachtvoll und so bunt gewesen wie in diesem Jahr. Im Mittleren Osten verwirklicht sich unter der Federführung der kurdischen Frauen eine soziale, politische, kulturelle Frauenrevolution, deren Zeuge wir sind. Die Geschichte wird erneut von den Frauen geschrieben. Die organisierten kurdischen Frauen haben erneut gezeigt, dass sie die dynamische Kraft für ideologische und gesellschaftliche Veränderungen sind. Wir Frauen haben unsere Euphorie, begonnen zum 8. März, auch auf Newroz übertragen und werden sie am 29. März bei den Kommunalwahlen politisch zum Höhepunkt bringen.

In diesem Sinne gratulieren wir allen Frauen dieser Erde nachträglich zum 8. März. ♦



8.-März-Demonstration in Istanbul Foto: DIHA

Ein kurdisch-französisch-deutsches Frauenprojekt

„Frauenstärken durch internationale Begegnung“

Bericht einer Teilnehmerin

„Was die Frauen hier machen, ist revolutionär ...“
So lautete das Fazit einer deutschen Teilnehmerin an dem von *Cenî – Kurdisches Frauenbüro für Frieden* – initiierten trinationalen Frauenprojekt „Frauenstärken durch internationale Begegnung“ nach einem siebentägigen Aufenthalt in Amed (türk. Diyarbakır) in Nordkurdistan in der Türkei im März 2009.
Beteiligt an dem Projekt sind jeweils acht (junge) Frauen aus Kurdistan, Frankreich und Deutschland; organisiert wird es von Cenî, dem Frauenberatungszentrum Selis in Amed sowie der Frauenkommission des Ahmet-Kaya-Kulturzentrums in Paris. Voraussetzung zur Teilnahme war lediglich ein Interesse an der Frauenfrage weltweit. Im Rahmen des Projekts haben bisher zwei einwöchige „Begegnungen“ in Deutschland und Kurdistan stattgefunden. Eine dritte gemeinsame Woche soll im September 2009 in Paris verbracht werden. Über eine weiterführende Perspektive wird noch diskutiert. Angestrebt wird von den Teilnehmerinnen eine Ausweitung der „Begegnungen“ auf Frauen in Südkurdistan.

Die erste „Begegnung“ der 24 Frauen aus drei Ländern fand im November 2008 statt. Untergebracht in der Frauenbegegnungsstätte Utamara in Kasbach bei Bonn lernten wir uns kennen und verbrachten eine Woche mit Seminaren zur deutschen Frauenbewegung, der deutschen Geschichte und dem Aufbau der Verwaltungsstrukturen sowie zur Genderfrage und besuchten zahlreiche Fraueneinrichtungen in der Umgebung.

Vom 2. bis zum 10. März trafen wir uns erneut, diesmal im bewegten Amed im Vorfeld des Weltfrauentages am 8. März, des kurdischen Neujahrsfestes Newroz am 21. März und der Kommunalwahlen am 29. März. Auf dem Programm stand auch diesmal das Kennenlernen der jeweiligen Frauenbewegung, ihrer Strukturen und Einrichtungen sowie des Landes selbst. Mehr noch als beim ersten Treffen in Deutschland wurde auch unter uns darauf Wert gelegt, jede Einzelne besser kennen zu lernen und über den aktuell geplanten Projektrahmen in den drei beteiligten Ländern hinaus zu einer weiterführenden Zusammenarbeit zu finden.

Deutlich wurde für alle Beteiligten die gewaltige Entwicklung der kurdischen Frauenbewegung, ein kontinuierlicher, nicht zu stoppender Fortschritt, erarbeitet durch tiefgreifende Kämpfe, begleitet von vielen Fehlschlägen und hohen Opfern. Erreicht worden sind eine Organisierung und eine politisch-praktische Klarheit, die weltweit ihresgleichen sucht.

Die „Demokratische Freie Frauenbewegung“ DÖKH: Die kurdische Frauenbewegung in der Türkei organisiert sich seit 2004 unter dem Namen DÖKH als Zusammenschluss aller frauenpolitisch aktiven und sozialen Frauenorganisationen und -institutionen. Seit 2007 gilt innerhalb der DÖKH als Ergebnis einer umfassenden Analyse der eigenen Strukturen sowie der Diskussion über eine nicht-hierarchische Organisierung, die einer „weiblichen Sichtweise“ entspricht, folgendes Organisierungsmodell:

Auf einer einmal jährlich stattfindenden Konferenz wird eine Exekutive aus 35 Frauen gebildet, aus der fünf Sprecherinnen gewählt werden. Die Mitglieder der Exekutive teilen sich in vier Arbeitsbereiche auf:

Politik: In diesem Arbeitsbereich vernetzen sich Frauen, die in politischen Parteien und Kommunalverwaltungen aktiv sind. Alle Frauen, die als Vertreterinnen der kurdischen Bewegung bei den Parlaments- und Kommunalwahlen in der Türkei kandidieren, gehen aus der Frauenbewegung hervor. Es wurde die erwähnte Geschlechterquote von 40 Prozent sowie die Einführung der Doppelspitze (männlich/weiblich) im Parteivorstand durchgesetzt. Durch die Quote konnte der Anteil von Kandidatinnen bei den Kommunalwahlen verdreifacht werden. Aktuell sind in 14 Provinzhauptstädten und Bezirken die Bürgermeisterämter von Frauen von der DTP besetzt. Weiterhin hat sich in der Praxis ein Vetorecht der DÖKH durchgesetzt; KandidatInnen, gegen die die DÖKH Einspruch erhebt, wird die Unterstützung der gesamten kurdischen Bewegung entzogen.

Soziales: In diesen Arbeitsbereich fallen alle Fraueninstitutionen, -kooperativen und -stiftungen sowie auf regionaler

Ebene die Stadtfrauenräte, die nach demselben Prinzip – Sprecherinnen, Exekutive, vier Arbeitsbereiche – aufgebaut sind. Bisher sind in elf Städten solche Frauenräte gegründet worden.

Ideologie: Da die DÖKH den Anspruch hat, gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen, nimmt die Frage der Ideologie einen großen Raum ein. Vernetzt sind in diesem Arbeitsbereich Frauen, die auf den Gebieten Kultur, Medien und Bildung arbeiten. Ziel ist es, Frauen für Kultur- und Medienarbeit zu aktivieren. Darüber hinaus werden Frauenbildungsseminare und Schulungen organisiert, so beispielsweise im vergangenen Jahr drei zweimonatige Schulungen, die der Bewusstseinsbildung dienen. Weiterhin wird innerhalb dieser Struktur die innerhalb weniger Monate vorgesehene Gründung einer „Frauenakademie" geplant, in der Frauen aller Bildungsschichten den Raum finden sollen, sich gedanklich fortzubilden und die Arbeit an der Veränderung des gesellschaftlichen Bewusstseins voranzutreiben.

Junge Frauen: Offen für Veränderungen in der Gesellschaft sind aufgrund ihrer spezifischen Bedingungen vor allem Frauen und junge Menschen. Junge Frauen haben somit ein besonderes Potential, das gezielt gefördert werden muss. Dieser Arbeitsbereich umfasst alle anderen Bereiche, dient der Stärkung junger Frauen und gibt ihnen die Möglichkeit einer autonomen, selbstbestimmten Organisierung.

Mit diesem Organisierungsmodell wird die Umsetzung von Basisdemokratie angestrebt. Wie im von der kurdischen Befreiungsbewegung vorgesehenen Modell des demokratischen Konföderalismus, das eine nicht-staatliche Organisierung der Gesellschaft nach Interessengebieten und aufbauend auf lokalen Kleinsteinheiten in Kurdistan vorsieht, befürwortet auch die DÖHK in erster Linie die Selbstbestimmung von Frauen. Frauen sollen in politischer, sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht gestärkt und dazu befähigt werden, „sich selbst zu regieren". Die Vielfalt auf kultureller, sozialer, ethnischer, religiöser Ebene einer jeder Gesellschaft bedarf eines Koordinationssystems. Bislang allerdings sind nur wenige Modelle bekannt, die nicht auf Herrschaft beruhen. Gesellschaftliche Machtverteilung ist nicht emanzipatorisch. Daher ist es erforderlich, Organisierungsstrukturen zu finden, die jedes Mitglied der Gesellschaft mit seinen Besonderheiten umfassen kann.

Fraueneinrichtungen in Amed

Selis: bedeutet in der sumerischen Sprache „Licht, Helligkeit" und auf Persisch „Wegweiser". Der Verein wurde 2002 als Firma gegründet, weil die damalige repressive Situation eine Institutionalisierung als Verein erschwert hätte. Seit Mai 2008 ist Selis ein Verein mit einem aus sieben Frauen bestehenden Vorstand sowie sieben Vertreterinnen. Darüber hinaus arbeiten Dutzende Frauen als Freiwillige, darunter Psychologinnen, Soziologinnen und Juristinnen. Hauptaufgabe des Vereins ist die Beratung von Binnenflüchtlingsfrauen, die im Rahmen der Dorfzerstörungen in den neunziger Jahren nach Amed gekommen sind. Weiterhin betreibt Selis Zweigstellen in Batman und neuerdings auch in der Kreisstadt Ergani sowie den Kindergarten „Lorin", in dem sieben Frauen hauptamtlich arbeiten.

Zu den Arbeitsschwerpunkten von Selis gehört neben der Beratung das Vermitteln von Wissen, die Bildung von Frauen. Viele Frauen stehen in ökonomischer Abhängigkeit von Ehemann und Familie, verfügen über keine Schulbildung und können weder lesen noch schreiben. Sie haben somit kaum Möglichkeiten, einen Beruf zu ergreifen, ihre Rechte in Anspruch zu nehmen oder auch selbstständig ihre vertraute Umgebung zu verlassen. Ziel ist es, Frauen in sozialer, kultureller, ökonomischer und rechtlicher Hinsicht zu informieren und eine verstärkte Teilnahme von Frauen am sozialen Leben voranzutreiben. Wissen ist für die Identität, das Selbstvertrauen und die Selbstständigkeit von Frauen sehr wichtig.

In den sieben Jahren des Bestehens hat Selis soziale, juristische, wirtschaftliche und psychologische Unterstützung für Tausende Frauen geleistet. Weiterhin gibt es eine Nähwerkstatt. Eine Seidenschalproduktion musste wegen fehlender Absatzmöglichkeiten auf dem europäischen Markt geschlossen werden.

Austausch statt Beobachtung

Dem Projekt vorangegangen war die Überlegung, Frauen und ihre Strukturen durch internationalen Austausch zu stärken. Durch die Erfahrung der Organisation diverser Frauenreisen aus Deutschland nach Kurdistan und in die Türkei war in der Arbeit des in Düsseldorf ansässigen kurdischen Frauenbüros Cenî deutlich geworden, dass die klassischen „Delegationsreisen" aus Europa zur Unterstützung des kurdischen Befreiungskampfes insbesondere in Frauenzusammenhängen nicht mehr den Ansprüchen genügen. Hervorgegangen aus den Solidaritätsbewegungen mit Befreiungskämpfen weltweit in den siebziger Jahren fahren auch nach Kurdistan – auf Aufruf der kurdischen Bewegung – seit zwei Jahrzehnten zu Anlässen wie dem Newrozfest oder Wahlen Delegationen aus Europa, um ihre Solidarität zu bezeugen oder als Beobachter zu fungieren, die ihre Erkenntnisse zurück nach Europa tragen. Einhergehend mit dem immer ausgereifteren kurdischen Informations- und Kommunikationsnetz durch Internet und Satellitenfernsehen setzte sich auch in der Politik der kurdischen Bewegung und im Bewusstsein der Menschen immer stärker die Erkenntnis durch, dass aus Europa nicht viel Hoffnung für eine Lösung der kurdischen Frage zu erwarten ist. Aufgrund der weltweit spezifischen Lage von Frauen und ihrer Gemeinsamkeiten über Ländergrenzen hinweg drängte sich der kurdischen Frauenbewegung der Gedanke auf, dass statt der klassischen Solidarität aus Europa ein Austausch von Frauenbewegungen aus verschiedenen Gegenden dieser Welt über Erfahrungen aus der Vergangenheit und die aktuelle Lebensrealität einen größeren Gewinn für alle Beteiligten darstellt.

Aktuell arbeitet Selis an vier Projekten: Im Rahmen des gemeinsam mit „Epidem“ gestarteten Projektes „Hoffnung“ werden in den Stadtteilen Näh- und Alphabetisierungskurse angeboten. Das zweite Projekt thematisiert die Genderfrage und richtet sich an Frauen und Männer. Das dritte Projekt schließlich strebt die Gründung von Zweigstellen in anderen Städten und Stadtteilen an, um die Frauen dort zu erreichen, wo sie leben, da den Flüchtlingsfrauen oftmals schon die finanziellen Möglichkeiten fehlen, den Weg zu Selis zu bewältigen. In diesem Zusammenhang laufen Verhandlungen mit einer Stiftung in den USA, um das Projekt zu finanzieren. Das Projekt „Frauenstärken durch internationale Begegnung“ ist das vierte laufende Projekt von Selis.

Fester Bestandteil der Arbeit von Selis ist außerdem die Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Organisationen. Weiterhin ist Selis Mitglied der Demokratischen Freien Frauenbewegung (DÖKH).

Die Inhalte der Arbeit von Selis umfassen neben den Beratungsangeboten auch die Öffnung der Probleme der Frauen nach außen. Momentan arbeitet Selis vermehrt zu den auftretenden Problemen und Folgen von Inzest, die auch über Amed hinaus zu ihnen getragen wurden. Sexueller Missbrauch in der Familie ist ein Thema, das erst seit kurzem auch in der kurdischen Öffentlichkeit bekannt wird. Als Sprecherin von Selis berichtete Sudan Güven von fünf Inzestfällen, die innerhalb des vergangenen Jahres an das Frauenberatungszentrum herangetragen wurden. In allen Fällen waren Schwangerschaften aufgetreten. Selis leistete Unterstützung beim Schwangerschaftsabbruch; für eine der jungen Frauen wurden eine neue Wohnform und eine Arbeitsmöglichkeit gefunden. In zwei Fällen, bei denen die Täter – ein Bruder und ein Cousin der Opfer – inhaftiert wurden, kehrten die betroffenen Frauen zu ihren Familien zurück. Die Mitarbeiterinnen von Selis halten weiterhin den Kontakt zu den Betroffenen und gewährleisten eine psychologische Behandlung.

Da Selis in den sieben Jahren ihres Bestehens bekannt geworden ist, suchen auch Frauen aus den umliegenden Städten die Beratungsstelle auf. Weiter findet eine Kooperation statt mit dem zivilgesellschaftlichen Zusammenschluss „Lokale Tagesordnung 21“, in dem neun Juristinnen ehrenamtlich in der Beratung tätig sind.

Über die Staatsgrenzen der Türkei hinaus besteht ein Informationsaustausch insbesondere auch mit Fraueneinrichtungen in Südkurdistan (Nord-Irak), die zu Themen wie der Geschlechterverstümmelung von Mädchen und Frauen und den weit verbreiteten Selbstverbrennungen von Frauen arbeiten. Insbesondere das Problem der Geschlechterverstümmelung – eine Praxis, die nach neueren Studien über die Hälfte der Frauen in Südkurdistan betrifft – war bis vor kurzem noch nahezu unbekannt. Erst durch die Organisierung von Frauen in der Region ist das Thema in die öffentliche Diskussion eingegangen.



Die Teilnehmerinnen auf der Stadtmauer in Amed Foto: A. A.

Kardelen: ist eine Einrichtung der Bezirksverwaltung Bağlar und bietet seit Dezember 2004 psychologische und juristische Beratung für Frauen sowie ein reichhaltiges Kursprogramm an. Schwerpunkt der Arbeit ist die Zielsetzung der Schaffung eines Bewusstseins von Frauen für frauenspezifische Themen wie die Genderfrage, das Problem der Gewalt gegen Frauen, Frauenrechte, Solidarität unter Frauen und Geschlechterbewusstsein.

Das Kursangebot in den Bereichen PC, Alphabetisierung, Musik, Malerei, Theater, Nähen sowie Nachhilfe in Englisch, Mathematik und Türkisch dient nach Angaben der Mitarbeiterinnen mehr dazu, Frauen zunächst aus dem häuslichen Umfeld in das Frauenzentrum zu bringen und somit einen Zugang zu ihnen zu ermöglichen. Weiterhin bietet Kardelen Schulungen zum Thema Gesundheit an und organisiert soziale und kulturelle Aktivitäten wie Ausflüge, Kino-, Theater- und Konzertbesuche sowie die gemeinsame Teilnahme an externen Veranstaltungen und Seminaren. Ein recht neuer Service ist die Familienberatung, zu der Frauen auch gemeinsam mit ihren Partnern kommen.

Das Angebot von Kardelen richtet sich bis auf die Familienberatung nur an Frauen. Um diese zu erreichen, leistet die Einrichtung auch aufsuchende Beratungsarbeit im Stadtteil.

Kardelen ist in der DÖKH organisiert und kooperiert mit anderen Frauen- und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen in Amed und der Türkei. Neben vier festen Mitarbeiterinnen arbeiten etliche Freiwillige unentgeltlich im Kursangebot, darunter auch Männer, die als

geeignet für diese Aufgabe betrachtet werden.

Epidem: Auch diese Einrichtung liegt immer noch in einem Gebiet, das von dem Krieg zwischen dem türkischen Staat und der kurdischen Bewegung geprägt ist. Die Folgen des Krieges in den 90er Jahre haben zu einer Binnenmigration und in Amed zu einer Bevölkerungsexplosion geführt, die die Stadt infrastrukturell überfordert. Es haben sich arme Vorstädte gebildet, in denen fast ausschließlich Binnenflüchtlinge leben und sich daher noch weniger an das Stadtleben und die neue Situation gewöhnen können. Sie leiden durch Kriegserlebnisse, Vertreibung, Flucht und Gewalterfahrungen unter Traumatas, haben starke menschliche und materielle Verluste erlitten, die sie nicht allein überwinden können.

Dieser Bedarf, an vor allem auch psychologischer Hilfe, wurde in der Fraueneinrichtung Selis so permanent festgestellt, dass eine Feldstudie erhoben und anschließend in den Strukturen der Bezirksverwaltung Yenişehir am 2. Mai 2003 Epidem eröffnet wurde. Heute arbeiten Psychologinnen, Soziologinnen, Pädagoginnen und drei Freiwillige in der Einrichtung in Yenişehir, einem Bezirk mit sechs Stadtteilen. Die Arbeit erfolgt in den Räumlichkeiten der Einrichtung, in aufsuchender Arbeit sowie über das neu in Kooperation mit Selis eingerichtete Projekt „Hoffnung".

In den letzten fünf Jahren wurden 3 000 Frauen erreicht, teils erhielten sie psychologische Hilfe und/oder wurden in Gruppen zu Themen wie Kommunikation, Mutter-Kind-Beziehung, Umgang mit Stress etc. fortgebildet. Bei bestehendem Bedarf werden die Frauen an eine weitergehende Hilfe wie Psychiatrie oder JuristInnen weitergeleitet. Unter anderen erhalten auch MitarbeiterInnen der Bezirksverwaltung hier Schulungen über frauenspezifische Themen.

Die Kosten von Epidem werden von der Bezirksverwaltung übernommen, so dass bislang eine Psychologin und eine Sozialarbeiterin angestellt werden konnten. Vor allem viele kurdische Flüchtlingsfrauen, die an psychologischen Folgen des Krieges, der Fluchterlebnisse und den aktuellen Lebensbedingungen leiden, wenden sich an Epidem. Die Selbstmordrate ist sehr hoch. Mit der Beratungsstelle soll die Not gelindert und abgefangen werden. Es kommen nicht nur Flüchtlingsfrauen, sondern auch Frauen wegen familiärer Gewalt oder Frauen, die in Haft oder bei Festnahmen gefoltert, vergewaltigt, misshandelt wurden. Mit der Unterstützung vom Menschenrechtsverein IHD und der Ärztekammer werden Flüchtlinge beraten.

Monatlich suchen ca. 50 Frauen Beratung. Die Hemmschwelle, psychologische Beratung aufzusuchen, ist groß, aber das Angebot wird inzwischen mehr und mehr wahrgenommen. Epidem ist kein Therapiezentrum, sondern ein Beratungszentrum. Versucht wird in den Gesprächen, gemeinsam praktikable Wege und Lösungen für die vermeintlich auswegslose Lage zu finden. Frauen sollen psychologisch unterstützt und ihre eigenen Ressourcen gestärkt werden. Angeboten werden Einzel- und Gruppengespräche. Eine spezielle Psychotherapie für posttraumatische Belastungsstörung findet nicht statt. Bildungsseminare zur Wissensvermittlung und zur Förderung des Selbstvertrauens und der Selbständigkeit werden in Zusammenarbeit von Epidem und Selis durchgeführt.

Rechtsberatung und Seminare: Rechtsberatung wird durch Rechtsanwältinnen der Anwaltskammer kostenlos geleistet. Opfer häuslicher oder staatlicher Gewalt werden von den Anwältinnen auch in Prozessen vertreten.

Außer der Einzelberatung werden auch Seminare angeboten, um Frauen über ihre Rechte aufzuklären. Je nach Stand und Position der Frauen, z. B. Hausfrauen oder Studentinnen, werden entsprechend der rechtlichen Fragen die Seminare gestaltet. Seminare werden zu Themen wie Zivilrecht, Beratung über rechtliche Möglichkeiten gegen Gewalt (staatliche, gesellschaftliche und familiäre), Rechte der Arbeitnehmerinnen, etc. durchgeführt.

Gesundheitsberatung und -Seminare: Gesundheitsseminare über Schwangerschaft, Menstruation, Menopause, Krebs (Gebärmutter- und Brustkrebs), Familienplanung, Hygiene werden durchgeführt. Dabei wird auf Prävention und Möglichkeiten der Selbsterkennung von Symptomen Wert gelegt. Viele Frauen haben aus ökonomischen Gründen keine Möglichkeit, eine Ärztin oder einen Arzt aufzusuchen. Die Seminare werden in Zusammenarbeit mit der Ärztekammer Diyarbakır gegeben.

Auf der 8.-März-Kundgebung in Amed – „Das muss von innen kommen …"

10 000 Frauen kamen bei der Kundgebung zum Weltfrauentag in Amed zusammen. Inhaltlich stand die aktuelle Kampagne „Unsere Ehre ist unsere Freiheit" der kurdischen Frauenbewegung im Vordergrund, die sich gegen den herkömmlichen Begriff von Ehre richtet. Auch in der kurdischen Gesellschaft bezieht sich „Ehre" weitgehend auf die „körperliche Unversehrtheit" junger Mädchen und allgemein das Verhalten von Frauen. Die kurdische Frauenbewegung hat sich mit ihrer am 25. November 2008 gestarteten und auf vorläufig ein Jahr angelegten Kampagne unter diesem Motto das Ziel gesetzt, diese Problematik in der Gesellschaft zu thematisieren und dem Begriff „Ehre" neue Inhalte zu verschaffen.
Während der Kundgebung ergaben sich interessante Unterhaltungen mit den Teilnehmerinnen und Kindern. Während eine Gruppe Jungen im Alter zwischen acht und zwölf Jahren aufgeregt und vergnügt berichtete, Erdoğan wolle noch mal nach Amed kommen, dann könnten sie wieder Steine schmeißen, zeigten sich zwei etwa elfjährige Mädchen besonnener. Zunächst fragten sie uns, ob wir wüssten, was „Gerilla" ist, und antworteten dann gleich selbst: „Die sind in den Bergen und kämpfen für unsere Rechte …" Und dann: „Wir haben hier auch eine Aktion gemacht. Unsere Muttersprache ist verboten, da sind wir auf die Straße gegangen. Es war viel Polizei da." Und schließlich fragt die eine: „Bist Du auch Kurdin?" Ich erkläre, dass ich Deutsche bin. Nach einigem Überlegen schlägt sie fröhlich vor: „Werde doch auch Kurdin!" Auf die Frage, wie man denn Kurdin wird, denkt sie wieder nach und erklärt: „Das muss von innen kommen …"



8.-März-Demonstration in Amed Foto: A. A.

Seminare zu Kindererziehung: Die Gewaltstruktur, die Anwendung von Gewalt in der Gesellschaft, ist sehr verbreitet und drückt sich auch in der Familie aus, bzw. wird in der Erziehung weitergegeben. Um die Gewaltmechanismen abzubauen werden Seminare und Beratung in Kindererziehung abgehalten.

Seminare zur Frauen-Männer-Rollen: Seminare über Themen wie „Frauenfreiheit, was ist das?“ werden abgehalten. Weitere Themen sind Feudalismus, gesellschaftliche Stellung der Frau, finanzielle Abhängigkeit, etc. Inhalte und Form der Seminare und Kurse werden entsprechend dem Hintergrund, der sozialen Stellung und den Fragen der beteiligten Frauen gestaltet.

Gruppenarbeit: Ziele der Gruppenarbeit sind Training zur Förderung der Selbstbestimmung der Frauen, Förderung von Selbstbewusstsein, Erkennen der eigenen Möglichkeiten, Initiative zu ergreifen, Förderung von eigenverantwortlichem Handeln, Förderung von Bewusstsein über selbst Erschaffenes (Frauen bekommen oft keine Bestätigung für ihr Schaffen). Die Gruppenarbeit wird unter dem Motto durchgeführt: Lasst uns zusammen was machen, uns weiterbilden und entwickeln. Von Mitarbeiterinnen wird zwar etwas vorbereitet, aber die teilnehmenden Frauen werden aufgefordert, selbst auch mitzuarbeiten. Es wird versucht, gemeinsam Entscheidungen zu treffen, hierarchische Vorstellungen aufzubrechen und gegenseitiges Lernen zu fördern. In der Probephase sind derzeit auch künstlerische Mittel.

DIKASUM: Das „Untersuchungs- und Anwendungs-Zentrum für Frauenfragen“ (DIKASUM: *Kadın Sorunları Araştırma ve Uygulama Merkezi*) zur Feststellung und Lösung von frauenspezifischen Problemen wurde 2001 in der Struktur der Stadtverwaltung eröffnet. DIKASUM hat die Zielsetzung, die Probleme von Frauen festzustellen, die Wirkung von Migration und kultureller Veränderung auf Frauen zu untersuchen, Unterricht zum Thema Gesundheit zu geben und bei den Frauen das zur Verteidigung ihrer Rechte notwendige Bewusstsein zu schaffen.

DIKASUM setzt sich gegen Traditionen wie Blutrache, Verlobung im Kindesalter, Polygamie etc. ein, die einhergehend mit Migration und Gewalt zur Verschlechterung der Lebensbedingungen von Frauen beitragen. DIKASUM hat das Ziel, die Frauensolidarität zu stärken, den weiblichen Blickwinkel zu entwickeln und zu erweitern und ein Stützpunkt für Frauenfragen zu werden.

Die bei DIKASUM stattfindenden Arbeiten können unter zwei Überschriften zusammengefasst werden. Erstens: wissenschaftliche Forschung und Untersuchung zur Definition der Probleme, Bedürfnisse, Wünsche und Vorschläge von Frauen. Zweitens: Beratung, Rehabilitation und Ausbildung in Hinblick auf eine Lösung der so definierten Probleme.

Im Vorwege ihrer Arbeit haben die Mitarbeiterinnen von DIKASUM drei Wasch- und Backhäuser eröffnet, um mit den Frauen in Kontakt zu kommen und sie aus dem häuslichen Umfeld zu holen. Die bis heute noch existierenden Häuser funktionieren nach einem simplen und brillanten Konzept: Während die Frauen ihre Wäsche oder Brotteig von den Mitarbeiterinnen in den Häusern bearbeiten lassen, können sie selbst an vielfältigen Schulungen und Beratungen teilnehmen, während ihre Kinder in einem Spielzimmer pädagogisch betreut werden.

Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt von DIKASUM ist die Vertretung des Themas Gewalt an Frauen in der Öffentlichkeit und der Politik. So setzten sie sich immer wieder für ein Frauenschutzhaus, das in die Struktur der Stadtverwaltung eingebunden ist, ein. Dieses Anliegen konnte vor kurzem in die Realität umgesetzt werden.

Seit Jahren schon wird die Notwendigkeit von Schutzhäusern für Frauen, die von Gewalt betroffen sind, von der Frauenbewegung in der Türkei thematisiert. Es gibt keine zuverlässigen Daten zu Frauen, die von Gewalt betroffen sind. Allgemein wird angenommen, dass jede dritte Frau Gewaltanwendung erfährt. Das ist eine hohe Zahl.

Die Kommunalverwaltungen nennen ihre Schutzhäuser meistens „Gästehaus“. Die Frauenbewegung spricht dagegen von „Schutzhäusern“, weil sich der Bedarf danach aus der Flucht von Frauen vor Gewalt ergibt. Der Begriff „Gästehaus“ zeugt von dem Unwillen zu einer Konfrontation mit männlicher Gewalt und weckt nicht die Assoziation mit einer Problemlösung. In dem neuen Frauenschutzhaus haben sich viele dieser schlechten Bedingungen dank des gemeinsamen Kampfes der Mitarbeiterinnen der Frauenorganisationen, und

hier besonders DIKASUM, zum Positiven geändert.

Neu ist auch das Frauenunterstützungszentrum, welches vielfältige Kurse zur Weiterbildung in den Bereichen Friseurin, Köchin und Raumpflegerin anbietet, sowie ein Ausbildungslokal, welches sich noch in der Planung befindet. Alle Angebote sind für die Frauen kostenfrei.

Bezirksverwaltung Bağlar: Für die Bezirksbürgermeisterin von Bağlar, Yurdusev Özsökmenler, ist es besonders wichtig, dass möglichst viele Frauen in der Bezirksverwaltung arbeiten und in die Bezirksversammlung gewählt werden, da diese am besten die Belange von Frauen erfassen und umsetzen können. Wie gut ihnen das gelingt, zeigen nicht zuletzt die vielen neuen Projekte, die in den letzten fünf Jahren, der Amtszeit von Yurdusev Özsökmenler, umgesetzt werden konnten. In Amed wurde aufgrund der ausdrücklich frauenzentrierten Bezirksverwaltung Bağlar inzwischen der Begriff der „Frauenverwaltung“ geprägt und die Bürgermeisterin selbst wird in Gesprächen mit der männlichen Bevölkerung ihres Bezirks gefragt, ob sie nicht auch ein Projekt für Männer plane. Ihre Antwort darauf lautet: „In den vergangenen 5 000 Jahren war alles auf Männer ausgerichtet. Wir haben viel aufzuholen.“

Zu den in Bağlar von der Bezirksverwaltung gestarteten Projekten gehören neben der hier schon vorgestellten Einrichtung Kardelen

– ein Gesundheitszentrum mit dem in der kurdischen Region einmaligen Angebot kostenfreier Impfungen und 25 000 PatientInnen im Jahr;
– ein Bildungshaus für Binnenflüchtlingskinder, in dem neben der Hilfe zur Bewältigung des (Schul)Alltags auch Stipendien und kreative Angebote wie Film, Töpferei und Malen genutzt werden können, mit 2 500 BesucherInnen im vergangenen Jahr;
– eine Sporthalle für Frauen mit verschiedenen Angeboten;
– ein Solidaritätsladen, der alle möglichen Bedarfe wie Schulmaterialien, Bekleidung etc. kostenfrei an Bedürftige ausgibt;
– und Stadtteilzentren mit Kurs- und Schulungsangeboten.

Ein ganz neues Projekt zum Thema Gewalt an Frauen richtet sich an Frauen und Männer, die gerade eine Ehe geschlossen haben. So ist eine Broschüre zum Thema „Gewalt in der Ehe“ in Vorbereitung, die zukünftig mit der Heiratsurkunde zusammen ausgehändigt wird. Weiter soll ein Film produziert werden, der das gleiche Thema aufgreift und außer im Fernsehen und im Kino bei Hochzeiten gezeigt werden soll. Außerdem ist eine Stelle zur Archivierung und Dokumentierung aller Projekte in Vorbereitung. Bereits zwei Mal hat die Bezirksverwaltung erfolgreich Frauenkonferenzen mit internationaler Beteiligung aus Europa und Südkurdistan (Irak) durchgeführt.

Bağlar ist der größte Bezirk der Provinz Diyarbakır. In dem aus zwölf Stadtteilen bestehenden Bezirk leben offiziell 329 000 Menschen, davon 40 % unter 14 Jahren und 54 % Frauen. Realistischerweise muss aber von einer Bevölkerungsanzahl von 350 000 ausgegangen werden. Besonders sind der hohe Anteil von Binnenflüchtlingen und der damit verbundene Bildungsgrad. So können nur 40 % der BewohnerInnen lesen und schreiben und das monatliche Einkommen von 80 % der Familien liegt zwischen 0 und 250 US-Dollar. Durch diese Bedingungen liegt eine der Hauptaufgaben der Bezirksverwaltung in der Bewältigung der Folgen der Binnenmigration und der aufsuchenden Arbeit, um den Frauen eine Stimme zu geben und ihre Bedürfnisse zu erfassen.

Die Hintergründe der Binnenmigration sind bekannt; Krieg, Zwangsassimilation, Vertreibung auf Grund ethnischer Herkunft, Dorfzerstörungen, Repression etc. Die Auswirkungen sind vielfach durch Krieg und Gewalterfahrungen ausgelöste Traumata und andere psychische Probleme. Viele der aus den Dörfern geflüchteten Menschen und insbesondere die Frauen können sich im Stadtleben nicht integrieren, leiden unter Entwurzelung und Arbeitslosigkeit und haben keinen Anteil an Entscheidungsfindungen, die ihr eigenes Leben betreffen. Von den Dorfzerstörungen und der Vertreibung sind nach Schätzungen ca. drei Millionen Menschen betroffen; die Flucht ist oftmals so unvorbereitet angetreten worden, dass viele Frauen „in Hausschuhen in Bağlar angekommen“ sind.

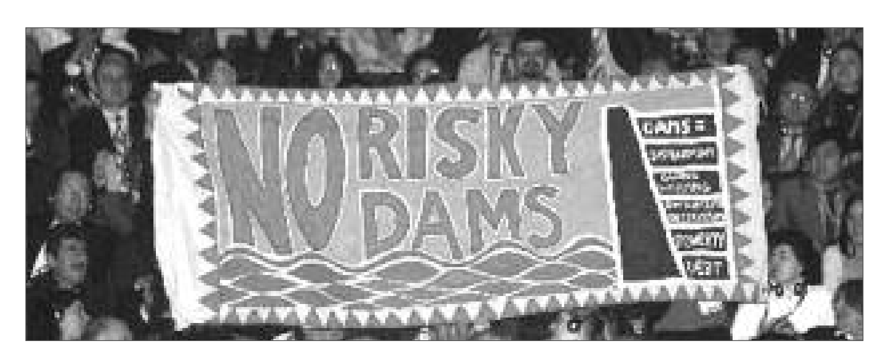
Frauenzeitschrift Hêviya Jinê: Hêviya Jinê, was „Hoffnung der Frau“ bedeutet, ist die einzige Frauenzeitschrift mit politischen und sozialen Inhalten in der Türkei und Kurdistan. Wie alle kurdischen Medien, die in der Türkei erscheinen, hat auch die Frauenzeitschrift ständig unter repressiven Maßnahmen wie Ermittlungs-, Straf- und Verbotsverfahren, Beschlagnahmungen und Razzien zu kämpfen. Die Zeitschrift erscheint seit etwa zwei Jahren zweimonatlich in türkischer und kurdischer Sprache und betrachtet sich als Nachfolgeorgan der früher herausgegebenen Zeitschrift „Özgür Kadının Sesi“ (Stimme der freien Frau), die aus den genannten Gründen und Finanzierungsschwierigkeiten eingestellt werden musste. Der Verkauf läuft über Abos sowie über die Verteilung durch die in der Struktur der Demokratischen Freien Frauenbewegung bestehenden Stadtfrauenräte. Es gibt sieben feste Mitarbeiterinnen, die selbst Texte schreiben, für den gesamten Inhalt verantwortlich sind und das Layout besorgen. Die Mitarbeiterinnen beziehen kein Gehalt, sondern werden lediglich entsprechend der finanziellen Lage der Zeitschrift mit Grundbedarf versorgt.

Die verschiedenen Fraueneinrichtungen in Amed stehen nicht in Konkurrenz zueinander. Auch Epidem betrachtet sich als Teil der DÖKH. Im Laufe der Jahre des Bestehens der verschiedenen Einrichtungen haben sich verschiedene Schwerpunkte und damit Anlaufpunkte für Frauen auf die Einrichtungen verteilt. So ist DIKASUM, eine Einrichtung in der Struktur der Stadtverwaltung von Amed, Ansprechpartnerin für das Frauenschutzhaus, Kardelen für Bildungsangebote und Epidem für psychologische Beratung – auch wenn alle Einrichtungen auch andere Angebote machen. Epidems Schwerpunkt auf der psychologischen Beratung beruht auf dem Vorteil, dass eine Psychologin dort fest angestellt und damit immer anwesend ist. ♦

Aktivitäten rund um das 5. Weltwasserforum in Istanbul

Wasser als Menschenrecht

Ercan Ayboğa*



Transparentaktion auf dem WWF5 Foto: internationalrivers.org

Vom 16. bis zum 22. März 2009 fand in Istanbul das vom *Weltwasserrat* (WWC) in Zusammenarbeit mit der türkischen Regierung und der Stadt Istanbul organisierte 5. *Weltwasserforum* (WWF5) nach langen Vorbereitungen statt. Darauf bereiteten sich sowohl aus dem Inland als auch Ausland viele zivile Organisationen und soziale Bewegungen vor. Denn sie kritisieren seit Jahren das Weltwasserforum als ein Instrument, das die Privatisierung von Wassernetzen und -quellen, den Bau von zerstörerischen Talsperren und anderen Infrastrukturprojekten vorantreibt, somit die Gewässerökosysteme zerstört und die Interessen der Unternehmen vor die der Menschen und Natur stellt. So wird die nachhaltige Bewirtschaftung der Wasserressourcen beim WWF nicht wie behauptet verfolgt.

Zuletzt fand der WWF vor drei Jahren in Mexiko statt, bei dem sich eine starke Bewegung formierte, die Massencharakter annahm. Entsprechend sozial und ökologisch orientiert wurden eine weltweit akzeptierte Abschlusserklärung herausgegeben. Auf Basis davon und weiterer vieler Entwicklungen wurde in Istanbul das *Alternative Wasserforum* und andere Aktivitäten rund ums WWF5 organisiert. In der Türkei formierte sich im Juni 2008 unter der Kampagne *Another Water Management is Possible*[1] eine breite Koalition von diversen Organisationen. Bis dahin spielte das Thema Wasser in allgemeiner Form eine untergeordnete Rolle in den gesellschaftlichen Diskussionen der Türkei. Vielmehr standen und stehen mehrere Talsperrenprojekte im Kreuzfeuer der Kritik. Tausende Betroffene und viele zivile Organisationen stellen sich seit Jahren gegen riskante Talsperren wie Ilisu, Yusufeli, Yortanli und am Munzur-Fluss. Die Privatisierung von Wasser wurde von der Öffentlichkeit nur sehr begrenzt wahrgenommen. Als sich das WWF5 weiter näherte, kamen allerdings viele Organisationen und Bewegungen zusammen. Jedoch erreichte es nicht so eine große Dynamik wie in Mexiko, wenn auch das Erreichte für die Türkei beachtlich ist. Denn die Zivilgesellschaft ist in der Türkei noch schwach entwickelt. Auch deswegen schalteten sich die Gewerkschaften und einige Berufsorganisationen (die Türkei bildet eine Ausnahme im Hinblick auf diese, die eine nicht unterzuordnende Rolle in der Oppositionswelt einnimmt) in diesen Prozess ein. Doch ergaben sich unter den vielen Organisationen und Gruppen gewisse Diskussionen, aus verschiedenen Gründen, die schließlich zu einer Teilung der Bewegung führten. Auf die Hintergünde wird hier verzichtet und auf die schwierige politische Lage in der Türkei verwiesen. Kurz gesagt ab Oktober 2008 gibt es die *„Another Water Management is Possible"* Kampagne und die Plattform *Nein zur Kommerzialisierung von Wasser*. Auch wenn es in der Zeit nicht offen zu Anfeindungen kam, war die Spaltung der Kräfte zweifellos nichts Positives. Die Kampagne *Another Water Management is Possible* arbeitet im Geiste der weltweiten Sozialforen, partizipativ und ist bestrebt, sich verschiedensten Kreisen zu öffnen. Deshalb nahmen die kurdischen Organisationen wie unsere Initiative hier ihren Platz ein.

Mit einer Pressekonferenz am 5. März wurden die Medien durch die Kampagne über die geplanten Aktivitäten zum WWF5 informiert. Erste größere kritische Berichterstattungen zum WWF5 waren das Ergebnis. Die erste Aktivität zum WWF5 war das Istanbuler Wassertribunal, was vom lateinamerikanischen Wassertribunal am 10. und 11. März mit der Heinrich-Böll-Stiftung organisiert wurde – übrigens zum ersten Mal außerhalb Lateinamerikas. Es wurde noch einmal klar, dass die drei (von insgesamt fünf) aus der Türkei behandelten Fälle neben ihren sozialen und ökologischen Folgen auch politische Dimensionen und Auswirkungen haben. Das Wassertribunal erweckte das Interesse der inländischen und ausländischen Medien und Öffentlichkeit.

Dann begann am 16. März das WWF5. Gleich zu Beginn gab es sowohl innerhalb als auch außerhalb des WWF5 Proteste gegen die Politik des WWF und des Weltwasserrats WWC. Diese Proteste wurden jedoch von der Polizei sofort unterdrückt. Bei der Eröffnungsveranstaltung wurden zwei internationale Staudammaktivistinnen festgenommen, weil sie ein Transparent mit der Aufschrift „No risky Dams" ausbreiteten, und dann des

1. In dieser Kampagne sind u. a. folgende Gesellschaftsgruppen vertreten: Umweltorganisationen, Anti-Staudamm-Bewegungen, kurdische Organisationen, globalisierungskritische Gruppen, Dutzende Kommunen.

Landes verwiesen. Draußen wurden Hunderte protestierende Menschen von der Polizei angegriffen und 20 Personen festgenommen. Diese repressive Vorgehensweise der türkischen Polizei wäre ohne das Einverständnis des WWC nicht möglich gewesen. Somit delegitimierte sich WWC und WWF5 am Tag der Eröffnung. Ziel war nicht, wie immer wieder behauptet, Lösungen für die Wasserprobleme der Welt zu finden und dies partizipativ durchzuführen, sondern einen Marktplatz zu schaffen, auf dem Geschäfte von Unternehmen untereinander und mit Regierungen abgewickelt werden sollen. Bis auf einige wenige fragwürdige NGOs war die Zivilgesellschaft nicht vertreten. Selbst die bürgerlichen Kreisen nahestehende türkische Umweltorganisation TEMA zog sich im Januar von den Vorbereitungen zum WWF5 zurück. An der Spitze der Pseudo-NGOs blieb *Worldwide Fund* zurück. Sie pflegt seit Jahren enge Beziehungen zu Wasser- und Hydrounternehmen. Aber selbst sie übte im Anschluss Kritik.

Am 10. März wurde bekannt, dass UNESCO-IHP (International Hydrological Programme) die geplante Veranstaltung „Water and Cultural Diversity“ zurückzog, weil die türkischen Organisatoren des WWF5 nicht wollten, dass über die Auswirkungen von Talsperren auf das kulturelle Erbe gesprochen wurde. Als die Presse davon erfuhr, war der erste große Skandal bekannt.

Weiterhin weigerte sich der WWC, dass eine Erklärung von Miguel d'Escoto, Präsident der UN-Vollversammlung, im WWF5 verteilt werden konnte. Hierin wurde ein globales Wasserforum gefordert, das von den UN getragen und offener ausgelegt wird, damit eine Legitimierung einer solchen Organisation erreicht wird. Eine wesentliche Kritik der internationalen Wasserbewegungen ist, dass das WWF auf keinen Fall eine Legitimation hat, denn es vertritt hauptsächlich die Interessen der Unternehmen, die den WWC dominieren. Diese Erklärung von Miguel d'Escoto wurde jedoch von vielen Regierungen ernst genommen.

Also bevor das WWF5 begann, trat der wahre Charakter dieses „Schauspiels“ in den Vordergrund und die Organisatoren (WWC und türkische Regierung) konnten nicht die Öffentlichkeit so unbegrenzt täuschen, wie sie es sich erhofft hatten. Da half auch nicht der Slogan „Bridging Divides“ in Anspielung auf den Bosporus. Dabei war und ist das Ziel der neoliberalen türkischen Regierung, den Wassermarkt der Türkei den Unternehmen komplett zu öffnen und mehr Investoren ins Land zu holen. Konkret heißt dies, dass produktive Teile der öffentlichen Wasserversorgung privatisiert und vor allem Talsperren/Wasserkraftwerke – bis zu 2 000 an der Zahl – gebaut werden sollen. Ein anderer Grund, weshalb das WWF5 in der Türkei stattfand, ist die strategische Bedeutung des „Wassermarktes“ Türkei im Hinblick auf den Mittleren Osten – ein wichtiger Teil der Wasserressourcen des Mittleren Ostens kommt aus dem türkischen Staatsgebiet.

Am 19. März wurde in Istanbul der Internationale Tag (auch Peoples Water Forum genannt) der internationalen WasseraktivistInnen durchgeführt, an der unsere Kampagne auch aktiv teilnahm. Hier kamen verschiedenste Bewegungen aus aller Welt zusammen und der Tag verlief spannend. Doch fehlten Talsperren-AktivistInnen, was u. a. daran lag, dass zwei Mitglieder von *International Rivers* zuvor des Landes verwiesen worden waren. Diese hatten den Kontakt zu den Organisatoren. Wenn auch relativ wenige Menschen aus der Türkei teilnahmen, konnte unsere Kampagne sich mit Reden einbringen und an der Abschlusserklärung mitarbeiten. Die Abschlusserklärung ist auch auf die katastrophale und gefährliche Wasserpolitik der Türkei eingegangen; auch darauf, wie die Türkei Wasser als politische Waffe einsetzt.

Einen Tag später begann dann unser *Alternatives Wasserforum* an der Bilgi-Universität. In zweieinhalb Tagen fanden etwa 30 Veranstaltungen statt, jede interessierte Gruppe konnte sich einbringen. Etwa 1 000 Menschen besuchten diese Aktivitäten, darunter sehr viele Menschen aus aller Welt. Ein Manko war jedoch, dass Menschen von vor Ort nicht so zahlreich wie erhofft erschienen. Auch wenn dies mit den parallel laufenden Newrozfeiern, den anstehenden Wahlen und der nicht sehr zentralen Lokalität des Veranstaltungorts begründet werden könnte, sollten wir uns mit mehreren Hundert TeilnehmerInnen aus dem Inland nicht zufriedengeben.

Bei den Veranstaltungen kamen Menschen mit ganz verschiedenen Hintergründen und Motiven zusammen. Das Thema Wasser wurde hinsichtlich folgender verschiedener Aspekte diskutiert: ökologisches bzw. demokratisches Management, ökologische Zerstörung, Klimawandel, Anerkennung als Menschenrecht, Allgemeingut, Frauen, Nationalismus, Hegemonie, Gesundheit, Wasserkraft, Anti-Talsperrenbewegungen, Landwirtschaft, Nahrungs- und Wirtschaftskrise, kulturelles Erbe.

Wichtig war für uns, dass wir die internationale Abschlusserklärung auf unserer Abschlussveranstaltung angenommen haben. Damit wollten wir zu verstehen geben, dass wir uns als Teil einer internationalen Bewegung verstehen.

Das *Alternative Wasserforum* kann angesichts der begrenzten personellen und finanziellen Kapazitäten als ein Erfolg bezeichnet werden. Unsere Kampagne betrachtet es als einen ersten Schritt, um sich mit dem Gesamtthema Wasser kritisch auseinanderzusetzen. Es ist dringend notwendig, dass in der Gesellschaft insgesamt die Wasser- und Talsperrenpolitik des Staates kritisiert wird. Neben den sozialen Protesten in den verschiedenen Regionen ist eine Diskussion in der Öffentlichkeit erforderlich – auch über Alternativen. Das *Alternative Wasserforum* hat einiges an Material geliefert und war eine gute Erfahrung. Auch konnten sehr viele internationale Kontakte geknüpft werden.

Bei den Vorbereitungen zum WWF5 pflegten zum ersten Mal die Wasserbewegungen und die talsperrenkritischen Bewegungen tiefergehenden Kontakt. Beide Seiten waren bestrebt, in Verbindung zu treten, nach Schnittpunkten und gemeinsamen Positionen zu suchen, sich gegenseitig besser zu verstehen und eventuell einiges in Istanbul gemeinsam zu organisieren. Wenn auch in Istanbul nicht viel Gemeinsames auf die Beine gestellt werden konnte, war dies trotzdem ein wichtiger Schritt für die Zukunft.

Auf dem offiziellen Weltwasserforum bemühten sich linke und progressive Regierungen, die Abschlusserklärung der Regierungen im positiven Sinne zu beeinflussen. Dabei wurden sie von den Wasserbewegungen unterstützt. Seit Monaten liefen Verhandlungen; insbesondere neun Regierungen (allen voran Bolivien, Venezuela, Ecuador und Spanien) setzten sich für Wasser als Allgemeingut ein. Es wurde gefordert, dass der Zugang zu Wasser in ausreichender Menge und in guter Qualität ein Menschenrecht darstelle und nicht nur einen Bedarf, woraus sich eine Privatisierung ableiten lassen könne. Diesen Bemühungen stellten sich vor allem der WWC und Staaten wie USA, Brasilien und Ägypten entgegen. So konnte die vorbereitete offizielle Abschlusserklärung des WWF5 nicht mehr verändert werden. Trotzdem waren die Bemühungen erfolgreich, denn 25 Staaten forderten in einer zusätzlichen Erklärung, dass Wasser ein Menschenrecht ist. 16 Regierungen unterzeichneten diese und eine weitere Erklärung, wonach die UN unter partizipativen Bedingungen das Weltwasserforum organisieren muss. Weiterhin stellte – wenn auch nicht offiziell – die überwiegende Mehrheit der Afrikanischen Union mit 53 Staaten sich hinter die Erklärung des Wassers als Menschenrecht.

Gegenüber Mexiko ist die kritische Haltung so vieler Regierungen ein spürbarer Fortschritt. Er wird immer klarer, dass der WWC und einige Staaten nicht mehr so widerstandslos ihre Wasserpolitik weiterführen können. Die Proteste und Bewegungen in Lateinamerika, Asien und Europa gegen die Wasserprivatisierung und die vielen weltweiten talsperrenkritischen Bewegungen haben dabei eine wesentliche Rolle gespielt, dass immer mehr Regierungen das Thema Wasser kritischer bzw. sozialer betrachten müssen.

Wenn Menschen auf das WWF5 in Istanbul zurückblicken, werden sie zum einen sagen, dass friedliche Proteste von der Polizei unterdrückt wurden. Dabei wird vor allem die Parole „No risky Dams“ in Erinnerung bleiben. Zum anderen werden sie sich daran erinnern, dass zusätzlich 25 Regierungen den Zugang zu Wasser als Menschenrecht gefordert haben und die Privatisierung von Wasser weltweit mehr in Kritik kommt. Auch wird damit die Frage kritischer gestellt werden, wie wir in der Zukunft mit unserem Wasser umgehen sollen.

Für die Kampagne und somit auch unsere Initiative ist festzuhalten, dass unsere eigentliche Arbeit erst jetzt beginnt. Da gibt es dringende und langfristige Themen: Eine aktive Solidarität mit den Organisationen gegen die kritischen Talsperren in der Türkei ist angefragt. Die vor knapp zwei Jahren von der türkischen Regierung angesprochene Privatisierung von Flüssen ist zu behandeln. Fälle von Privatisierungen von Wassernetzen und städtischen Wasserbetrieben ist aufzuarbeiten. Die Verschmutzung und Zerstörung von Gewässerökosystemen (Flüsse, Seen und Grundwasser) ist zu behandeln und entsprechende Kampagnen sind zu starten. Die Verschwendung von Wasser in der Landwirtschaft muss thematisiert und kritisiert werden. Wasser muss als Brücke zu Verständigung und Frieden verstanden werden. Es steht in der nächsten Zeit noch viel Arbeit an. ♦

Mehr Infos zum Alternativen Wasserforum unter:
www.alternatifsuforumu.org
und zum Wassertribunal unter:
http://www.boell-tr.org/sayfa.aspx?id=30

*Ercan Ayboğa** ist Mitglied der *Initiative zur Rettung von Hasankeyf* (www.hasankeyfgirisimi.com) und *Another Water Management is Possible Campaign* (www.alternatifsuforumu.org

Neuer Bericht: Hasankeyf und Tigris weltweit einzigartig, UNESCO-Antrag an türkischen Kulturminister überreicht

Hasankeyf und das benachbarte Tigristal sind eine der wertvollsten Kultur- und Naturlandschaften der Welt. Das ergab jetzt eine Überprüfung von Wissenschaftlern anhand der UNESCO-Welterbekriterien. Danach erfüllt das Gebiet, das vom Ilisu-Staudamm bedroht ist, neun von zehn möglichen Kriterien der Vereinten Nationen. Zum Vergleich: Venedig mit seinen Lagunen erfüllt sechs, die Pyramiden in Ägypten vier, die Salzburger Innenstadt drei, das Dresdner Elbetal vier Kriterien und die Altstadt von Bern ein Kriterium. Der türkische Popstar Tarkan überreichte gestern in Ankara dem türkischen Kulturminister Ertrugul Günay einen entsprechenden Antrag.

„Diese Bewertung zeigt einmal mehr, wie einzigartig Hasankeyf und das Tigristal sind und wie verheerend die Folgen des Ilisu-Projektes wären. Es geht um den Erhalt eines der bedeutendsten Gebiete der Erde. Nur wenn Deutschland, Österreich und die Schweiz sich aus dem Projekt zurückziehen, kann dieses Welterbe gerettet werden“, so Ulrich Eichelmann von ECA Watch Österreich.

Am 6. Juli läuft das Ultimatum der Europäer an die Türkei aus. Dann müssen sich Deutschland, Österreich und die Schweiz endgültig entscheiden, ob sie aus dem Projekt aussteigen oder ob sie es mit Staatsgarantien unterstützen.

Das Ziel der internationalen „Stop-Ilisu-Kampagne“ ist der Schutz des Gebietes als UNESCO-Weltkultur- und -naturerbe. Deshalb überreichten gestern Nachmittag der türkische Popstar Tarkan zusammen mit Vertretern der Naturschutzorganisation Doğa Derneği einen entsprechenden Antrag an den zuständigen türkischen Kulturminister Ertugrul Günay. Der Antrag wurde von Wissenschaftlern unter der Leitung von Frau Professor Zeynep Ahunbay, Universität Istanbul, ausgearbeitet.

Minister Günay sagte seine Unterstützung zu, das Gebiet zu erhalten. Rechtlich kann nur die türkische Regierung die Unterschutzstellung bei der UNESCO beantragen. „Die positive Reaktion des Kulturministers lässt hoffen, dass bei einem Ausstieg der Europäer aus ‘Ilisu’ ein Umdenken der türkischen Regierung einsetzt. Ein Welterbestatus statt dem Staudammprojekt würde der Region endlich neue Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung eröffnen“, so Heike Drillisch von dem deutschen Netzwerk GegenStrömung.

ECA Watch Österreich - GegenStrömung -
Erklärung von Bern Wien/Berlin/Zürich 17.4.09

Deutschland, Österreich und die Schweiz! – Steigt endlich aus dem Projekt aus!

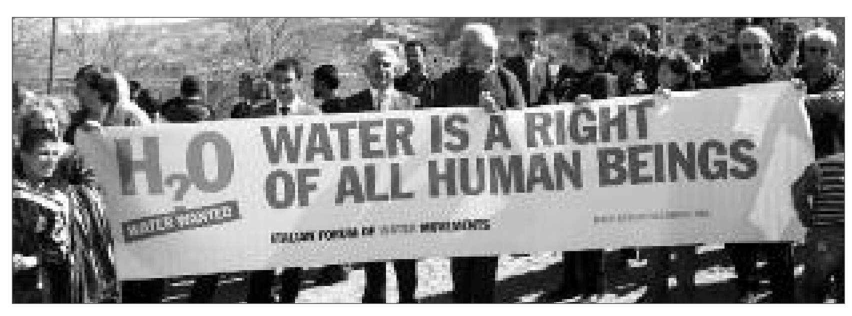
Endgültiges Scheitern des Ilisu-Staudammprojektes?

Ercan Ayboğa, Initiative zur Rettung von Hasankeyf

Die Regierungen von Deutschland, Österreich und der Schweiz werden höchstwahrscheinlich um den 6. Juli 2009 mitteilen, ob sie sich aus dem Ilisu-Staudamm- und Wasserkraftwerkprojekt endgültig zurückziehen oder nicht. Am 23. Dezember 2008 stellten sie bekanntermaßen der Türkei eine zweite Frist von 180 Tagen, um die 2007 vereinbarten Auflagen in Zusammenhang mit dem Ilisu-Projekt noch erfüllen zu können.

Die Entscheidung der drei Regierungen wird jedoch schon im Juni fallen. Wir sind also in die allerletzte Phase des Ilisu-Projektes eingetreten. Seit 2005 laufen nunmehr die Diskussionen und Kampagnen um dieses meist diskutierte Staudammprojekt der Welt.

Das wichtigste Ereignis der letzten zwei Monate hinsichtlich des Ilisu-Projekts war das *5. Weltwasserforum* in Istanbul (vom *Weltwasserrat* – dominiert von Wasser- und Hydro-Unternehmen – und der türkischen Regierung organisiert) und das parallel stattgefundene *Alternative Wasserforum*. Das letztere wurde von der Kampagne *Another Water Management is Possible*, von unserer Initiative und einer Reihe anderer NGOs und sozialen Bewegungen organisiert. Auf beiden Foren war Ilisu ein immer wieder auftauchendes Thema. Wenn jemand an Wasser und Türkei denkt, dem kommt Ilisu automatisch in den Sinn. In diesen ereignisreichen Tagen wurde am 21. März der erstmalig vergebene „Free Rivers“-Preis an unsere Initiative für den bisher gezeigten Erfolg vergeben. Organisiert wurde er von International Rivers, Oxfam International und Friends of Earth. Dieser Preis bestärkt uns in unserer Kampagne.



Aktionstag in Hasankeyf — Foto: Ercan Ayboğa

Vor dem *Weltwasserforum* fand das Istanbuler Wassertribunal (vom Lateinamerikanischen Wassertribunal erstmals außerhalb Lateinamerikas organisiert) statt, auf dem Ilisu einer der behandelten Fälle war.

Am 17. März 2009 führten wir die dritte Baumpflanzaktion in Hasankeyf durch. Wie in den vergangenen zwei Jahren wurden mehrere Dutzend Bäume für die Hoffnung und Solidarität gepflanzt. Daran nahmen neben vielen Menschen aus Hasankeyf auch 35 Personen von der italienischen Wasserkarawane, die zurzeit in der Gegend anlässlich des *Alternativen Wasserforums* unterwegs war, sowie viele Organisationen aus Batman teil.

Am 10. April informierten wir die Öffentlichkeit in der Türkei, dass innerhalb von drei Monaten die Entscheidung über die Exportkreditgarantien fallen wird. Denn in der Türkei ist die Meinung entstanden, dass die Projektfinanzierung aus Europa ganz gestoppt sei.

In den kommenden zwei Monaten sind eine Reihe von Aktivitäten geplant, um den europäischen und türkischen Regierungen zu zeigen, dass der Protest weiterhin besteht und dass wir uns von der Entscheidung vom 23. Dezember 2008 – es wurde der Eindruck vermittelt, dass das Ilisu-Projekt gestorben sei und die letzte Frist nur noch eine Formalität wäre – nicht täuschen lassen. Denn die Türkei setzt momentan alles daran, scheinbar die Bedingungen zu erfüllen. 150 Personen wurden ausgesandt, um neue Umfragen durchzuführen, und es werden neue geschönte Pläne ausgearbeitet.

Noch im April wird es von unserer Seite eine türkei- und europaweit vorbereitete Kampagne geben, Hasankeyf in die Liste des Weltkultur- und -Naturerbes aufzunehmen. Ende Mai wird es große Demonstrationen in Diyarbakır und der betroffenen Region geben. Auch im Westen sind mit anderen Organisationen Aktionen geplant. Bootstouren, Konzerte, Informationsveranstaltungen, Ausstellungen etc. wird es in diesem Frühling in intensiver Form geben.

Wir sind zuversichtlich, dass durch ein erfolgreiches Organisieren dieser Aktivitäten das Ilisu-Projekt ein für alle Mal gekippt werden kann. Alle Menschen – in Europa oder in der Türkei – sind dazu aufgerufen, alles dafür zu geben! ♦

Progressive Menschen sollten Stellung beziehen

International legitimierter Genozid in Sri Lanka

Viraj Mendis

Während ich dies schreibe, sind in Sri Lanka ungefähr 200 000 tamilische Zivilisten in einem Gebiet von etwa dreißig Quadratkilometern von der srilankischen Armee eingeschlossen. Obwohl dieses Gebiet von der srilankischen Regierung zu einer „Sicherheitszone“ oder „kampffreien Zone“ erklärt wurde, wird es regelmäßig von der Armee beschossen; es gibt täglich mehr als hundert derartige Zwischenfälle. Verschiedene internationale Quellen gaben an, dass in den letzten zwei Monaten durch Granatbeschuss und Bombardements über 3 000 tamilische Zivilisten getötet und etwa 7 000 verletzt worden sind. Da das Gebiet für Journalisten und internationale NGOs gesperrt ist, ist anzunehmen, dass die tatsächlichen Zahlen bei weitem höher liegen. Befremdlich ist, dass es keine internationalen Forderungen nach einem Waffenstillstand gibt, auch nicht von denjenigen Stellen, die einen Stopp der israelischen Angriffe im Gaza-Streifen gefordert hatten. Auch diejenigen Stimmen, die sich erhoben, als die srilankische Regierung 2006 den Waffenstillstand beendete [*vgl. KR Nr. 135, Jan./Feb. 2008, S. 45 ff.*] und den Krieg begann, um die de facto unter tamilischer Kontrolle befindlichen Gebiete zu besetzen, schweigen jetzt. Selbst jene, die gegen die srilankische Politik einer kriegerischen „Endlösung“ der tief begründeten tamilischen Frage mit militärischen Mitteln heftig protestierten, sind nicht mehr zu hören. Warum bestand die internationale Gemeinschaft während des Friedensprozesses einstimmig auf der Meinung, dass es keine militärische Lösung des ethnischen Konflikts in Sri Lanka geben könne – und jetzt lässt sie das Gegenteil geschehen? Jetzt beschuldigen die, die über die schreckliche Situation der Tamilen sprechen, die tamilische Befreiungsbewegung *Liberation Tigers of Tamil Eelam* (LTTE), die tamilischen Zivilisten als einen „menschlichen Schutzschild“ zu benutzen und Hunderttausende Menschen zu zwingen, in diesem winzigen Gebiet zu bleiben.

Es ist völlig klar, wer die Aggressoren in diesem Konflikt sind. Man braucht nur einen Blick auf diese zwei Zahlen zu werfen: Das LTTE-kontrollierte Gebiet umfasst jetzt nur 30 km². Während der Periode des von Norwegen vermittelten Waffenstillstands von 2002 bis 2006 kontrollierten die LTTE mehr als 15 000 km² im Norden und Osten der Insel!

Das international gegengezeichnete Waffenstillstandsabkommen und der Friedensprozess basierten darauf, diese Realität anzuerkennen. Zweifellos taten das auch die Tamilen, die in diesem Gebiet lebten. Ein Minister der srilankischen Koalitionsregierung in führender Position, Champika Ranawake, gibt uns einen Eindruck davon, wie die srilankische Führung die Tamilen betrachtet, die sich dafür entschieden haben, in dem von den LTTE kontrollierten Gebiet zu bleiben: Entsprechend einer Aussage seiner politischen Partei JHU (*Partei des nationalen Erbes*) wäre es „…ein Irrtum, die Menschen in dem von den LTTE kontrollierten Gebiet als unschuldige Zivilisten anzusehen, die meisten von ihnen sind vielmehr enge Verwandte der LTTE-Kämpfer“. Der Standpunkt singhalesischer Übermacht, offiziell vertreten von Champika Ranawake, dem Vorsitzenden der JHU (diese Partei trug früher den Namen „Partei des singhalesischen Erbes“), findet inzwischen eine starke Resonanz innerhalb der singhalesischen Gesellschaft und bildet den Hintergrund für die Kriegsstrategie der srilankischen Regierung und ihrer Militärmacht. Ranawake gilt heute als der Architekt der Politik, die der militärischen Option zu Grunde liegt – der Option, dass jedes Mittel recht ist, um die volle singhalesische Kontrolle über die Region Vanni zu erlangen. Viele der hier lebenden Menschen waren während des Angriffs der srilankischen Armee auf die tamilische Halbinsel Jaffna 1995 in den Vanni geflohen. Einige gingen später trotz der Besetzung Jaffnas durch die Armee dorthin zurück, während der Rest entschied, trotz des von der srilankischen Regierung verhängten Embargos gegen die Region, im LTTE-kontrollierten Vanni zu bleiben.

Der Befehlshaber der srilankischen Armee, Sarath Fonseka, äußerte sich im Interview in einem kanadischen Magazin: „Ich bin fest davon überzeugt, dass dieses Land den Singhalesen gehört; aber es gibt Minderheiten, die wir jedoch wie unsere eigenen Leute behandeln. (…) Sie können in diesem Land bei uns leben. Aber sie dürfen nicht versuchen, unter dem Vorwand, eine Minderheit zu sein, unangemessene Dinge einzufordern.“ (*National Post, 23. September 2008*)

Seit der Unabhängigkeit wurden die Tamilen zu keiner Zeit wie „unsere eigenen Leute“ behandelt – jedoch mit dem Blut, dem Schweiß und den Tränen der tamilischen Plantagenarbeiter und -arbeiterinnen wurde die srilankische Wirtschaft aufgebaut, während ihnen andererseits kurz nach der Unabhängigkeit die bürgerlichen Ehrenrechte aber-



Internationale Quellen gaben an, dass in den letzten zwei Monaten durch Granatbeschuss und Bombardements über 3 000 Zivilisten getötet und etwa 7 000 verletzt worden sind Foto: Viraj

Hungerstreik in Düsseldorf vor Landtag

»Stoppt den Völkermord an den Tamilen« und »Schluss mit den Menschenrechtsverletzungen« steht davor auf meterhohen Bannern. Eine Gruppe von 13 tamilischen Aktivisten will mit dieser Mahnwache vor dem Regierungsgebäude der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt gegen die dramatische Kriegssituation in Sri Lanka protestieren. (...) Die Demonstranten vor dem Regierungsgebäude erwarten von der Regierung ihres Heimatlandes einen Waffenstillstand. »Die Bombardierungen müssen aufhören. Wir appellieren an politische Institutionen und fortschrittliche Gruppen, uns zu unterstützen«, erklärt einer der Protestierer. Die Tamilen müssten friedlich in ihrem Land leben können. »Dafür brauchen wir Verhandlungen unter Einbeziehung der LTTE.« Bis dahin will er den Hungerstreik fortsetzen. (aus: jW, 18.4.2009)

kannt wurden, da man fürchtete, sie würden linke Parteien wählen. Mörderische antitamilische Pogrome begannen bereits 1958. Die Zahl dieser Übergriffe wuchs ständig, bis 1983 annähernd 3 000 Tamilen getötet und einige von ihnen lebendig verbrannt wurden. Dreißig Jahre lang hatten die Tamilen einen gewaltlosen „Kampf" für ihre demokratischen Rechte geführt, der mit brutaler militärischer Gewalt und hysterischem rassistischem Terror beantwortet wurde. Bei den Wahlen 1977 stimmten die Tamilen im Norden und Osten mit überwältigender Mehrheit für die gewaltlose, im Parlament vertretene Partei TULF (*Tamil United Liberation Front*), die für ein Mandat auf einen unabhängigen tamilischen Staat focht – nur um dafür aus dem Parlament ausgeschlossen zu werden. Erst als nach dreißig Jahren systematischer Proteste im Stil Mahatma Gandhis absolut nichts erreicht worden war, begann der bewaffnete Kampf in Erscheinung zu treten und ständig an Unterstützung zu gewinnen.

Tatsächlich erhielt bei den letzten Parlamentswahlen 2004 die TNA (*Tamil National Alliance*) einen größeren prozentualen Anteil an Stimmen als 1977 die TULF. Die TNA gewann mit 22 von 23 Sitzen diese hohe Zustimmung auf der Basis, dass die LTTE das alleinige Vertretungsrecht für die Tamilen im Norden und Osten der Insel hätten.

Die „Endlösung" der srilankischen Regierung eskalierte alsbald mit der formellen Aufkündigung des Waffenstillstandsabkommens im Februar 2008 und dem praktischen Hinauswurf der norwegischen Friedensvermittler aus dem Lande. Am 2. September 2008 forderte die Regierung die UN-Vertretungen und NGOs auf, sich aus den von den LTTE verwalteten Gebieten zurückzuziehen, um durch diese Maßnahme internationale humanitäre Unterstützung und wertvolle, unabhängige Zeugen aus den Kriegsgebieten zu entfernen. Die Tamilen, die sich freiwillig entschieden haben, im Vanni zu bleiben, sind die eigentliche Zielscheibe dieses Krieges. Diejenigen, die gezwungen waren, das von den LTTE kontrollierte Vanni zu verlassen, waren laut eines Berichtes von *Human Rights Watch* vom 23. Dezember 2008 mit folgender Situation konfrontiert: „Um das Ganze nur noch schlimmer zu machen, enden die Menschen, denen es gelungen ist, den Kämpfen zu entfliehen, auf unbestimmte Zeit in von der Armee verwalteten Straflagern. (…) Die staatlichen ‚Fürsorge-Zentren' für aus dem Vanni geflüchtete Zivilisten sind nichts anderes als schlecht getarnte Gefängnisse."

Aber dennoch scheinen alle Großmächte und fast alle Organisationen und Einzelpersonen mit Verantwortung in Bezug auf Sri Lanka große Schwierigkeiten zu haben, sich auch nur vorzustellen, dass diese 200 000 Tamilen sich weigern könnten, in einem Straflager „à la Guantánamo" interniert zu werden, unter der Verwaltung ihrer Peiniger.

Progressive Menschen in Deutschland und anderen europäischen Ländern sollten sich mit der Situation vertraut machen – und Stellung beziehen –, bevor ein ausgewachsener Genozid stattfindet.

Mehr Informationen über den Hintergrund und über mögliche Aktionsformen auf: www.humanrights.de

10.4.2009
Der Autor Viraj Mendis ist Singhalese.

Ein Film von Arash T. Riahi

„Ein Augenblick Freiheit“ oder der Ahmedinedschad-Faschismus

Baki Gül, Journalist

„Die türkische Regierung wird iranischen Flüchtlingen, die an einer schweren Krankheit leiden oder die Verwandte ersten Grades im Ausland haben, eine Ausreiseerlaubnis erteilen.“
11.07.2006: Der iranische Flüchtling Sahab Haili stirbt an einem Herzinfarkt in Kastamonu.
08.07.2006: Der iranische Flüchtling Kasim Mam Hüseini stirbt in Folge eines Autounfalls in Kayseri.
02.07.2006: Ca. 160 iranische Flüchtlinge, die in Konya leben, beantragen die Ausreise in ein anderes Land.

„Sitzaktion von iranischen Flüchtlingen in Ankara.“ „Iranische Flüchtlinge festgenommen.“ „Protestaktion einer Gruppe iranischer Flüchtlinge vor der Hohen Kommission für Flüchtlinge der UNO.“ „Iranische Flüchtlinge leben unter schwersten Umständen.“ „Iranische Flüchtlinge vertrauen den Erklärungen von Ahmedinedschad nicht.“

Nur oberflächlich lesen wir solche Zeitungsschlagzeilen in Tageszeitungen und vergessen sie anschließend. Auch in den TV-Nachrichten bekommen solche Themen sehr wenig Aufmerksamkeit. Die Geschehnisse wiederum werden in den Berichten von Menschenrechtseinrichtungen nur in Form von kurzen Aufzählungen erwähnt. Wissen Sie eigentlich was sich hinter diesen Schlagzeilen und den Details der kurzen Aufzählungen in den Menschenrechtsberichten verbirgt? Hinter diesen Details verbirgt sich der Mensch. Es verbergen sich all die Tragödien und das Leid, das Menschen ertragen müssen. Woher wir über dieses Leid wissen? Aus dem neuen Film „Ein Augenblick Freiheit“ des iranischstämmigen österreichischen Regisseurs Arash T. Riahi.

In einer Reihe stehende Menschen und Soldaten, die auf sie zielen – Ein eingefrorener Ausschnitt eines Tages auf der Kinoleinwand, der so schwer wiegt, wie eine Bleikugel. Eine Gruppe von aufgereihten Soldaten, die auf eine aufgereihte Menschenmenge zielen. Das Wetter ist kalt, der Himmel grau und die Unschuld in den Gesichtern der Menschen … Dieser Augenblick wird überschattet von der Befehlskette „Achtung, zielen, Feuer“. Der Tod übernimmt die Oberhand … Auch wenn wir durch diese Szene an einen Augenblick der Brutalität aus der Vergangenheit erinnert werden, den wir durch die Praxis diktatorischer Staaten aus der nahen Vergangenheit sehr gut kennen, so sehen wir, dass es sich nicht um die Vergangenheit, sondern um die Gegenwart handelt – der vielleicht sogar das wiedergibt, was gerade jetzt, in diesem Augenblick, passiert.

Der Film beginnt mit der hoffnungsvollen Reise von Menschen, die in der kältesten Jahreszeit des Ostens ihr Nest verlassen müssen. Ein Bus mit 2 jungen Männern, die das Ziel haben die Familien von 2 kleinen Kindern zu finden, um sie wieder mit der Familie zu vereinen; ein alter Mann, von dem sofort klar wird, dass er ein Oppositioneller gegen die iranische Regierung ist. Ein Vater, zusammen mit seinem Kind und seiner Frau, die versuchen, über illegale Wege nach Europa zu gelangen; dieser Bus erreicht die Türkei. Jeder Augenblick dieser sehr schweren Reise ist verbunden mit der Gefahr des Todes. Mit einem gebrochenen Herz, aufgrund des Verlassens ihrer Heimat, machen sich Kinder, Ältere, Frauen und Männer auf den Weg. Die erste Gänsehaut bekommt der Zuschauer, als eine Person während des Überquerens der iranischen Grenze stirbt und die Kinder drohen zu erfrieren. Doch auch das erfolgreiche Passieren der iranischen Grenze lässt weder die Reisenden noch die Zuschauer entspannen.

Das gemeinsame Leid von allen ist die Hoffnungslosigkeit…

Die Flüchtlinge, die es geschafft haben, erfolgreich den Iran zu verlassen, sind nun in der Türkei. Durch die grausame Behandlung, mit der das iranische Regime keinen Ausweg lässt, sowie gemeinsame Operationen der türkischen Regierung und des iranischen Geheimdienstes erleben die „Hoffnungsreisenden“ ein Drama. Ein gemeinsames Drama, in dessen Verlauf die Reisenden tagelang in eisiger Kälte vor der Vertretung der UNO warten,
bei dem eine Hungersnot die Menschen zu Raub zwingt,
während dem einige Selbstmord begehen, nach dem einige ihr Ziel erfolgreich erreichen,
bei dem einige, die kurz vor ihrem Ziel stehen, sterben und einige, die aufgeben, in den Iran zurückkehren und zur Bestrafung erhängt werden.

Das gemeinsame Leid von fast allen ist, dass sie sich die gesamte Zeit zwischen Hoffnungslosigkeit und Hoffnung bewegen.

In diesem Film wird von Beginn an deutlich, wie schwer es ist, als Flücht-

ling in einem anderen Land leben zu müssen. Die Grausamkeit des iranischen Staates, die Zusammenarbeit der Türkei mit diesem Regime und die nicht funktionierende UNO tragen nicht nur dazu bei, dass Menschen ihr Leben verlieren, sondern sind ein riesiger Faktor, der dazu beiträgt, dass im Leben derer, die es schaffen zu überleben, tiefe Traumata zurückbleiben.

Entweder stirb, oder gehorche dem Regime

„Ein Augenblick Freiheit" von Arash T. Riahi ist ein guter und erfolgreicher Film, der diese Geschehnisse als Geschichte wiedergibt. Die Alternativen, „entweder zu sterben oder dem System zu gehorchen", die Oppositionellen zur Verfügung stehen, wandeln sich in der Türkei zu „Wem es nicht passt, kann ja gehen". Durch das sehr gute Spiel der Darsteller und das realistische Szenario schafft es Arash T. Riahi, den ZuschauerInnen einen Einblick in die Realität zu geben. Die größte Leistung des Regisseurs ist, die Mischung aus Grausamkeit der türkischen Polizei, dem türkischen Rassismus gegen Kurden auf der Straße und der betrügerischen Mentalität der türkischen Behörden zu vermitteln. Ohne sprachliche oder kulturelle Übertreibungen erzählt der Film von Gutem und Bösem, von Hoffnung und Hoffnungslosigkeit, von Widerstand und Resignation, von Ehrlichkeit und Schwindel sowie von Freund und Feind.

Eine Abrechnung

Kurz gesagt, der Film „Ein Augenblick Freiheit" zeigt, wie intensiv und voller Erfahrungen die Erlebnisse und Ereignisse, die im Fernsehen und in Zeitungen nur mit einem Satz wiedergegeben werden, wirklich sind. Den ZuschauerInnen wird durch diesen Film klar, was für riesige Schmerzen hinter diesen Ereignissen stecken. Der Film zeigt nicht nur; er bringt die Menschen auch dazu, sich und ihr Gewissen zu hinterfragen. Denn es interessiert bisher nur wenige, was in dem persischen Land, das bisher nur aufgrund der Androhungen der USA und der Debatte zur Verhinderung der Produktion nuklearer Waffen auf der Tagesordnung steht, wirklich passiert. Obwohl die Repressionen gegenüber Oppositionellen des iranischen Regimes so groß sind und jede/r Einzelne ein völlig unglaubliches Drama erleben muss, interessiert es keinen. Der Druck, die Folter sowie die Inhaftierungen, denen iranische Intellektuelle ausgesetzt sind, die die unterdrückende Politik des iranischen Regimes nicht akzeptieren, ist nicht zu unterschätzen. Bis vor kurzer Zeit bekamen nur diejenigen die Todesstrafe, die sich gegen das Regime stellten. Heute jedoch ist deutlich zu sehen, dass auch diejenigen, die als Volk die Freiheit auf Entfaltung der eigenen Identität fordern, ebenfalls unter einem sehr großen Druck durch das Regime stehen. Die Repressalien gegen die KurdInnen haben gerade in den letzten Monaten enorm zugenommen. Die Verhängung der Todesstrafe und die Inhaftierungen werden regelrecht zum Dauerzustand.

Was die Frauen dort erleben, ist eine richtige Tragödie. Die Zukunft der Kinder wird in diesem Land auf Grundlage der Deutung der Gebete der heiligen Bücher aufgebaut. Kurz gesagt herrscht im Iran ein System mit geringen Rechten, das nicht ins 21. Jahrhundert gehört. Diese Eigenschaft des Irans legitimiert natürlich nicht die intervenierende Politik der USA. Aber dass im Iran die geringste oppositionelle Haltung, egal ob politisch oder gesellschaftlich, mit Misshandlungen, Folter oder der Todesstrafe endet, ist mittlerweile bekannt. Dadurch, dass der Iran eine geschlossene Gesellschaft ist, sind sich weder die im Iran lebenden Menschen noch die Weltöffentlichkeit bewusst, was dort so alles geschieht. Durch iranische Filme oder Filme, die den Iran als Thema haben, ist die Weltöffentlichkeit in letzter Zeit mehr als bisher über die Geschehnisse informiert worden.

Ein Preis für den Film

Der Film von Riahi, der seit 1982 mit seiner Familie in Österreich lebt, steht in der Geschichte der iranischen Filme eher einer „neuen Welle" nahe. „Ein Augenblick Freiheit" bekam neben dem großen Preis der „Viennale" noch zahlreiche weitere Preise auf internationalen Filmfestivals. „Ein Augenblick Freiheit", der von den Zuschauern mit Bewunderung aufgenommen wurde, ist ein Film, der es Wert ist, ihn anzuschauen. Verpasst ihn nicht! ♦



Ein Augenblick Freiheit

Regisseur: Arash T. Riahi
Szenario: Arash T. Riahi
Kamera: Michael Riebl
Musik: Karuan
Darsteller: Navíd Akhavan, Pourya Mahyari, Elika Bozorgi, Sina Saba, Behi Djanati Atai, Kian Khalili, Kamran Rad, Said Oveissi, Fares Fares

Scheidung auf Türkisch – Esmahan Aykol

Buchbesprechung von Susanne Roden

Die türkische Schriftstellerin Esmahan Aykol lebt abwechselnd in Berlin und Istanbul. Sie wollte einen Roman über die kulturellen Unterschiede zwischen Deutschland und Türkei schreiben und hatte ursprünglich die Idee, über das Leben einer Türkin, die in Berlin lebt, zu schreiben, also ihre eigene Geschichte. Sie verwarf diesen Gedanken aber wieder und entwickelte die Idee, eine Deutsche nach Istanbul zu schicken, die gut Türkisch sprechen kann. Da eine ihrer Freundinnen die größte Buchhandlung auf der Istiklal-Straße in Istanbul führt, entstand die Romanfigur Kati Hirschel, alleinstehend, optimistisch, Tochter deutsch-jüdischer Emigranten, geboren 1958 und Besitzerin der einzigen Krimibuchhandlung im Herzen Istanbuls. Aykol wollte über eine Frau schreiben, die älter ist als sie selber, und auch über das Altwerden einer alleinstehenden Frau, die sich selbstbewusst Gedanken über ihr Aussehen macht und sehr wohl Liebesabenteuer hat.

Der erste Roman „Hotel Bosporus" erschien 2001 in der Türkei und wurde zum Bestseller. Für die türkischen Leserinnen wurde die Romanheldin nicht durch ihr Deutsch-Sein, sondern durch ihre selbstbewusste Unabhängigkeit zur gefeierten Identifikationsfigur der modernen Istanbulerin. Berufstätige Frauen sind keine Seltenheit, aber alleinstehende Frauen schon. Die deutsche Übersetzung erschien 2003 und dieser Krimi wurde dann als Szene-Roman Istanbuls gefeiert, eine Liebeserklärung an Istanbul, eine Einladung an den Leser, bald in diese Stadt zu fahren und die Viertel für sich zu entdecken, die Kati Hirschel so liebt.

Nach dem zweiten Krimi „Bakschisch" aus dem Jahr 2004, in dem Kati Hirschel in der Millionenstadt Istanbul erneut als charmante Detektivin dem unbändigen Chaos trotzt, ist inzwischen der dritte Band „Scheidung auf Türkisch" erschienen.

In einem Krimi kann man gesellschaftskritische Themen eher mit Leichtigkeit und Humor verstecken, so die Meinung der Autorin, aber ihr Hauptanliegen sei es eben einfach, spannende Unterhaltung zu schreiben.

Gesunde Ernährung ist angesagt und so findet dann der Einstieg in den neuen Fall von Kati Hirschel über eine Zeitungsnotiz und einen kleinen Salat statt. Diesen hatte die aufgefundene Tote Sani, Schwiegertochter der Ankaralıgil, einer der reichsten Familien der Türkei, des Öfteren in dem kleinen Lokal in Tünel bestellt, wo auch Kati und ihr Mitarbeiter und Freund Fofo regelmäßig verkehrten. Das Ende des Scheidungsverfahrens nach nur wenigen Jahren Ehe hatte die junge Frau nicht mehr erlebt. Eingeheiratet aus armen Provinzverhältnissen, sehr schön, aber nicht gut genug für eine Hochzeitsfeier, hatte sie sich, obwohl mit Stipendium in den USA promoviert, nach der Heirat für eine gemeinnützige Tätigkeit in einer Umweltschutzorganisation entschieden.

Die industrielle Produktion hatte aus der Gegend, aus der sie und ihre Familie stammten, durch das Einleiten ungeklärter Abwässer in die Flüsse, aus der fruchtbaren Gegend eine Chemiekloake gemacht.

Das Interesse der belesenen Krimibuchhändlerin und Amateurdetektivin Kati ist nach diesen Informationen geweckt und sie erhält tatkräftige Unterstützung von ihren beiden Mitarbeitern, die organisieren und nebenbei auch die Buchhandlung weiter betreiben.

Offenbar ist es ihren guten Kontakten zur Istanbuler Polizei zu verdanken, dass sie so unbehelligt ermitteln kann, aber auch einer generellen Auskunftsbereitschaft der Befragten gegenüber „Privatdetektiven" und einer offenbar lockeren Einstellung zu Themen wie Schweigepflicht oder Datenschutz.

Mit couragierter Art setzt sich Kati Hirschel auch in diesem Fall über gesellschaftliche Zwänge und Konventionen hinweg, recherchiert mutig und mit beharrlicher Leidenschaft und schafft es, den Leser mit sich durch die Istanbuler Viertel zu ziehen.

Dieser dritte Krimi mit Kati Hirschel als Heldin liest sich zwar nicht so spannend, dass man die Nächte durchzittert, ist aber dennoch sehr abwechslungsreich. Es geht weniger um den Todesfall selber, als um die vielen detailliert erzählten Geschichten, die sich im turbulenten Istanbul zwischen Tradition und Moderne ranken.

Mich hatte sowohl der Titel als auch der Klappentext sehr gereizt, in dem das Thema Umweltschutz angesprochen wird. Ein spannendes Thema gerade mit Blick auf das Einfordern von internationalen Standards und Umweltschutz-Richtlinien und die daraus resultierenden Interessenkonflikte aller Beteiligten. Es war dann wohl doch zu viel erwartet, dass in einem Unterhaltungsroman nicht nur Bezug zu problematischen Themen hergestellt wird, sondern diese auch weiter vertieft werden.

Meine Befürchtung, dass zu viel Vorwissen aus den ersten beiden Bänden vorausgesetzt werden könnte, war immerhin unbegründet. Der Leser wurde nur an zwei Stellen mit „wie Sie ja wissen" daran erinnert, dass es inzwischen eine Krimiserie ist, aber auch sofort über den eigentlichen Sachverhalt aufgeklärt.

Mit der Romanfigur Kati Hirschel hat Esmahan Aykol eine in Istanbul lebende Amateurdetektivin geschaffen, die ihre Beobachtungen über Istanbul und die Türken, aber auch die kulturellen Unterschiede und Lebensarten im Vergleich zu Deutschland ganz unverkrampft darstellen kann. Durch die lockere und leichte Art, mit der eine Kati Hirschel sowohl ihre eigenen Empfindungen als Frau, aber auch ihre Beobachtungen über die unterschiedlichen Lebenswelten und facettenreichen Erfahrungen von Frauen ganz generell beschreibt, machen das Buch sehr interessant und lesenswert. ♦

Belgien:
KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
E-mail: knk@kongrakurdistan.com

Belgien:
KON-KURD
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
E-mail: info@kon-kurd.org

Deutschland:
Ceni - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Corneliusstr. 125
40215 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 5989251
E-mail: ceni_frauen@gmx.de

Deutschland:
YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 452
E-mail: yekkom@gmx.net
http://www.yekkom.com/

Österreich:
FEY-KOM
Siebenbrunnengasse 27
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9209082
E-mail: feykom@chello.at

Italien:
Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia
UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18
00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
E-mail: uiki.onlus@fastwebnet.it

Niederlande:
FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 - 61 41 816
E-mail: kicadam@xs4all.nl

Dänemark:
FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal
1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 - 22 89 98
E-mail: feykurd@mail.dk

Australien:
Australian Kurdish Association Inc.
93 Main Street
Blacktown 2148 Sydney
Tel: (61) 2 - 96 76 72 45

Zypern:
Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan
Tach. Thyr. 25607
1311 Lefkosia / Kypros
Tel: (357) 2 - 37 42 16
E-mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russländische Föderation:
Mala Kurda
ul. Vilgelma Pika, d. 4/A
129 226 Moskva
Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200
E-mail: kurdistan_komite@yahoo.com

Frankreich:
Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: 0(033) 1 42 81 22 71
E-mail: knkparis@wanadoo.fr

Schweiz:
KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
E-mail: kurd-chr@freesurf.ch



Psychische Folgen traumatischer Erfahrungen auf die Entwicklung kurdischer Migrantinnen in der Europäischen Union
Endergebnisse und Hintergrund einer Untersuchung in fünf europäischen Ländern und der Türkei

Diese Veröffentlichung ist das Ergebnis einer empirischen Studie, in der 1127 kurdische Frauen in fünf Ländern der Europäischen Union und der Türkei befragt wurden. Die einjährige Studie wurde von der International Free Women's Foundation koordiniert und in Zusammenarbeit mit der Utrecht University, Department of Clinical and Health Psychology sowie dem Centre d'Information du Kurdistan (Paris) entwickelt. Eine Vielzahl kurdischer Frauenvereine und ExpertInnen haben an der Entwicklung der Studie sowie an ihrer praktischen Durchführung mitgewirkt.
Die Veröffentlichung in deutscher Sprache erfolgte in Kooperation mit der Frauenbegegnungsstätte
UTAMARA e.V.
In der Stehle 26
53547 Kasbach-Ohlenberg
Tel: 02644 60 24 24
utamara@web.de

IFWF Publication No. 1a
ISBN: 978-3-00-026941-7

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.),
S. Karabulut,
B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU - Informationsstelle Kurdistan e.V.
Schanzenstr. 117
20357 Hamburg

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Internet-Adresse:
www.kurdistanreport.de
k.report@gmx.de

Druck:
PrimaPrint, Köln

Preise:
Jahresabonnement
6 Exempl. 15,– Euro plus Portokosten

Einzelexempl.: 2,50 Euro

Dänemark	20 dkr.
Großbritannien	2 bp.
Norwegen	20 nkr.
Schweden	20 skr.
Schweiz	4 sfr.

Titelbild:
Kurdistan nach den Wahlen, Collage, Fotos: DIHA und A. Bender

Rückseite:
Zilan-Frauen-Festival 2009

Umschlag:
Entwurf und Gestaltung: Annett Bender

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Artikel, LeserInnenbriefe und Fotos sind erwünscht und werden nach Möglichkeit abgedruckt. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.



ISSN 0935-5375